

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 18. Juli 2023

www.epd.de

Nr. 29

»Vom Krieg zum Frieden«

Tagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins
in Kooperation mit der Martin-Niemöller-Stiftung
Evangelisches Augustinerkloster Erfurt, 24. bis 26. März 2023

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur:
Uwe Gepp
Tel.: (069) 58 098 -135
Fax: (069) 58 098 -294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck:
Strube Druck & Medien GmbH
Stimmerswiesen 3
34587 Felsberg

■ »Vom Krieg zum Frieden«

Angesichts einer verbreiteten Verächtlichmachung des Pazifismus als naiv und verantwortungslos und der Ausrufung einer »Zeitenwende«, in der auch friedensethische Erkenntnisse der Kirchen und der Friedensbewegung für überholt erklärt werden, luden der Dietrich-Bonhoeffer-Verein und die Martin-Niemöller-Stiftung zu einer gemeinsamen friedensethischen Tagung im März ins Augustinerkloster nach Erfurt ein.

Es ging darum, kirchliche Vorarbeiten der in den sechziger Jahren beginnenden Entspannungspolitik nachzuzeichnen sowie über Möglichkeiten eines Spurwechsels von der Kriegs- zur Friedenslogik nachzudenken. Dabei wurden vor allem solche friedensethischen Positionen im Raum der evangelischen Kirchen in den Blick genommen, die Alternativen zu militärischen Optionen den Vorrang geben. Impulsvorträge erinnerten an die mit dem Osten versöhnende Denkschrift der EKD von 1965 und an die Synode des Bundes der Kirchen in der DDR von 1985 mit ihrer Absage an Geist, Logik und Praxis der nuklearen Abschreckung. Weitere Impulse informierten über »friedenslogische« Perspektiven in politikwissenschaftlicher Sicht und über

Initiativen zur Weiterentwicklung der Friedensethik der EKD.

Den aktuellen Horizont eröffnete der Friedensbeauftragte der EKD, Landesbischof Kramer, indem er über die gegenwärtigen friedensethischen Auseinandersetzungen in den – evangelischen – Kirchen informierte und seine ablehnende Haltung zu Waffenlieferungen an die Ukraine begründete. Theologiehistorisch vertieft wurde die aktuelle Perspektive durch Erinnerungen an die Namensgeber der einladenden Vereine: Dietrich Bonhoeffer, der von einem eher konservativen Theologen zum Vertreter eines »situativen Pazifismus« wurde, und Martin Niemöller, der unter dem Eindruck der Zerstörungskräfte der Atomwaffen vom ehemaligen U-Boot-Kommandanten zum »Atompazifisten« wurde.

Eine friedenspraktische Perspektive erhielt die Tagung durch Szenarien der Initiative »Sicherheit neu denken«, die Wege eines Spurwechsels von militärischer zu ziviler Friedenssicherung skizzieren. Es wurde deutlich, dass das »Verlernen von Krieg« keine vergebliche Illusion des Propheten Micha ist, sondern eine konkrete politische Möglichkeit: Deutschland könnte bis 2040 aus der militärischen Friedenssicherung austeigen und stattdessen auf präventive, politische und andere zivile Sicherheitsstrategien setzen.

Am Ende der Tagung wurde, ausgehend von bewusst gegensätzlichen Positionen der Podiumsteilnehmer, in einem kontrovers geführten Gespräch miteinander darum gerungen, welche theologischen Positionen und politischen Wege angesichts des Krieges Russlands gegen die Ukraine eher zu einem gerechten Frieden führen könnten.

Die Zielrichtung der Tagung »vom Krieg zum Frieden« wurde schließlich durch ein bewegendes Konzert von Aeham Ahmad, dem Pianisten aus den Trümmern von Damaskus, mit Lesungen aus seinen Erinnerungen an die Kriegsergebnisse, die Flucht und das Ankommen in Deutschland, unterstrichen. Auch im Gottesdienst in der Augustinerkirche kam die biblische Hoffnung, »dass Gerechtigkeit und Friede sich küssen« mögen (Psalm 85), eindrücklich zum Tragen.

Die Veranstalter hoffen, der kirchlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit mit dieser Dokumentation Anregungen zum weiteren Nachdenken über Wege »vom Krieg zum Frieden« geben zu können.

*Michael Karg, Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung
Reinhard Müller, Vorsitzender des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins*

Quellen:

»Vom Krieg zum Frieden«

Tagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins in Kooperation mit der Martin-Niemöller-Stiftung
Evangelisches Augustinerkloster Erfurt, 24. bis 26. März 2023



Inhalt:**»Vom Krieg zum Frieden« – Tagung des Dietrich Bonhoeffer-Vereins in Kooperation mit der Martin-Niemöller-Stiftung, Erfurt, 24. bis 26. März 2023**

- ▶ Daniel Baldig:
Eindrücke eines Tagungsteilnehmers 4

Impulsreferate

- ▶ Dr. Hans Misselwitz:
Die Ostdenkschrift der EKD 1965 und ihre Impulse zur Entspannungspolitik
Willy Brandts und Olof Palmes 7
- ▶ Renate Höppner:
Impulse zur Friedensethik aus dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 11
- ▶ Dr. Theodor Ziegler:
Die Initiative »EKD-Friedensethik weiterentwickeln« 15
- ▶ Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach:
Wie geht Frieden und was können wir darüber wissen? 17

Vorträge

- ▶ Landesbischof Friedrich Kramer:
Wo stehen wir friedensethisch im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland? 20
- ▶ Prof. Dr. Andreas Pangritz:
Dietrich Bonhoeffer: Zur Aktualität seiner friedensethischen Position 27
- ▶ Dr. Michael Heymel:
Martin Niemöller: Zur Aktualität seiner friedensethischen Position 33

Workshop

- ▶ Gerd Bauz, Ralf Becker, Helmut Müller, Dr. Theodor Ziegler:
Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik 39

Tagungsrückblick

- ▶ Elisabeth Faber 46

Schlussplenum

- ▶ Dr. Theodor Ziegler:
Friedenspositionen im Krieg – Gemeinsamkeiten und Kontroversen 47
- ▶ Gabriele Scherle und Prof. Dr. Peter Scherle:
Friedenspositionen im Krieg – Gemeinsamkeiten und Kontroversen 48
- ▶ Prof. Dr. Gottfried Orth:
Solidarität mit pazifistischen Gruppen in der Ukraine 50

Andacht und Gottesdienst

- ▶ Renate Höppner:
Morgenklang 54
Predigt 55

- Autorinnen und Autoren 58**

Eindrücke eines Tagungsteilnehmers

Daniel Baldig

**Dieser Text wurde im Nachgang zur Tagung
»Vom Krieg zum Frieden« verfasst.**

Lieber Freund,

»Vom Krieg zum Frieden« – Oft schon haben wir darüber gesprochen, speziell seit Februar 2022, dem Beginn des großflächigen Angriffs der russischen Armee auf die Ukraine. Ich will Dir berichten von einer Tagung, die eben diesen Titel trug. Veranstalter waren der Dietrich-Bonhoeffer-Verein und die Martin-Niemöller-Stiftung. Beide Vereine arbeiten u. a. daran, von ihren jeweiligen Namensgebern aus theologisch fundiert und politisch wachsam in die Gesellschaft zu wirken.

Die Tagung war programmatisch sehr dicht, es gab eine Vielzahl von Vorträgen und Impulsen, dazu ein Klavierkonzert mit Lesung, einen Gottesdienst und abschließend eine Podiumsdiskussion. Als Schwerpunkt und Eigeninteresse der Tagung nannten die Veranstalter: Stärkung friedensethischer Positionen jenseits militärischer Optionen angesichts öffentlicher Verächtlichmachung pazifistischer Traditionen in Kirche und Gesellschaft.

Ich werde einzelne Programmpunkte streifen, Dir vor allem aber meine Beobachtungen und eigenen Gedankengänge berichten.

Nach meiner Wahrnehmung kamen die etwa achtzig Tagungsteilnehmer überwiegend aus pazifistisch-kirchlichen Traditionen. Hierin lag ein wichtiger Faktor für den Tagungsverlauf angesichts der überwiegenden medialen Engführung zum russischen Angriffskrieg, wonach deutsche politische Verantwortung *allein* in der militärischen Option liegen könne.

Mich hat beeindruckt, wie intensiv bei den Tagungsteilnehmern um eine eigene verantwortbare Position konkret in der Frage, wie aus pazifistisch-christlicher Perspektive auf diesen Angriffskrieg zu reagieren sei, gerungen wurde. Mehrfach hatte ich den Eindruck, die eigenen, nicht zuletzt in friedensethischen kirchlichen Traditionen gewachsenen Grundüberzeugungen seien durch die reale Kriegsgewalt herausgefordert und müssten sich im Umfeld öffentlicher Stigmatisierung (Stichwort »Lumpenpazifismus«) bewähren.

Die allermeisten Tagungsteilnehmer dürften Mitglieder einer der beiden Großkirchen gewesen sein. Mein Eindruck war, zu dem Schmerz über die mediale Verächtlichmachung einer eigenen pazifistischen Position komme noch der Schmerz über die ausbleibenden Friedensworte der Kirchen, ja sogar über deren Preisgabe der eigenen friedensethischen Tradition.

Als Schwerpunkt der Tagung hatte ich Dir die Stärkung friedensethischer Positionen jenseits militärischer Optionen genannt. Hierzu wurden zunächst Friedenstraditionen nach 1945 aus Kirche und Gesellschaft in Erinnerung gerufen – namentlich die Entspannungspolitik Willy Brandts und Olof Palmes sowie die friedensethischen Impulse aus dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Anschließend wurde über die Logik des Friedens anhand von Erkenntnissen der Friedensforschung (Wie geht Frieden?) referiert.

Friedrich Kramer, Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und Friedensbeauftragter der EKD, sprach zum Ende des ersten Tages über den aktuellen Stand der friedensethischen Auseinandersetzung auf EKD-Ebene. Womöglich hat er aus Sicht der Mehrheit der Tagungsteilnehmer den wichtigsten Vortrag gehalten. Als aus Reihen der Kirchen öffentlich profiliertester Kritiker von Waffenlieferungen an die Ukraine und Befürworter von Verhandlungen dürfte Friedrich Kramer für Viele »Bruder im Geiste« gewesen sein. Tagungsteilnehmer äußerten, die Darstellung seiner Argumente gegen Waffenlieferungen (u. a. deren Dynamisierungslogik und die Frage globaler Nahrungsmittelversorgung bei fortwährendem Kriegsgeschehen) würden bei der eigenen Positionierung helfen. Friedrich Kramer wies darauf hin, im Rat der EKD vertrete er zur Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine eine Minderheitenposition; allerdings habe man sich im Rat der EKD zugesichert, diese Mehrstimmigkeit zu respektieren, nach innen wie nach außen. Ist das nicht großartig? Diese Art des Umgangs miteinander sollte Schule machen im Bewusstsein dessen, dass sowohl ich als auch der Andere um eine verantwortbare Entscheidung ringen.

Der zweite Tag begann mit Vorträgen über die Aktualität der friedensethischen Position von Dietrich Bonhoeffer bzw. Martin Niemöller. Beide Referenten nahmen im Verlauf der Tagung aktiv

an den offenen Diskussionen teil und vertraten deutlich wahrnehmbar eine eigene (übrigens: eine gegensätzliche) Haltung in der Frage der militärischen Unterstützung der Ukraine. In ihren Referaten widerstanden sie jedoch ausdrücklich der Versuchung, aus den friedensethischen Positionen bei Bonhoeffer bzw. Niemöller eine *konkrete* Ableitung zu gegenwärtigen Herausforderungen zu machen; das hat mich beeindruckt.

Mit den Vorträgen zu Bonhoeffer und Niemöller war das Tagungsprogramm zu den »pazifistischen Traditionen in Kirche und Gesellschaft« abgeschlossen. Es folgte die Präsentation der Initiative *Sicherheit neu denken*, die beispielhaft für die »Stärkung friedensethischer Positionen jenseits militärischer Optionen« steht. Die Initiative ist in der Badischen Landeskirche entstanden und hat eine Vision entwickelt, wonach sich Deutschland bis zum Jahr 2040 schrittweise auf eine komplett zivile (also nicht-militärische) Sicherheitspolitik umstellt. Seitens der Tagungsteilnehmer wurden die ambitionierten und konkreten Ziele der Initiative begrüßt, gleichzeitig wurden die tatsächlichen Möglichkeiten der Umsetzung infrage gestellt.

Gibst Du mir Recht, wenn ich die Tagung eingangs als »programmatisch dicht« bezeichnet habe?

Zum Tagungsabschluss hatten die Veranstalter eine Podiumsdiskussion mit dem Titel »Friedenspositionen im Krieg: Gemeinsamkeiten und Kontroversen« bestimmt. Mir schien, die Podiumsdiskussion sollte den Raum öffnen für unterschiedliche, vielleicht sogar gegensätzliche Positionen speziell im Blick auf den Krieg in der Ukraine. Dabei vertraten Gabriele und Peter Scherle diejenige Position, welche die militärische Unterstützung der Ukraine befürwortet, Theodor Ziegler und Gottfried Orth diejenige, welche diese Form der Unterstützung ablehnt.

Um es vorweg zu nehmen: Dem Anspruch der Öffnung einer konstruktiven, strittigen Diskussion konnte dieses Format meines Erachtens letztlich nicht genügen. Die vier Diskutanten trugen zu Beginn kurze Impulse vor, welchen ich aufgrund ihrer inhaltlichen Dichte nicht in Gänze folgen konnte. Insbesondere die Darlegungen von Gabriele und Peter Scherle hätten einer tieferen Betrachtung bedurft, denn ihre Position war im Tagungskontext völlig neu.

Es fällt mir reichlich schwer, Dir den Diskussionsverlauf zu schildern. Ich konzentriere mich

daher auf die wesentlichen Diskussionsergebnisse.

Einigkeit bestand darin, dass das eigene theologische Verständnis (Gottesbilder, Menschenbilder, Tradition der Bibelinterpretation, Lehre von den letzten Dingen) entscheidend sei für politische Entscheidungen aus dem Glauben heraus. Als Beispiel: Sehe ich die Welt eher als Werk Gottes oder eher als Werk der Menschen? Daneben wurde auch deutlich, wie abhängig die Positionierung in Friedens- und Kriegsfragen von der eigenen Biographie sowie der politischen Analyse ist. In diesem Zusammenhang wurde (meines Erachtens berechtigterweise) kritisiert, dass bei der Gestaltung der Tagung die politikwissenschaftliche Bewertung des Kriegs in der Ukraine zu kurz gekommen und somit die notwendige Grundlage für eine politische Analyse versäumt worden sei.

Strittig blieb in der Diskussion, welche Ableitungen sich aus der Vorstellung eines Gerichts Gottes am Ende der Zeiten ergäben: Auf der einen Seite wurde angeführt, angesichts des erwarteten Gerichts Gottes dürften wir Menschen nicht Gerechtigkeit in Eigenregie schaffen wollen, der Ukraine müsse also das Recht auf Selbstverteidigung zugestanden und sie müsse hierzu militärisch unterstützt werden; dem wurde entgegen gehalten, der Glaube an ein Gericht Gottes weise dem Menschen geradewegs den Bereich der *Gewaltlosigkeit* zu.

Spätestens mit der Ausweitung der Diskussion vom Podium hin zu allen Tagungsteilnehmern kam es bedauerlicherweise zunehmend weniger zu einem Gespräch, stattdessen wurden Statements vorgetragen, welche insbesondere auf die inhaltliche Abgrenzung zu den Positionen Gabriele und Peter Scherles abzielten.

Ich schließe mit zwei Fragen, welche mir im Tagungsverlauf mehrfach kamen. Ich freue mich darauf, sie mit Dir zu diskutieren.

Erstens: Ist eine aktuelle friedensethische Positionierung der Kirchen wichtiger für das Innen (die Gläubigen) oder für das Außen (die Gesamtgesellschaft)? Ich frage mich dies auch angesichts des Bedeutungsrückgangs der Kirchen. Womöglich kommt mir diese Frage eingedenk meiner eigenen Konfessionslosigkeit.

Zweitens: Wie ist damit umzugehen, dass sich die Friedensarbeit mächtigen Gegenspielern wie geostrategischen Interessen politischer Mächte, dem militärisch-industriellen Komplex, der Eigen-

dynamik von Militärs und Geheimdiensten gegenüber?

Im Tagungsgottesdienst haben mir die Gebete sehr gefallen. Daraus:

Die Freiheit und der Friede sind Euer gemeinsamer Lebensraum!

Die Hoffnung zieht Euch weiter und die Zukunft lächelt Euch an!

Auf bald, Dein Daniel



Die Ostdenkschrift der EKD 1965 und ihre Impulse zur Entspannungspolitik Willy Brandts und Olof Palmes

Dr. Hans Misselwitz

Erfurt, 24. März 2023

Drei Tage nach dem 24. Februar 2022, dem Beginn des Angriffs von Russland auf die Ukraine, sprach der Bundeskanzler vor dem Bundestag von einer »Zeitenwende«. Wenn etwas Neues anfängt, geht auch etwas zu Ende. Was vor einem Jahr beendet wurde, begann 1990, als die Staatschefs Europas, Kanadas und der USA in Paris ein »Zeitalter der Demokratie und des Friedens« ausriefen. Das war das Ende des Ost-West-Konflikts, der Teilung Deutschlands und Europas. Die begann bald nach dem Krieg und schien unabänderlich seit 1961, als der Mauerbau in Berlin den Eisernen Vorhang zwischen Ost und West schloss.

Das vor Augen erschien die Zeitenwende von 1990 wie ein Wunder: Der Eiserner Vorhang verschwindet quasi über Nacht, kein Schuss fällt, »es wächst wieder zusammen, was zusammengehört« (Willy Brandt). Man vergisst allerdings: Das war das Ergebnis eines annähernd 30-jährigen Prozesses der politischen Entspannung, der Annäherung trotz unterschiedlicher Systeme, des gewachsenen Vertrauens in Europa. Trotz zeitweiliger Rückschläge setzte sich eine Friedenslogik durch, die Idee der Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse und der gemeinsamen Sicherheit.

Das soll jetzt vorbei sein. Nicht nur die Praxis, auch die Logik dieser Friedensordnung wird angesichts des Krieges aufgekündigt. Sie habe gesamteuropäisch nicht funktioniert – und sei nun auch weltweit keine Option: »Die Welt, wie wir sie kennen, wird nicht mehr sein, wie sie war« (Olaf Scholz). Im Norden des Globus ein neuer Kalter Krieg, gewissermaßen zwischen dem nahen Westen und dem fernen Osten. Dazu gäbe es keine Alternative, militärisch wie ökonomisch, also auch ökologisch – für mindestens eine Generation, für die unserer Kinder und Kindeskinde.

Das ist im Ernst unannehmbar. Erinnern wir uns also, dass es anders ging, anders geht. Und dass auch unsere Kirche Anteil hatte am Gelingen.

1. Anerkennung der Realitäten als Voraussetzung

Die sogenannte »Ostdenkschrift« der Kammer für öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom 1. Oktober 1965¹ ist wohl eine der bekanntesten, aber auch mit massivem Widerspruch bedachten Denkschriften gewesen. Sie räumte auf mit Positionen, die eine auf Aussöhnung mit den europäischen Nachbarn im Osten gerichteten Politik blockierten.

Der Ostdenkschrift ging das »Tübinger Memorandum« vom November 1961 voraus. Dahinter stand eine Gruppe von Wissenschaftlern wie Georg Picht, Günter Howe, Ludwig Raiser, Carl Friedrich von Weizsäcker und Hellmut Becker. Es erschien zwei Monate nach dem Mauerbau in Berlin. Das war der Zeitpunkt, an dem das Scheitern der Politik der Stärke gegenüber dem Osten und der Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges offenbar wurde. Das Memorandum forderte die deutsche Politik, sich endlich den Realitäten zu stellen. Das hieß:

1. Von der Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 Abstand zu nehmen: »Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, [...] daß wir den Souveränitätsanspruch auf Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verlorengelassen müssen.«

2. Auf eine Atombewaffnung der Bundeswehr ein für alle Mal zu verzichten: »Wir halten es für die Pflicht der politisch Verantwortlichen, [...] den Gefahren entgegenzutreten, die eine solche Politik für alle Nationen beschwört.«²

Das löste heftige Kontroversen aus. Damit hatte das Memorandum Grundfragen des europäischen Friedens, die atomare Aufrüstung und die Nichtanerkennung der durch den Weltkrieg geschaffenen Realitäten durch Westdeutschland in den Raum gestellt und damit einen Stein ins Rollen gebracht.

Diesen Stein des Anstoßes nahm die Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD unter der Leitung von Ludwig Raiser auf. Raiser schrieb: »Das Ziel muss [...] sein, neues Recht zwischen

Polen und Deutschen zu stiften, eine bessere als die zerbrochene alte Ordnung, um in gegenseitiger Anerkennung die Zukunft beider Völker und den Frieden Europas an dieser empfindlichen Stelle zu sichern. [...] Das kann nur gelingen, wenn die Schranke niedergelegt ist, die [...] Juristen [...] mit der trügerischen Parole eines ›Rechtes auf Heimat‹ errichtet haben.«³

Was die historische Bedeutung der Ostdenkschrift herausstellte, war der Brief der katholischen Bischöfe Polens, die schon am 18. November 1965 darauf antworteten, indem sie Vergebung für die deutsche Schuld gewährten und um Vergebung für polnische Schuld baten. Das war eine Sensation, und darauf musste die EKD antworten: »Wir wissen, wie sehr wir der Vergebung unserer östlichen Nachbarn bedürftig bleiben.«⁴

Eine direkte Aufnahme durch die deutsche Politik blieb zunächst aus. Auch die deutschen katholischen Bischöfe reagierten noch über Jahre reserviert, letztlich bis 1990 im Tross des erklärten Anerkennungsvorbehalts der CDU/CSU. So kam es, dass 1969/70 der polnische Primas, Kardinal Wyszynsky, ein strammer Konservativer, sogar mit der SPD-Spitze kooperierte, als es um den Warschauer Vertrag der Bundesrepublik mit Polen ging.⁵

Die Ostdenkschrift gab somit entscheidende Anstöße für die Ostpolitik Willy Brandts. Willy Brandt hat sie gleich nach Unterzeichnung des Vertrages am 7. Dezember 1970 in Warschau gewürdigt, indem er sich in einem Telegramm bei Ludwig Raiser bedankte.⁶

2. Gemeinsame Interessen als Schlüssel

Fast parallel zu den Initiativen im Raum der Kirchen stand die Politik in jener Zeit ebenfalls vor der Herausforderung, aus den bisherigen Denkmustern auszubrechen.

Zwei dramatische Ereignisse markierten Anfang der sechziger Jahre in diesem Sinne für die deutsche Politik und die internationale Politik eine Zäsur und öffneten den Weg zur Entspannungspolitik:

1. Der Mauerbau bedeutete für die Bonner Deutschlandpolitik ein Ende der »Hoffnung, dass die Westintegration und Wiederbewaffnung zwangsläufig zur Wiedervereinigung führen würden.«⁷

2. Die »Kuba-Krise« im Oktober 1962, ausgelöst durch die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba, führte die Sowjetunion und die USA an den Rand eines Atomkrieges. Die Krise wurde nach einer dramatischen Zuspitzung mit Abzug ihrer jeweiligen Atomwaffen aus Kuba und der Türkei gelöst.

Die Schlussfolgerungen, die US-Präsident John F. Kennedy und im Anschluss an Kennedy Egon Bahr und Willy Brandt aus diesen Ereignissen jeweils zogen, legten den Grundstein für eine neue Politik im Ost-West-Verhältnis.

Es war die Erkenntnis, dass ein Krieg im Atomzeitalter »alles zerstören würde, was wir aufgebaut haben«, wie Präsident Kennedy am 10. Juni 1963 in Washington in seiner Rede »Strategie des Friedens« erklärte. Die Risiken des atomaren Wettrüstens machen eine Umkehr erforderlich. Er forderte, die gemeinsamen Interessen der beiden atomaren Supermächte in das Zentrum einer neuen Politik zu stellen: »Selbst bei den feindlichsten Ländern kann man damit rechnen, daß sie solche vertraglichen Verpflichtungen akzeptieren und einhalten, die in ihrem eigenen Interesse sind [...]. Wir müssen daher auf der Suche nach Frieden ausdauernd bleiben, in der Hoffnung, daß konstruktive Veränderungen innerhalb des kommunistischen Blocks Lösungen in Reichweite bringen könnten, die heute noch unerreichbar scheinen.«⁸

Diese Rede Kennedys und sein Besuch Ende Juni 1963 in Berlin waren für Willy Brandt und Egon Bahr Anlass, einen politischen Vorstoß in der Deutschlandpolitik zu wagen. Egon Bahr brachte ihn am 15. Juli 1963 in Tutzing auf die Formel »Wandel durch Annäherung«. Die Übertragung der »Strategie des Friedens« auf Deutschland erforderte zunächst die Anerkennung der Realität, dass die »deutsche Frage« Teil des Ost-West-Konfliktes ist. In Bahrs Worten: »Die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung sind nur mit der Sowjetunion zu schaffen, [...] nicht gegen die Sowjetunion, nicht ohne sie.«⁹ Um die deutsche Teilung zu beenden, müsse man zunächst den Status quo in Europa respektieren, ehe man ihn Schritt für Schritt im gemeinsamen übergeordneten Interesse überwinden könne.

Was die Bundesrepublik in gemeinsamem Interesse mit dem Osten tun konnte, fand Ausdruck in den sogenannten »Ostverträgen«, also den Verträgen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion, Polen und der DDR von 1970 bis 1972. Das hieß nicht mehr und nicht weniger als die Anerken-

nung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten.

Praktisch bedeutete das die Herstellung der völkerrechtlichen Basis der Beziehungen im Sinne der UN-Charta: Gewaltverzicht durch die Anerkennung der territorialen Integrität und Souveränität in Europa. Das war die Grundlage für eine Periode der Entspannungspolitik in Europa, für die Schaffung eines gesamteuropäischen Forums, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die 1975 mit der Schlussakte von Helsinki den Grundstein für eine gesamteuropäische Friedensordnung legte.

3. Gemeinsame Sicherheit als Basis

Es ging zunächst um den Abbau der Risiken der militärischen Blockkonfrontation in Europa. Dabei hatten die Beziehungen zwischen den Atommächten USA und Sowjetunion immer den Vorrang, wozu die schließlich erfolgreichen Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung strategischer Atomwaffen Anfang der siebziger Jahre beitrugen, insbesondere SALT I und II, sowie ABM. Das Signal, das 1987 von der Abrüstung der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa durch den INF-Vertrag ausging, eröffnete schließlich die Chance, »Gemeinsame Sicherheit« in Europa zu konkretisieren.

Dafür hatte zuvor die KSZE in der Schlussakte von Helsinki 1975 mit dem Gedanken der »Unteilbarkeit der Sicherheit in Europa« die Basis geschaffen und die dafür geltenden Prinzipien formuliert. In der Praxis war es der KSZE-Prozess selbst, der ein Bewusstsein für gemeinsame europäische Interessen schuf.

Zwei Tage vor der Proklamation der »Charta von Paris für ein Neues Europa«, die das Ende des Kalten Krieges verkündete, unterzeichneten die Staaten des Warschauer Vertrags und der NATO eine »Gemeinsame Erklärung«. In dieser erkennen sie an, »dass die Sicherheit eines jeden ihrer Länder untrennbar mit der Sicherheit aller KSZE-Teilnehmerstaaten verbunden ist«.¹⁰

All das stand im Zeichen der Erkenntnis aus der Kuba-Krise und der Berlin-Krise, dass sich im Atomzeitalter Sicherheit nur gemeinsam herstellen lässt und Veränderungen in den gegenseitigen Beziehungen auf der Basis gemeinsamer Interessen möglich sind. Im Begriff der »Gemeinsamen Sicherheit«, den die Palme-Kommission Anfang der achtziger Jahre in den Mittelpunkt gerückt hatte, war die Lösung des Problems enthalten:

Die eigene Sicherheit muss die Sicherheit des Nachbarn oder potenziellen Gegners berücksichtigen.

Sie setzt auch auf wechselseitige Abhängigkeiten ökonomischer oder schon heute unabwiesbar ökologischer Natur. Sie erkennt gesellschaftliche Unterschiede an. »Gemeinsame Sicherheit leugnet nicht den Gegensatz der Sicherheitskontrahenten, sie baut aber auf ihr vernunftorientiertes Miteinander am und im Interesse der Kriegsverhütung.«¹¹ Damit überschreitet gemeinsame Sicherheit die traditionelle Sicherheitslogik und lässt die Friedenslogik wirksam werden.

4. Ende des Friedensprojekts Europa – Was dann?

Heute hält uns der Angriff Russlands auf die Ukraine in Atem. Er ist ein Bruch des Völkerrechts und macht die vor dreißig Jahren verkündete europäische Friedensordnung zur Makulatur. Allerdings war Russland schon seit Ende der neunziger Jahre kein gleichberechtigtes Mitglied dieser Friedensordnung. Die 1997 von der NATO mit Russland beschlossene »NATO-Russland-Grundakte« und das Konsultationsgremium »NATO-Russland-Rat« stellten keinen Ersatz für eine gleichberechtigte Einbeziehung in europäische Sicherheitsfragen dar. Im NATO-Russland-Rat saß Russland 29 Mitgliedern des Bündnisses gegenüber – ohne Einfluss auf dessen Entscheidungen. In der NATO-Russland-Grundakte gab sich Russland mit einer Erklärung des Nichtvorrückens von militärischen Strukturen der NATO zufrieden – die unter Hinweis auf eine veränderte Sicherheitslage jederzeit widerrufen werden kann. Der Konflikt brach offen aus, als die USA 2008 unabgestimmt den NATO-Beitritt Georgiens und der Ukraine befürworteten. Seither erodierte das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen zunehmend.

Nach der russischen Annexion der Krim 2014 war das Tischtuch zerschnitten. 2016 stellte der damalige Bundesaußenminister Steinmeier fest: »Die Welt ist aus den Fugen.« Die Welt habe ein ungelöstes Problem: »Die Blockkonfrontation ist untergegangen. [...] Aber das Beunruhigende daran ist, dass seitdem keine neue Ordnung an die Stelle der alten gekommen ist.«¹² Das ist die eigentliche Dimension der Auseinandersetzung, die zu diesem brutalen Krieg in der Ukraine gehört und ganz Europa immer mehr einbezieht.

Mit der Situation vor sechzig Jahren stimmt bis auf weiteres überein: Die rote Linie, die unbe-

dingte Vermeidung des Einsatzes von Atomwaffen, muss halten. Daraus leitet sich politisch und ethisch ab, den Krieg aktiv zu beenden, bevor eine Situation eintritt, die eine atomare Eskalation provoziert. Was damals galt, hat angesichts eines sich mehr und mehr verselbständigenden Krieges, den indirekt zwei atomare Supermächte gegeneinander führen, noch größere Aktualität.

Nach allem, was uns die Entspannungspolitik lehrt, ist der erste Schritt auf dem Weg zum Frieden die Anerkennung der Realitäten. Was damals im Zusammenhang mit der Ostdenkschrift erkannt wurde, bedeutet heute zu erkennen, was eine weitere Eskalation verhindert, was schrittweise gemeinsame Sicherheit fördert, gemeinsame Interessen zu identifizieren – und zwar nicht erst, wenn der Krieg zu Ende ist, sondern damit der Krieg ein Ende findet.

In einer »Initiative für eine neue Ostdenkschrift« hatte 2015 eine Gruppe evangelischer Christinnen und Christen auf dem Stuttgarter Evangelischen Kirchentag angesichts des in der Ukraine geführten Krieges gemahnt: »[...] heute geht es um mehr als unser Verhältnis zu Polen und den osteuropäischen Staaten. Es geht um den Frieden in Europa. Das 1965 formulierte Ziel, »eine haltbare Friedensordnung durch einen neuen Anfang zu verwirklichen«, ist jedoch heute dringlicher denn je.«¹³ Zwei Jahre danach wurde der EKD das Dokument einer Arbeitsgruppe an der FEST in Heidelberg vorgelegt, welches diese Initiative aufnahm. Es nannte sich »Berliner Memorandum«.¹⁴ Darin wird festgestellt, dass nach 1990 in Wirklichkeit kein Abschied vom alten Sicherheitsdenken genommen wurde. Es werden die »Konturen einer gesamteuropäischen Friedensordnung« als Antwort auf die Lage vorgezeichnet mit »Gemeinsamer Sicherheit als alternativer Handlungsstrategie«.

Dieses Memorandum verschwand 2017 in den Akten der EKD.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Anmerkungen:

¹ *Evangelische Kirche in Deutschland, Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift*, in: *Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Bd. 1/1, Gütersloh 1978, 77ff.

² *Tübinger Memorandum*, in: *Ludwig Raiser, Vom rechten Gebrauch der Freiheit*, Stuttgart 1982, 41–47, hier 43 u. 49.

³ *Ludwig Raiser, Das Recht auf Heimat als Schlüssel zum deutschen Ostproblem?*, in: *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 7 (1963), 384ff., hier 389. Quellennachweis: *Konrad Raiser, Von der politischen Verantwortung des Nichtpolitikers*, Norderstedt 2020, 202–209, Anm. 147.

⁴ In: *Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Bd. 1/1, 132.

⁵ *Basil Kerski, Thomas Kycia u. Robert Zurek, Wir vergeben und bitten um Vergebung, Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 und seine Wirkung*, Osnabrück 2006, 23–27 u. 49.

⁶ *Martin Greschat, Die »Ostdenkschrift« – Entstehungsgeschichte und Rezeption*, in: *epd-Dokumentation* 52/1995, 3. Zitiert bei *Konrad Raiser, Von der politischen Verantwortung des Nichtpolitikers*, 202–209 u. 217.

⁷ *Egon Bahr, Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten*, Reinbek bei Hamburg 1982. Zitat in: *Andreas Vogtmeier, Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996, 51.

⁸ *John F. Kennedy, Rede an der American University, Washington/DC, am 10. 6. 1963*, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, hg. v. *Karl Dietrich Bracher u. Hans-Adolf Jacobsen*, IV. Reihe/Bd. 9, 382–387, hier 385.

⁹ *Egon Bahr, »Wandel durch Annäherung«*. Rede in der *Evangelischen Akademie Tutzing [Tutzinger Rede]*, 15. Juli 1963. URL: https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0091_bah_de.pdf (Zugriff 14. 3. 2023).

¹⁰ *Gemeinsame Erklärung von zweiundzwanzig Staaten, verabschiedet am Rande des KSZE-Gipfeltreffens in Paris am 19. November 1990*, in: *Euro-archiv*, Folge 24/1990, D 654f.

¹¹ *Dieter Lutz, Gemeinsame Sicherheit – das neue Konzept: Definitionsmerkmale und Strukturelemente im Vergleich mit anderen Sicherheitspolitischen Modellen und Strategien*, in: *Gemeinsame Sicherheit. Idee und Konzept*. Bd. 1: *Zu den Ausgangsüberlegungen, Grundlagen und Strukturmerkmalen gemeinsamer Sicherheit*, hg. v. *Egon Bahr und Dieter Lutz*, Baden-Baden 1986, 45–81.

¹² *Frank-Walter Steinmeier, Die Welt ist aus den Fugen – was hält uns zusammen? Rede beim Bertelsmann Forum*, veröffentlicht am 15. 2. 2016. URL: <https://www.auswaertigesamt.de/de/newsroom/160215-bm-bertelsmann-forum/278660> (Zugriff 23. 1. 2023).

¹³ *Almuth Berger, Heino Falcke, Ruth Misselwitz, Hans Misselwitz, Elisabeth Raiser, Konrad Raiser, Gerhard Rein, Hans-Jochen Tschiche, »Plädoyer für eine neue Ostdenkschrift«* (4. 6. 2015).

¹⁴ *Arbeitsgruppe an der FEST, geleitet von Ines-Jacqueline Werkner, Berliner Memorandum »Sicherheit neu denken – Wege des Friedens in Europa«* (2. Mai 2017), in: *epd-Dokumentation* Nr. 40 vom 4. 10. 2017. URL: https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/269171/berliner_memorandum_sicherheit_neu_denken_-_wege_des_friedens_in_europa.pdf (Zugriff 21. 4. 2023).



Impulse zur Friedensethik aus dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR

Renate Höppner

Erfurt, 24. März 2023

Gestatten Sie mir zum Beginn ein paar persönliche Worte. Ich spreche zu Ihnen in meiner Geburtsstadt, in dem Saal, in dem ich jahrelang geprobt habe für das Weihnachtsoratorium von Bach, die Johannes- und Matthäuspassion und 1970 für das Oratorium »Martin Luther King« – ein eindrückliches musikalisches Zeugnis für Gewaltlosigkeit. Martin Luther King – eines der großen Vorbilder meiner Jugend; und er ist es bis heute geblieben.

Ich habe ab 1971 Theologie in der DDR an der Universität in Leipzig und ab 1973 an der Humboldt-Universität studiert. Meinem Diplom 1976 folgte das Vikariat im Berliner Stadtjugendpfarramt und das Predigerseminar in Wittenberg. Von 1978 bis 1986 war ich in Magdeburg Stadtjugendpfarrerin, und von 1986 bis 2019 Gemeindepfarrerin in Magdeburg.

Seit 1970, als Oberschülerin, gehörte ich neben Reinhard Höppner und Axel Noack zu den ersten Jugendsynodalen der Kirchenprovinz Sachsen (KPS), und von 1973 bis 1976 zu den ersten Jugendsynodalen der Bundessynode. Von 1982 bis zum Ende des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR gehörte ich als ordentliche Synodale der Bundessynode an und war die Vorsitzende des Berichtsausschusses. Der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gehörte ich in der ersten Legislaturperiode bis 1996 an, weil Axel Noack als Bischof auf seinen Sitz verzichtete. Ich habe also beide Synoden erlebt in aller ihrer Unterschiedlichkeit. Ich war vierzig Jahre mit dem Präses der Synode der KPS verheiratet, der dieses Amt ausübte, bis er 1994 Ministerpräsident wurde. Ich bin vertraut mit synodalen Vorgängen und Beschlüssen, weiß nur zu gut, wie oft bis in den frühen Morgen hinein um Formulierungen gerungen worden ist. Und ich weiß eben auch, wie es auf der Seite derer war, die fernab der kirchenleitenden Ebenen gerungen haben um das Friedensthema mit ihrem Tun, aber auch mit ihren Worten.

Die zweite Tagung der ersten Synode der EKD 1950 in Berlin-Weißensee hat nicht nur das Wort zur Schuld an Israel während der Nazidiktatur verabschiedet, sondern sich auch über den Friedensauftrag der Kirchen verständigt. Sie stellte nicht mehr die Frage: »Kann sich ein Christ am Krieg beteiligen?«, sondern fragte viel klarer: »Was kann die Kirche für den Frieden tun?«

Das ist ein klarer Sichtwechsel im Blick auf Artikel 16 der *Confessio Augustana* von 1530. Es geht nicht mehr um die Frage, wie rechtmäßig Krieg führen, es geht nur noch um den Ernstfall Frieden. Die beiden Atombomben über Hiroshima und Nagasaki, die deutlich machten, wie groß das zerstörerische Potenzial möglicher Kriege sein kann, haben zu diesem Umdenken geführt und bestimmen, erwähnt oder unerwähnt, auch alle künftigen Diskussionen.

Die Friedensethik der Kirchen in der DDR hat tiefe Wurzeln, die zurückreichen in mein Geburtsjahr. Die Arbeiteraufstände nötigten 1953 die einzelnen Christen in ihren Betrieben, Stellung zu beziehen zu den Streikenden. Die Angst damals, dass alles in Gewalt enden könnte, war groß, um so wichtiger die Fürbitten in den Gottesdiensten und Häusern der Christen um eine friedliche Lösung. Die Konsequenzen für junge Christen waren damals drastisch: In einer Oberschule hier in Erfurt mussten in einer Abiturklasse alle aufstehen, die zur Jungen Gemeinde gingen; sie sollten versprechen, dies ab sofort nicht mehr zu tun. Dazu waren alle nicht bereit. Sie wurden nach Hause geschickt mit der klaren Aussicht, der Schule kurz vor dem Abitur verwiesen zu werden. Eine von ihnen ging zum Direktor und zitierte das Paul-Gerhardt-Wort: »Der Wolken, Luft und Winden gibt Wege, Lauf und Bahn, der wird auch Wege finden, da mein Fuß gehen kann.« Das hat dem Direktor so imponiert, dass alle Schüler Abitur machen durften. Aber so war es keineswegs überall. Es gab für manchen sehr harte Konsequenzen und für die Kirchen stellte sich die Frage: »wie stehen wir zur Gewalt des Staates?«

Die Friedensproblematik wurde in den späten fünfziger Jahren überlagert von der Frage: »bleiben oder gehen?«. Viele Gemeinden haben unter dem Drang in den Westen sehr gelitten. Um so

wichtiger wurden die Menschen, die den umgekehrten Weg gegangen sind aus dem sicheren Westen in den unsicheren Osten. Ich möchte da erinnern an Menschen wie Gottfried Forck oder Werner Krusche.

Der Bau der Mauer hat die Menschen und die Kirchenleitungen zwar sehr beschäftigt, aber eben auch sehr hilflos gemacht.

Spannend wurde es wieder 1962 mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Hunderte Christen verweigerten den Dienst mit der Waffe und so war die DDR gezwungen, einen Wehrersatzdienst einzuführen (Bausoldaten). Gewiss, sie waren Soldaten in Uniform mit dem Spaten auf der Achselklappe und trugen mit ihren Bauarbeiten auch zur Stabilisierung des Systems bei; aber es war ein deutliches und mutiges Zeichen bis hin zu der Konsequenz, ein paar Jahre lang an keiner Universität oder Hochschule studieren zu können. Die männlichen Studenten wurden während eines achtwöchigen Militärlagers im dritten Semester vereidigt. Und genau dazu waren ja die Wehrdienstverweigerer nicht bereit. Diese Regelung musste aber schnell Anfang der siebziger Jahre auf Druck der Kirchen zurückgenommen werden. Im November 1965 wurde zur Problematik des Wehrdienstes eine Handreichung vom Bund herausgegeben unter der Überschrift *Zum Friedensdienst der Kirchen*. In dieser heißt es: »Es wird nicht gesagt werden können, daß das Friedenszeugnis der Kirchen in allen drei heute in der DDR gefällten Entscheidungen junger Christen in gleicher Deutlichkeit Gestalt genommen hat. Vielmehr geben die Verweigerer, die im Straflager für ihren Gehorsam mit persönlichem Freiheitsverlust leidend bezahlen, und auch die Bausoldaten, welche die Last nicht abreißen Gewissensfragen und Situationsentscheidungen übernehmen, ein deutlicheres Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebotes unseres Herrn. Aus ihrem Tun redet die Freiheit des Christen von den politischen Zwängen. Es bezeugt den wirklichen und wirksamen Friedensbund Gottes mitten unter uns.«¹

Damit ist dieses Wort aus den Kirchen der DDR eine klar andere Position als die *Heidelberger Thesen* von 1959, wo es in These VI heißt: »Wir müssen versuchen, die verschiedenen, im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen.«²

Die Friedensethik des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR war eben nicht geprägt von

einem Sowohl-als-auch-Denken, sondern von der klaren Position einer rein theologisch begründeten Friedensethik.

In den siebziger Jahren gründeten sich an vielen Orten Friedensgruppen. Mitte der siebziger Jahre beschleunigte sich die Friedensdiskussion. Später wurden die Nachrüstungsdebatten sehr wach begleitet und diskutiert, Friedensgebete fingen an, regelmäßiger zu werden, oft auch in kleinen Orten.

Eine weitere Eskalationsstufe in der Debatte um die Friedenserziehung in unseren Gemeinden wurde ausgelöst durch den Beschluss der DDR-Regierung, mit dem Schuljahr 1978/79 für alle Schüler der neunten Klassen obligatorisch den Wehrunterricht einzuführen. Der Protest der Konferenz der Kirchenleitungen des Bundes war erfolglos. Und so gab die Studienabteilung des Bundes zwei wichtige Handreichungen heraus: *Was macht uns sicher?* für einen Gemeindetag Frieden und 1981 *Pazifismus in der aktuellen Friedensdiskussion*, mit denen die Gemeinden gut arbeiten konnten in Hauskreisen, Seminaren und Rüstzeiten.

Ein weiteres Ereignis, das die Friedensdiskussionen in den Gemeinden sehr beeinflusst hat, soll nicht unerwähnt bleiben. Durch die KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 brandete die Diskussion von Ende der fünfziger Jahre wieder auf: »gehen oder bleiben?«. Es war nach Korb 3 der Schlussakte von Helsinki im Prinzip möglich, einen Ausreiseantrag aus der DDR zu stellen, der meist mit erheblichen Konsequenzen verbunden war. Die friedensethische Debatte wurde auf einmal sehr konkret und vor Ort präsent. Für die »Ausreisewilligen« im Bereich außerhalb der Kirche war es oft existenzgefährdend: manche Familien wurden getrennt, ein Partner kam ins Gefängnis, der andere durfte ausreisen. Für etliche Gemeinden wurde die Friedensfrage zu einer Seelsorgeaufgabe.

So kam es folgerichtig zu den Friedensdekaden seit 1980 – regelmäßig zehn Tage im November bis zum Bußtag mit dem Gedenken am 9. 11. und immer mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen. Das Symbol der Friedensdekaden: »Schwerter zu Pflugscharen«, dieses kleine Denkmal hinter dem UNO-Gebäude in New York – kleines Ding, große Wirkung. Die Sowjetunion hatte es der UNO geschenkt, also eigentlich politisch sicher. Aber die DDR fühlte sich in ihrer Existenz bedroht durch diesen kleinen Aufnäher mit der Aufschrift »Schwerter zu Pflugscharen«

und einem Abbild des Denkmals in New York. Wieder gab es Schulverweise, Verwarnungen, verunsicherte Eltern, Angst um die Kinder, aber auch viel Fantasie: Im Zweifel wurde einfach ein Loch hineingeschnitten in die Jacke, wo eigentlich der Aufnäher angenäht war und auch der Protest des Loches war eindeutig, die Botschaft auch: Schwerter zu Pflugscharen, Waffen zu Friedenswerkzeugen.

Die alljährlichen Friedensseminare in Königswalde, Karl-Marx-Stadt, Meißen hatten sich längst etabliert, immer unter Beobachtung der Stasi, Denkverbote aber wurden nicht akzeptiert.

Mir persönlich, damals als Stadtjugendpfarrerin, gab 1983 ein Seminar bei den Waldensern in Agape (Italien) zum Thema »Kultur des Friedens und Kultur des Krieges« viele Anstöße zum Weiterdenken in der Friedensproblematik. Und in der Frage, wo unsere Verbündeten in der Friedensfrage sind, da gab es in Agape eine verblüffende Antwort für mich: Such die auch mal dort, wo du sie nicht vermutest. Ich saß da neben handfesten frommen Kommunisten aus Italien, und wir stellten fest: wir denken in die gleiche Richtung. Als einer von ihnen mich dann bat, mit ihm die Internationale zu singen, er in Italienisch und ich in Deutsch, war ich ziemlich verwundert; aber ich habe es ihm zuliebe gemacht. Das war schon ein Bild: Die Pfarrerin aus der DDR, die durchaus Textpassagen dieses Liedes sehr schwierig fand, und der Kommunist aus Mailand singen zusammen. Für mich wurde diese kleine Szene zum Synonym, wie kompliziert Kompromisse sind und wie holprig die Wege zum Frieden sein können, die man dafür aber gehen muss. Mir hat diese Erfahrung auch geholfen, als wir beim Olaf Palme-Friedensmarsch im September 1987 auf einmal neben und mit den Friedensbewegten aus der FDJ marschierten. Die Fronten der Friedensbewegten sind immer wieder neu auszuloten.

Im folgenden Jahr 1984 drohte Depression die Friedensdiskussion in den Kirchen in der DDR zu überkommen. Ich sehe Friedrich Schorlemmer unter einem blühenden Apfelbaum in unserem Garten in Magdeburg sitzen und sagen: »Es hat doch alles keinen Zweck.« Die Pershing 2-Raketen sind stationiert, die SS 20 stehen ihnen gegenüber, und irgendeiner wird den roten Knopf drücken. Aber genau dieser Nachmittag war die Geburtsstunde einer wunderbaren Idee. 1985 sollte hier in Erfurt im Augustinerkloster eine Synode sein zum Thema: »Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung«. Wir müssen im Vorfeld die Gemeinden beteiligen, sagten wir uns

damals und fingen an, Ideen für ein Vorbereitungsheft zu sammeln: Geschichten, Texte für Bibelarbeiten und Anregungen dazu, Ideen für Aktionen bis hin zu Karikaturen. Es ist mit einfachen Mitteln ein wunderbares Vorbereitungsheft entstanden; es war für uns in der KPS der Anfang des konziliaren Prozesses, der ja erst zwei Jahre später anging. Es wurde eine kreative spannende Synode, die sich nicht einschüchtern ließ, die sehr ernsthaft beriet und ein wunderbares Friedensfest im Predigerkloster feierte. Der Alternativvorschlag der Synode: die Einführung eines sozialen Friedensdienstes – SOFD genannt. Allein das war eine Provokation für die DDR-Regierung.

In allen Bundessynoden beschäftigte uns immer wieder die Frage der Rüstung bzw. der Abrüstung. Schon 1982 hatte die Bundessynode pauschal eine »Absage an Geist und Logik der Abschreckung« ausgesprochen. Die Bundessynode hatte 1985 Friedrich Schorlemmer und mich gebeten, für die Bundessynode 1987 in Görlitz eine Vorlage zur Friedensfrage zu erarbeiten. Der Vorwand, gleiche Sicherheit für beide Systeme durch ein Gleichgewicht des Abschreckungspotentials zu gewährleisten, erwies sich in der Lebenswirklichkeit als Farce. Wir waren in unserer Lebenswirklichkeit ständig mit der Angst der Menschen vor einem atomaren Krieg konfrontiert. Wir haben uns oft getroffen, mit vielen Menschen gesprochen, und uns war klar: Hier geht es nicht um eine normale Drucksache X/Y aus 1987, sondern um eine Bekenntnisfrage. Unsere Glaubwürdigkeit als bekennende Christen stand auf dem Spiel. Wir, Friedrich und ich, kamen aus einer Kirche, in der die *Barmer Theologische Erklärung* zu den verbindlichen Bekenntnisschriften gehört, auf die hin wir ordiniert worden sind: Und so entstand nach unzähligen Diskussionen die Vorlage für die Bundessynode: *Bekennen in der Friedensfrage*, mit einer klaren Absage an Geist, Logik und *Praxis* der Abschreckung.

»Die Praxis der Abschreckung aber steht im Widerspruch zur Gerechtigkeit Gottes. Sie räumt militärischen Sicherheitsüberlegungen den Vorrang vor der Gestaltung eines gerechten Zusammenlebens der Menschen ein. Sie führt zu einer Militarisierung des Lebens und Denkens von Kindergarten und Schule bis hin zur Weltwirtschaft und Wissenschaft. Sie vergeudet die materiellen und geistigen Schätze der Menschheit. Sie verschärft die Ausbeutung der armen Länder durch die Industrienationen. Sie tötet heute schon durch Hunger und Verelendung auch ohne Krieg. Weil wir dem Geist Gottes folgen, widersprechen wir der Praxis der Abschreckung [...].

Die Kirche sieht in der Entscheidung von Christen, den Waffendienst oder den Wehrdienst überhaupt zu verweigern, einen Ausdruck des Glaubensgehorsams, der auf den Weg des Friedens führt. Weil wir Gott als den Herrn bekennen, sind wir alle herausgefordert, durch deutliche Schritte zu zeigen, dass Einsatz, Besitz und Produktion von Massenvernichtungsmitteln unserem Glauben widersprechen.«³

Wir haben auch in der Synode des Bundes um jede Formulierung gerungen, vieles ist auch nicht durchgekommen von unseren Forderungen: unsere Forderung nach Einrichtung einer Weltpolizei z. B. wurde als naiv abgelehnt.

Alle Bemühungen, diesen dann mit großer Mehrheit gefassten Beschluss als gemeinsames Bekenntnis in die EKD 1990 mit einzubringen, stießen auf großen Widerstand seitens der EKD. Er wurde aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt. Die einen lehnten die Absage ab wegen des Bekenntnischarakters, für andere war es eine unerlaubte Theologisierung eines politischen Problems.

Als letzten Impuls aus den ostdeutschen Kirchen möchte ich die *Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung* erwähnen, deren Ergebnisse festgehalten wurden. Im sechsten Text geht es um die Kirche: »Auch an der Schuld unseres Volkes an zwei Weltkriegen tragen unsere Kirchen mit. Insbesondere wurden wir an den osteuropäischen Völkern Polens und der Sowjetunion schuldig. Umkehr zum Frieden muss deshalb für uns heute die Mitwirkung an der Überwindung der Institution des Krieges einschließen. Im Verzicht auf militärische Gewalt als Mittel der Politik sehen wir einen notwendigen Schritt zur Schaffung einer europäischen und weltweiten Friedensordnung. Deshalb stellen sich die Kirchen auch hinter diejenigen, die aufgrund ihrer Überzeugung den Wehrdienst verweigern.«⁴

Dieser Beschluss wurde von allen 19 Kirchen in der DDR mitgetragen.

Auch das wurde in den Kirchen der EKD nicht richtig wahrgenommen. Und die meisten meinten, wir könnten nur so steile Thesen vertreten, weil sie sich ja nicht bewähren müssten.

Dem möchte ich klar widersprechen. Mein langjähriger Bischof Werner Krusche schrieb im Ge-

leitwort zu Jochen Garsteckis Buch *Zeitansage Umkehr*, er hoffe, »daß unsere Kirchen in Erinnerung behalten, was sie in der Friedensfrage bisher vertreten haben (und was sich inhaltlich theologischer Einsicht verdankt und nicht der Tatsache, daß die Kirche nicht an der politischen Macht beteiligt war)«.⁵ Ich denke, meine Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder, genau dazu sind wir heute hier in Erfurt.

Eine Bemerkung zum Schluss: Ich bin unendlich dankbar für jede friedensethische Diskussion, die wir befördert, geführt, erstritten und erkämpft, erlitten und durchgestanden haben in den 40 Jahren der DDR in unseren Kirchen. Es waren längst nicht alle mutig, keinesfalls alle einer Meinung, manche wollten das Thema auch nicht mehr hören. Aber in einem waren wir uns einig, in den großen und kleinen Städten und in den Dörfern: Keine Gewalt! Das stand nicht nur auf den Spruchbändern und Plakaten, das war tief in unserem Herzen am 9. Oktober 1989 in Leipzig und am 16. Oktober in vielen anderen Städten, und es hat die friedliche Revolution erst möglich gemacht. Es lohnt sich wirklich, immer wieder über den Frieden nachzudenken, Wege dahin zu suchen und nie aufzugeben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.


Anmerkungen:

¹ Zum Friedensdienst der Kirche. Eine Handreichung zur Seelsorge an Wehrpflichtigen, in: *Kirchliches Jahrbuch 1966*, 249–262, hier 256.

² *Heidelberger Thesen (1959)*, in: *Frieden wahren, fördern und erneuern. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Gütersloh 1981, 76–87, hier 81.

³ Beschluss der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zum »Bekennen in der Friedensfrage« vom 22. September 1987 in Görlitz, in: Roswitha Bodenstein (Hg.), *Gemeinsam unterwegs. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1980–1987*, Berlin 1989, 253–257.

⁴ *Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR, Dresden-Magdeburg-Dresden (Februar 1988 bis April 1989)*, Teil 2, 69 [Originaldokument].

⁵ Werner Krusche, Geleitwort, in: Joachim Garstecki, *Zeitansage Umkehr – Dokumentation eines Aufbruchs*, Stuttgart 1990. 

Die Initiative »EKD-Friedensethik weiterentwickeln«

Dr. Theodor Ziegler

Erfurt, 24. März 2023

1) Vorlauf

Im Januar 2011 richtete der Arbeitskreis Frieden im Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald (um Freiburg) eine Eingabe an die Synode der badischen Landeskirche. Angeregt wurden wir dazu durch die damalige Jahreslosung: »Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem« (Röm 12,21) und durch die Schrecken des Afghanistankriegs, insbesondere die von Bundeswehroberst Klein angeordnete Bombardierung eines Tanklusters vor Kundus mit über 90 Todesopfern. Wir forderten die Landessynode dazu auf, die friedensethische Position der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die militärische Gewalt nicht ausschließt, kritisch zu überdenken. Das hieße zum einen, die Eigendynamik des militärisch-industriellen Komplexes zu benennen, und zum andern zu fragen, ob aus christlicher Sicht die Gewaltfreiheit nicht nur die vorrangige, sondern die einzige Option sein müsste. Diese dürfte ihre Wirkung erst dann richtig entfalten, wenn nicht auch noch die Keule militärischer Gewalt in der Hinterhand gehalten wird.

Unserem Wunsch entsprechend folgte ein breiter Diskussionsprozess in allen 25 Bezirkssynoden. An dessen Ende fasste die Landessynode den wegweisenden Beschluss, Kirche des Gerechten Friedens werden zu wollen. Von den beschlossenen 12 Konkretionen möchte ich zwei herausgreifen:

Die sechste Konkretion sieht gleich dem gesetzlich beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie, die *Erstellung eines Ausstiegsszenarios aus der militärischen Friedenssicherung* vor. Dieses wurde dann ab 2015 von einer ökumenisch zusammengesetzten Projektgruppe erarbeitet und 2018 als Buch veröffentlicht:

Ralf Becker, Stefan Maaß u. Christoph Schneider-Harpprecht (Hg.), *Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040*, Karlsruhe, Arbeitsstelle Frieden 2018.

In der zehnten Konkretion wurde der Auftrag erteilt, auch andere Landeskirchen zu einem friedensethischen Diskussionsprozess einzuladen und dies ebenfalls auf der EKD-Ebene anzuregen. Die EKD vertritt bekanntermaßen die Landeskirchen im Gegenüber zur Bundespolitik.

Auf der EKD-Synode 2016 in Magdeburg überreichten deshalb die badischen Synodalinnen zusammen mit dem badischen Friedensbeauftragten Stefan Maaß den sogenannten *Karlsruher Aufruf 2016* an die damalige Präses Irmgard Schwaetzer. Über 3.000 Menschen hatten den Aufruf unterzeichnet. Er hatte zwei Punkte zum Inhalt:

Zum einen solle die EKD sich ein klares friedensethisches *Leitbild* geben, das die *Überwindung des Krieges* als Ziel benennt. (Das entspricht der Präambel der UN-Charta, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren.)

Zum zweiten sollte sich die EKD für einen friedenspolitischen Wandel engagieren, weg von der auf militärische Stärke und Einsatzbereitschaft setzenden Sicherheitslogik und hin zu einer *friedenslogischen Politik*, die auf gewaltfreie Konfliktbearbeitung und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung setzt. Wie die Ostdenkschrift 1965 ein wichtiger Impuls für das Zustandekommen der Ost-West-Entspannungspolitik gewesen war, könne eine friedenslogische EKD-Denkschrift eine Neuorientierung in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik anregen und fördern.

Nicht zuletzt dieses Karlsruher Aufrufes wegen widmete die EKD-Synode ihre Tagung 2019 in Dresden dem Thema Frieden. Die Friedenslogik und das diese ausführende Szenario »Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik« wurden jedoch nicht zur Befassung zugelassen. Sie schafften es lediglich ins zuvor erschienene friedensethische Lesebuch der EKD – immerhin. Aber damit war unser Ansinnen, dass seitens der EKD entsprechende Impulse für die ÖRK-Vollversammlung 2022 in Karlsruhe ausgehen könnten, nicht mehr zu realisieren.

Seitens der Projektgruppe »Kirchen gegen Atomwaffen«, mit der wir vom badischen Forum Friedensethik (FFE) und Friedensfreunde aus sieben anderen Landeskirchen und pax christi seit 2017

alljährlich vor den Toren des Atombomben-Fliegerhorstes Büchel in der Eifel einen Aktionstag ausgerichtet haben, baten wir den ÖRK im Februar 2020, das Thema Friedenslogik und zivile Sicherheitsalternativen in die Beratungen bei der Vollversammlung in Karlsruhe aufzunehmen. Wir erhielten eine freundliche Eingangsbestätigung. Fernando Enns, der Leiter der Kommission für den Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens, setzte sich dafür bei der Programmplanung ein. Doch keines der deutschen Mitglieder im Zentralausschuss und im Exekutivausschuss war bereit, sich für dieses Anliegen einzusetzen. So blieb auch dieser Anlauf, an die friedensethischen Zeugnisse des ÖRK aus früheren Jahrzehnten anzuknüpfen,¹ leider erfolglos.

2) Von der Idee zur Initiative »EKD-Friedensethik weiterentwickeln«

Nach dem jähen Ende des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr im Sommer 2021 führte ich mehrere Gespräche mit den Verantwortlichen im Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden (FFE), mit dem badischen Friedensbeauftragten Stefan Maaß, mit Ulrich Frey aus der Evangelischen Kirche im Rheinland und mit Ullrich Hahn, dem Präsidenten des deutschen Zweigs des Internationalen Versöhnungsbundes. Mein Anliegen war, die EKD angesichts der nicht zielführenden Auslandsmissionen zu einer Überprüfung ihrer Denkschrift von 2007 anzuregen.

Im November 2021 lud ich dann 47 Personen aus evangelischen Friedensorganisationen aus ganz Deutschland mit den zwei Thesen ein:

1. »Das Leitbild vom gerechten Frieden ist in der Weise zu präzisieren, dass die Option der *Gewaltfreiheit* nicht nur die vorrangige, sondern im Blick auf die biblische Friedensbotschaft und die Menschenrechte *die einzige Option* ist.«

2. »Entsprechend der Aussage der 2007er-Denkschrift (Ziff. 76) – »Die Mittel zum Frieden müssen bereits durch den Zweck qualifiziert, die Methoden müssen dem Ziel angemessen sein« – ist es *folgerichtig*, dass die EKD auf die *ultima ratio militärischer Gewalt generell verzichtet* und sich *tatkünftig für den Aufbau einer zivilen Sicherheitspolitik einsetzt*. Bei dieser liegt das Hauptgewicht auf der Wurzelbehandlung von Konflikten durch die Schaffung fairer und nachhaltiger Wirtschaftsbeziehungen, Privilegienverzicht der reichen Staaten, breit angelegter Friedensbildung und dem Aufbau einer zivilen internationalen Konfliktkultur. Dies ermöglicht

Abrüstung und Rüstungskonversion. Dem Terrorismus und den Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist mit Mitteln einer rechtsstaatlichen internationalen Polizei zu begegnen. Nur dafür reichen die in der Denkschrift genannten Prüfkriterien (insbesondere begründete Erfolgsaussicht, Verschonung Unbeteiligter, Verhältnismäßigkeit der Mittel, Ziff. 102 –104) aus.«

Mittels eines Fragenkatalogs bat ich die Angesprochenen um Stellungnahmen zu diesen Thesen. Es beteiligten sich 27 Personen aus 8 Landeskirchen bzw. 16 Friedensorganisationen, darunter auch die beiden heutigen Veranstalter, der Dietrich-Bonhoeffer-Verein und die Martin-Niemöller-Stiftung.

Die erste Videokonferenz fand am 19. Februar 2022 statt. Die Diskussion war aufgrund der Rückmeldungen zu den Leitfragen sehr inhaltsreich und hatte eine große Breite von der biblischen Friedenstheologie über die Friedensethik bis zum praktischen Friedenshandeln und zur Friedenspolitik.

Der fünf Tage später einsetzende russische Eroberungskrieg in der Ukraine und die im Gefolge entstehende gesellschaftliche und kirchliche Diskussion um Waffenlieferungen fokussierte auch unsere Beratungen auf die aktuelle Entwicklung.

Wir schrieben dem neuen Friedensbeauftragten des EKD-Rates, Herrn Landesbischof Friedrich Kramer, am 19. Juli 2022 einen Brief, in dem wir ihm für seine klare Haltung gegen Waffenlieferungen dankten.

Wir hoben die drei aus unserer Sicht besonders konstruktiven Aussagen der 2007er-Denkschrift hervor:

- Leitbild des Gerechten Friedens,
- vorrangige Option der Gewaltfreiheit,
- Ziel-Mittel-Relation beim Friedensschaffen.

Diese Punkte gilt es aus unserer Sicht in einem Dialog weiterzuentwickeln in Richtung einer friedenslogischen Außen- und Sicherheitspolitik. Das Szenario »Sicherheit neu denken« ist ein entsprechender Versuch. Im Grunde geht es darum, die allgemein anschlussfähige Goldene Regel Jesu aus der Bergpredigt zum Maßstab politischen Handelns zu machen: »Alles nun, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen auch!« (Mt 7,12) – oder mit anderen Worten:

Behandelt die anderen Menschen, Völker so, wie ihr von ihnen behandelt werden wollt.

Wir baten Herrn Kramer um ein persönliches Gespräch. Am 1. Februar dieses Jahres wurde dieses dann von einer Abordnung unserer Initiative (Christian Keller und mir) und Ralf Becker von »Sicherheit neu denken« mit ihm in einer Videokonferenz geführt.

Herr Kramer begrüßte unser Engagement und sagte uns zu, dass wir bei den Expertengesprächen der Friedenswerkstatt beteiligt werden. Insofern hat unsere Initiative ein wesentliches Zwischenziel erreicht und wird nun erst wieder bei Beratungsbedarf über die entstehende Positionierung der EKD zusammenkommen.

Noch zwei Schlussbemerkungen:


■ Neben unseren fünf Videokonferenzen gelang es uns im vergangenen September, in einem kleineren Kreis von zehn Personen ein Präsenztreffen in Mannheim durchzuführen. Dieser persönliche Austausch, bei dem jeder ausführlich seine Haltung darlegen konnte, empfanden wir Beteiligten als eine wichtige, auch spirituelle Erfahrung. Wir fühlten uns bestärkt und ermutigt, uns gerade als Christen und insbesondere in dieser Kriegszeit für das gewaltfreie Friedenshandeln einzusetzen.

■ Damit der friedensethische Disput nicht erst bei kirchenoffiziellen Veranstaltungen geführt wird, haben wir uns bemüht, mit Vertretern der Militärseelsorge² zu einem persönlichen Austausch zusammen zu kommen. Ein erstes Gespräch soll nun im Frühsommer stattfinden. Bei der »Sicherheit neu denken«-Fachgruppe Internationale Polizei gibt es bereits seit 2022 die Beteiligung eines Militärpfarrers.

Anmerkungen:

¹ 1948 Amsterdam: »Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.« 1975

Nairobi: »Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben.«

² In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass sich die Militärseelsorger als »Soldatenseelsorger« verstehen, auch wenn die offiziellen Bezeichnungen vom Militärseelsorgevertrag bis zu den Militärpfarrämtern noch am Militär ausgerichtet sind. Meines Erachtens würde diese Intention durch die in den Kirchen der neuen Bundesländer befristete Sonderregelung der Seelsorge an Soldaten in parochialer Zuständigkeit – frei von einem Kirchenamt im Verteidigungsministerium – noch deutlicher. Diese staatsunabhängige Seelsorgestruktur lief 2003 aus, so dass ab 2004 die westliche Praxis gilt. 

Wie geht Frieden und was können wir darüber wissen?

Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach

Erfurt, 24. März 2023

Die waffentechnische Entwicklung und der ökologische Raubbau haben Frieden zur Notwendigkeit gemacht. Wenn die Menschheit überleben will, muss sie das Friedensgebot ernst nehmen. Mit der Charta der Vereinten Nationen (UN) wird es 1945 erstmals mit weltweiter Gültigkeit kodifiziert. Die Mitglieder wollen die Welt von der Geißel des Krieges befreien – und sie regeln weitsichtig, wie das geschehen soll. Frieden wird zur völkerrechtlich verbindlichen Norm. Sie verbietet erstens Krieg und Gewalt. Zweitens verlangt sie, Streitigkeiten auf friedliche Weise beizulegen. Und drittens fordert sie, die internationale Zusammenarbeit zu pflegen, um Probleme wirt-

schaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen sowie die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle zu fördern und zu festigen.

Dieser Dreischritt ist die Grundlage des weltweiten Friedensdiskurses, der seit 1945 in den UN geführt wird. Seitdem entsteht ein differenziertes Verständnis von dem, was Gewalt ausmacht, nämlich vermeidbares menschliches Leiden. Seitdem werden auch immer differenziertere Formen der friedlichen Streitbeilegung entwickelt, die durch eine wachsende Zahl von politischen und gesellschaftlichen Akteuren ausgeübt werden. Und schließlich entwickelt sich ein immer breiteres Feld von Problembereichen, in denen Zusammenarbeit erforderlich wird. So heißt es in der 2015 angenommenen Agenda 2030: »Ohne

Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben, und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.«

Das Verständnis davon, was das Friedensgebot beinhaltet, ist also im Fluss. Es verändert sich mit den zu lösenden Problemen und mit den Positionen derjenigen, die am Friedensprozess beteiligt sind. Alle diese Erweiterungen sind gut begründet. Die Herausforderung besteht darin, diese Aspekte in ihrem Zusammenhang zu denken. Wenn etwa Frieden und Freiheit gegeneinander ausgespielt und die zerstörerischen Folgen eines militärisch geführten Kampfes um Freiheit nicht beachtet werden, wird es gefährlich. Denn ein Freiheitskrieg mag zwar in guter Absicht geführt werden, aber er zerstört Grundbedingungen von Freiheit. Erst die Absage an Gewalt ermöglicht Freiheit, und Freiheit erleichtert Gewaltlosigkeit. Daher wird Frieden als ein integrierendes Rahmenkonzept verstanden, innerhalb dessen Voraussetzungen dafür entstehen, Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit so zu erreichen, dass sie sich wechselseitig bestärken, und eine Entwicklung möglich wird, in der Frieden mit seinen diversen Aspekten tatsächlich entsteht.

Die friedenslogischen Handlungsprinzipien

Die Logik des Friedens¹ fasst begrifflich zusammen, was wir nach etwa sechzig Jahren systematischer Friedens- und Konfliktforschung über die Bedingungen von Friedensentwicklungen wissen. Sie lassen sich beobachten. Direkte und indirekte Gewalt nehmen ab, Zusammenarbeit nimmt im Interesse der Existenzerhaltung trotz Konflikten zu. Und es entstehen gesellschaftspolitische Strukturen, die dieses Abnehmen und Zunehmen ermöglichen. Fünf friedenslogische Handlungsprinzipien informieren darüber, wie eine solche Entwicklung gefördert werden kann.

Das Prinzip der Gewaltprävention bezieht sich auf das Ziel, Gewalt in den Beziehungen zwischen Individuen, Gruppen und Staaten zu vermeiden oder zu verringern.

Das Prinzip der Konflikttransformation bezieht sich auf den Weg, um die ursächlichen Hintergründe der Gewalt lösungsorientiert zu bearbeiten. Es geht darum, die ursächlichen Konfliktkonstellationen konstruktiv zu wenden. Der erste Schritt ist immer die Anerkennung der Tatsache, dass es nicht nur einen Gegner gibt, sondern dass es einen Konflikt gibt, an dem man beteiligt ist. Diese Erkenntnis ist keine Frage der Schuldver-

schiebung, sondern eine Voraussetzung, um eine Friedensdynamik auszulösen.

Das Prinzip der Dialogverträglichkeit bezieht sich auf die Mittel, die zur Gewaltprävention und Konflikttransformation geeignet sind. Ihre Leistung besteht darin, dass sie den Konfliktparteien Denk- und Kooperationsräume eröffnen, mit denen auch in verhärteten Konfliktkonstellationen Lösungen gefunden werden können.

Das Prinzip der normorientierten Interessenentwicklung bezieht sich auf Verfahren, um die Differenzen zwischen ethischen Grundsätzen und einem abweichenden Handeln in der Lebenswirklichkeit zu verringern. Es geht also darum, friedensethisches Wissen, was gut tut, trotz widerstrebbender Interessen in Gesellschaft und Politik besser zur Geltung zu bringen.

Das Prinzip der Fehlerfreundlichkeit bezieht sich auf selbstverursachte Aspekte von Misserfolgen, um diese zu erfahrungsorientiertem Lernen zu nutzen.

Diese Prinzipien ergeben eine methodische Anleitung, wie nach heutigem Wissensstand Lösungen für konkrete Friedensprobleme gefunden werden können – nicht jedoch, welche Lösungen gefunden werden. Darüber entscheiden die im konkreten Fall beteiligten Akteure vor dem Hintergrund ihrer Interessen, Ressourcen und Fähigkeiten, sich miteinander zu verständigen.

Friedenslogik unter den Bedingungen von Krieg

Eine schier unlösbar erscheinende Konstellation hält heute das Denken, Fühlen und Handeln in Europa gefangen. Die Friedensentwicklung, die in den frühen 1990er Jahren erreicht wurde, ist zerfallen. Gewaltprävention ist misslungen oder wurde nicht versucht. Russland hat die Schwelle zum Krieg gegen die Ukraine überschritten. Gewalt und Gegengewalt reproduzieren sich Tag für Tag mit zunehmender Zerstörungswirkung. Die Wahrnehmung der Konfliktkonstellation wird durch Feindschaft, Propaganda und Intransparenz verdeckt. Mehrere Konfliktlinien überlagern sich; alle haben jeweils eine innenpolitische und eine außenpolitische und eine bündnispolitische Dimension. Erschwerend ist, dass Atomkräfte mit hegemonialen Interessen an der Entstehung, an der Eskalation und an der Fortführung der Kämpfe beteiligt sind. Problemlösende Kommunikation erscheint unmöglich. Auf allen Seiten schrumpfen die Denk-, Dialog- und Kooperationsräume – nicht nur in den politischen Gremien, auch in der

öffentlichen Auseinandersetzung. Die Aussichten auf einen Friedensprozess sinken daher mit jedem Kriegstag – nicht anders als in anderen Kriegen. Es ist auch kaum noch zu erkennen, dass ein Friedensprozess überhaupt angestrebt wird.

In dieser Situation kommt es darauf an, ein gesellschaftliches und politisches Umfeld zu erzeugen, in dem politische Institutionen auf Friedensforderungen aus der Gesellschaft reagieren. Dies erfordert

1. friedensorientiertes Denken, Sprechen und Handeln in der Öffentlichkeit in Gang zu halten,
2. europazentrierte Verengungen um weltpolitische Perspektiven zu erweitern,
3. die zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen aus dem globalen Süden anzuhören und sie um Unterstützung zu bitten.

Die vielen Warnungen und Aufrufe aus den vielen Friedensinitiativen in den vergangenen Monaten haben ganz gewiss dazu beigetragen, friedensorientierte Diskurse in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Bei allen Unterschieden stimmen sie in drei Punkten überein. Sie kritisieren die russische Aggression und Kriegführung ohne Wenn und Aber. Sie fordern eine sofortige Deeskalation sowie ein Ende der Kämpfe. Und sie treten für einen sofortigen Beginn von Verhandlungen ein.

Diese Forderungen stehen in voller Übereinstimmung mit der UN-Charta und den Resolutionen, die von der UN-Generalversammlung zum Krieg gegen die Ukraine seit Februar des Jahres 2022 verabschiedet wurden. Am Zustandekommen all dieser Resolutionen hat auch Deutschland mitgewirkt, und es hat ihnen zugestimmt. Nicht nur hat die große Mehrheit der Staaten den Krieg verurteilt. Sie hat auch zur friedlichen Streitbeilegung sowie zu mehr diplomatischen Anstrengungen aufgerufen. Sanktionen oder militärische Unterstützung werden nicht ausgeschlossen, aber auch nicht empfohlen. Für sie gibt es keine politische Mehrheit, obwohl die westlichen Staaten

und auch Deutschland sich intensiv darum bemüht haben. Solange die Friedensaufrufe Erwartungen formulieren, die diesem UN-Rahmen entsprechen, stützen sie internationale Bemühungen um eine Friedensentwicklung, die es ja hinter den Kulissen auch gibt.

Denn dieser Krieg hat immense Folgen für Ernährung, Energieversorgung, das Finanzwesen, den Schutz vor nuklearer Verwüstung. Er schädigt die Umwelt und beeinträchtigt überall die menschenrechtliche Entwicklung. Die Mehrheit der UN-Mitglieder will, dass dieser Krieg endet, und zwar nicht irgendwann, sondern rasch, und zwar so, dass die globalen Verpflichtungen wie die zur Abrüstung, zur Ressourcenschonung oder zur Umsetzung der 17 Ziele der Agenda 2030 nicht beeinträchtigt werden. Wenn über zukünftige »Sicherheitsgarantien« für die Ukraine gesprochen wird, scheint es mir wichtig, darauf hinzuweisen: Sicherheitsgarantien müssen nicht militärisch sein. Sie können auch darin bestehen, die europäischen Akteure zum Frieden zu befähigen. Gelegentlich ist bereits von einem neuen Helsinki-Prozess oder einer neuen europäischen Sicherheitsordnung die Rede. Wie diese zivilgesellschaftlich und unter Beachtung der Interessen und Bedürfnisse im globalen Süden gefestigt werden kann, kann jetzt zum Thema werden.

In der friedens- und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Kirchen sind zahlreiche Kontakte und breite Kampagnenerfahrungen vorhanden, die nun dem Denken in Europa auf die Sprünge helfen können. *Brot für die Welt* ist da eine der ersten Adressen. In jedem Fall gilt es mit Demut auszusprechen, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure im globalen Norden jetzt Unterstützung von Partnerorganisationen im globalen Süden brauchen und ihre Sichtweisen auf den Krieg in der Ukraine hören wollen.

Anmerkung:

¹ Vgl. Hanne-Margret Birckenbach, *Friedenslogik verstehen*, Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag, 2023.



Wo stehen wir friedensethisch im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland?

Landesbischof Friedrich Kramer

Erfurt, 24. März 2023

Vor etwas mehr als einem Jahr befürwortete noch die Mehrheit der leitenden Geistlichen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), dass die neue Bundesregierung die Maxime, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern, dezidiert in den Koalitionsvertrag aufgenommen hatte – eine Maxime, die von beiden Volkskirchen lange schon in großer Einhelligkeit gefordert worden war. Auch ich als neu berufener Friedensbeauftragter des Rates der EKD habe mich im Januar 2022 voll hinter diesen Punkt des Koalitionsvertrages gestellt.

Dann erfolgte der brutale russische Angriff auf die Ukraine, mit dem sich vieles geändert hat. Trotz des eklatanten Bruchs des Völkerrechts bin ich bei der ursprünglichen Position der Bundesregierung geblieben, doch diese hat ihre Position geändert und liefert nun Waffen an die Ukraine. Es war und ist eindrücklich, wie schnell eine sicherheitspolitische »Zeitenwende« ausgerufen wurde und wie die Aufrüstung der Ukraine aktuell in großen Schritten weitergeht. Letzteres geschieht zwar immer auch bedachtsam und vorsichtig – man spürt: niemand in unserem Land will in diesen Krieg hineingezogen werden –, doch die Kriegsfragen, die Kriegsaufregung und die auf das Freund-Feind-Schema reduzierten Kriegsnarrative drohen auch bei uns die Debatten zu beherrschen. In Kriegszeiten kennt man nur noch Gut und Böse, Freund und Feind, richtig und falsch; Zwischentöne und Zwischenstufen werden kaum wahrgenommen.

Gerade als Kirche dürfen wir das für die öffentliche Debatte in unserem Land und darüber hinaus nicht hinnehmen, denn wir sind nicht im Krieg – weder mit Russland noch mit einem anderen Land. Wir wollen auch nicht in diesen Krieg eintreten. Aber wir sind nun massiv involviert und inzwischen mit den beschlossenen Panzerlieferungen innerhalb Europas nach Großbritannien das zweitgrößte Unterstützerland für die Ukraine. Daran haben sich in unserer Gesellschaft und auch innerhalb unserer Kirche verständlicherweise hitzige Debatten entzündet. Ich sehe es als

eine wesentliche Aufgabe der Kirchen an, diese Debatten umfänglich wahrzunehmen, ihnen Raum zu geben und in einen breiten, konstruktiven Dialogprozess zu überführen.

Bevor ich auf die ethischen Debatten um Waffenlieferungen genauer eingehe, möchte ich die große Relevanz gelebter Friedenspraxis in unserem Land hervorheben und damit zwei andere, wichtige Formen der Unterstützung der Ukraine:

Zum einen die echte Nothilfe, die humanitäre Hilfe, die viele Menschen den Opfern des Krieges vor Ort und hier bei uns unter großem Einsatz zukommen lassen. Unzählige Einzelpersonen, Gruppen und Gemeinden organisieren Spendenaktionen oder haben Flüchtlinge bei sich aufgenommen, ihnen Wohnräume vermittelt und sie beim Ankommen in unserer Gesellschaft begrüßt und begleitet. Das ist großartig und allen, die das tun, ist von Herzen zu danken. Ich nehme auch wahr, dass unsere ökumenischen Partner in den mittelosteuropäischen Ländern, in der Slowakei, in Polen und Rumänien, in gleicher Weise Dienst tun. Auch dort spürt man eine große Verbundenheit mit den Menschen der Ukraine. Unsere Partner darin zu unterstützen ist selbstverständlich.

Große Bedeutung haben zum anderen auch die Friedensgebete, die sogleich mit Beginn des Krieges an vielen Orten stattgefunden haben. Intensiv wurde hier gebetet – oft gemeinsam mit ukrainischen und russischen Menschen. Das sind – das konnte ich kürzlich noch einmal in der Frauenbergkirche von Nordhausen bei einer Gedenkfeier zum Jahrestag des Angriffs auf die Ukraine eindrücklich miterleben – wichtige Anlässe, um das anhaltende Leid, die Ängste und die Bedürfnisse der Geflüchteten wahrzunehmen, ihnen Raum und Stimme zu geben und unser Mitgefühl zu zeigen; aber auch um Verhärtungen oder allzu nationalistischen Tönen entgegenzuwirken. Ich werde nicht müde, landauf, landab zu betonen, dass es dies weiter fortzusetzen gilt. Denn wir erleben, dass die Debatten zwar heiß bleiben, aber unsere Gebetsintensität nachlässt. Doch gerade in diesen aufgeregten Zeiten brauchen wir das Gebet, und unsere ukrainischen Gäste brauchen Räume, in denen ein Ausatmen und Nachdenken, Weinen und Beten Platz hat. Wir können das ins Gebet nehmen, was wir nicht ändern

können, und Gott anflehen, dass er es ändert. Wir können darum beten, dass wir wach sind für die Opfer, die brutale Kriegshandlungen erleiden müssen – in der Ukraine, aber auch in über zwanzig weiteren Kriegsgeschehen der Welt. Im Friedensgebet können wir zur Ruhe kommen, denn durch die permanente mediale Wahrnehmung des Krieges und seiner schrecklichen Bilder sind unsere Seelen unruhig und verstört. Und wir können Ukrainerinnen Räume zur Verfügung stellen, dass sie sich treffen und stärken können, wie es an vielen Orten geschieht.

Doch nun zur Frage der Waffenlieferungen: Der nachvollziehbare Zustand der meisten Christinnen und Christen in dieser Frage scheint mir ein Zustand der Zerrissenheit zu sein: Einerseits fühlen wir uns solidarisch mit den Menschen in der Ukraine und haben das starke Bedürfnis zu helfen, das bis hin zur Forderung nach immer umfanglicheren Waffenlieferungen reichen kann – im Wissen darum, dass Waffen töten. Andererseits fühlen wir uns dem klaren Gebot Jesu Christi verpflichtet, dem Bösen nicht mit Bösem zu widerstehen, das Schwert wegzustecken und die Feinde zu lieben, ja sogar: diejenigen, die uns verfluchen, zu segnen. Da tut sich eine Spannung auf, die ernst zu nehmen ist und durch den Hinweis auf ›neue Realitäten‹ nicht einfach aufzulösen ist.

Relativ schnell nach dem brutalen Angriff auf die Ukraine haben einige Systematiker und Theologinnen behauptet, die bisherigen ethischen Erkenntnisse hätten sich erübrigt, man könne am Leitbild des »Gerechten Friedens« so nicht mehr festhalten. Von »Ponyhof-Theologie« war die Rede. Man sei jetzt in der Wirklichkeit, eben bei den ›neuen Realitäten‹ angekommen. Oft wurde jetzt die Kritik, die schon seit Jahren an der friedensethischen Diskussion der EKD geübt wurde, verstärkt. Die EKD hatte 2019 mit der »Friedenssynode« in Dresden einen stärker pazifistischen Weg eingeschlagen. In ihrer Kundgebung hatte sie zwar den Einsatz rechtserhaltender Gewalt als äußerstes Mittel (*ultima ratio*) »unter engen Kriterien für legitim« erklärt, doch zugleich klar formuliert, dass auch er »immer eine Niederlage [ist] und uns vor die Frage [stellt], ob wir im Vorfeld alles zur Prävention und gewaltfreien Konfliktlösung getan haben«, die stets die ersten Mittel sein müssen. Zudem erfolgte die Aufforderung an den Rat der EKD, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft.

Und nun wurde mit der sicherheitspolitischen auch die friedensethische ›Zeitenwende‹ ausgerufen. Das hat viele Christenmenschen in unserem Land verunsichert. Angesichts dessen, dass die Bundesregierung über Nacht ein 100-Milliardenprogramm zur Aufrüstung der Bundeswehr aufgelegt hat und Deutschland jetzt mit einer schlagkräftigen Armee eine Führungsrolle bei der Verteidigung Europas übernehmen soll, fragen sie sich: Was heißt das für uns, für das, was wir gelernt haben, als evangelische Kirche hier in Deutschland, in der Aufarbeitung zweier Weltkriege, im Streit um die Wiederbewaffnung, in der Diskussion über den NATO-Doppelbeschluss, in der friedlichen Revolution? Und welche Rolle hat die Kirche bei all dem zu spielen? Muss sie stärker für die aktuellen politischen Debatten anschlussfähig werden oder nicht eher das prophetische Wort mit dem Ruf zur Gewaltlosigkeit und zum Frieden stark machen?

Nach und nach hat es dann eine große Veränderung auch in der Wahrnehmung der leitenden Geistlichen gegeben. Zunehmend wurde eingeräumt, dass man die Argumente für Waffenlieferungen nachvollziehen und verstehen könne. Das wurde medial gerne zugespitzt, wenn etwa sinnverkürzend getitelt wurde, dass Waffenlieferungen ›begrüßt‹ würden. Die mediale Debatte hat schnell Fahrt aufgenommen, weil auch ich zahlreiche Interviews gegeben habe, in denen deutlich geworden ist, dass ich zwar der Beauftragte des Rates der EKD bin, aber eine eigene Position vertrete. Es hat sich gezeigt: Die Evangelische Kirche in Deutschland spricht, anders als die katholische, mehrstimmig. Intern haben wir uns dann darauf verständigt – was ich für sehr wichtig halte –, dass das für eine Volkskirche in einer pluralen Gesellschaft auch gut so ist, wir das aushalten und uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Aus Sicht der EKD ist es also keine Frage des *status confessionis*, ob man sich für oder gegen Waffenlieferungen ausspricht, sondern eine Frage der vernunftbasierten ethischen Güterabwägung, deren Beantwortung unterschiedlich ausfallen kann, je nachdem, welchen Fokus man wählt und welchem Argument man mehr Gewicht gibt. Wir sprechen uns wechselseitig nicht das Christsein ab und sehen von plumphen Beschimpfungen ab. Stattdessen gehen wir respektvoll miteinander um und zeigen auch der Gesellschaft, dass das geht. Man kann in der Sache hart miteinander streiten, darf sich aber einander den Respekt nicht versagen. Inzwischen erlebe ich das so, dass es in guter Weise gelingt.

Ein zentraler Streitpunkt ist die Frage, wie sich unser christlicher Auftrag der Nächstenliebe, der Nothilfe und Schutz von Opfern mit einschließt, verhält zu Jesu Gebot der Gewaltfreiheit. Ich gehöre zu denen, die sich von Anfang an klar gegen Waffenlieferungen ausgesprochen haben und das bis heute tun. Das werde ich unten ausführlich begründen, wobei auch die Ambivalenz meiner Position deutlich werden wird.

Völlig einig sind wir uns hingegen darin, dass Waffen keinen Frieden schaffen. Denn auch diejenigen in der EKD, die Waffenlieferungen befürworten, wissen, dass man darüber hinaus Bedingungen schaffen muss, die der Ukraine und Russland zukünftig einen gerechten Friedensschluss ermöglichen. Nur wenige sind der Überzeugung, es brauche so lange Waffen, bis die Ukraine wieder befreit ist. Darüber hinaus gibt es auch Friedensgruppen wie »Sicherheit neu denken«, die alternative Modelle der Konfliktbewältigung propagieren. Damit haben wir in der EKD das ganze Spektrum, das es auch in der Gesellschaft gibt.

Die Fixierung auf rein militärische Lösungsmodelle ist eine fatale Verkürzung und wird der Komplexität des Themas nicht gerecht. Sie führt etwa dazu, dass die Fülle des gewaltfreien Widerstands in der Ukraine nicht wahr- und ernstgenommen wird, die zu Beginn noch sichtbar war: Menschen, die auf die Straße gegangen sind, um sich den Panzern entgegenzustellen, oder die Überklebungen von Verkehrsschildern mit »Den Haag« oder was es sonst an vielfältigen und fantasiereichen Aktionen gab.

Zudem trägt diese Fixierung keine Antworten zu der großen Frage, wie der Weg zum Frieden aussehen kann, bei; verstärkt sie – fantasielos – doch nur den Krieg. Es braucht andere Initiativen, andere Ideen zu diplomatischen Strategien, um aus dieser Situation herauszukommen, wenngleich uns die Konflikt- und Friedensforschung derzeit keine großen Hoffnungen auf schnelle diplomatische Lösungen macht. Solange sich beide Seiten dank ihrer jeweiligen Unterstützungssysteme militärisch Erfolge ausrechnen, sind sie für andere Lösungen nicht ansprechbar.

Die Gründe, die mich dazu bewegen, für Gewaltfreiheit einzutreten, sind die folgenden:

Der erste ist ein *biografischer Grund*. Gerade in heftigen Debatten ist es hilfreich, sich gegenseitig zu erklären, aufgrund welcher Erfahrungen und Vorentscheidungen man zu einer bestimmten Position kommt, weil sie dadurch dem Gegenüber

verständlicher wird. Ich komme aus der DDR-Friedensbewegung, war Bausoldat und sollte als Jugendlicher schon sagen, dass die SS 20 die guten Raketen sind, die Leben retten, und die Pershings die bösen, die Leben bedrohen. Von diesen schablonenhaften Debatten in scharfen Gegensätzen bin ich geprägt. Angesichts ihrer Absurdität war ich immer der festen Überzeugung, dass Waffen generell von Übel sind und ich als Christ ihren Einsatz nicht befürworten kann. Da gibt es für mich nur die eine Ausnahme der Landesverteidigung. Mir ist natürlich bewusst, dass es das Böse in der Welt gibt und Situationen eintreten, in denen ein Gebiet oder eine Bevölkerungsgruppe vor einem Aggressor geschützt werden muss. Doch bin ich der Meinung, dass diese Situationen eher mithilfe von (welt-)polizeilichen und zivil-diplomatischen Handlungskonzepten angegangen werden müssen als mittels eines hochgerüsteten Abwehrkampfes, der immer die Gefahr der Eskalation in sich birgt (s. u. 5. Grund).

Ein zweiter Grund liegt für mich darin, dass wir wissen – das ist auch aus der Forschung hinlänglich bekannt –, dass *Waffenlieferungen* in ein Krisengebiet nicht nur den Konflikt dort, sondern auch *Konflikte in anderen Regionen der Welt verschärfen*, weil Waffen weitergegeben und weiter exportiert werden. Wir können nicht sicherstellen, dass die Waffen, die wir jetzt in großen Mengen liefern, in der Ukraine bleiben und dort nur zur Verteidigung genutzt werden. Die Ukraine hat seit längerem stark mit Korruption zu kämpfen, so dass die berechtigte Sorge besteht, dass sie solche Proliferation von Waffen kaum kontrollieren kann. Das ist ein enormes Problem, das zur weiteren Destabilisierung in der Welt führt.

Der dritte Grund ist ein *Gerechtigkeitsargument aus ökumenischer Perspektive*. Auf der Weltversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Karlsruhe haben die Kirchen aus dem globalen Süden sehr klar davor gewarnt, aktuell nur auf die Ukraine zu schauen und alles Geld in ihren Verteidigungskrieg gegen Russland fließen zu lassen. Die durch diesen Krieg verringerten Kornmengen und die dadurch verursachten steigenden Lebensmittelpreise würden dazu führen, dass viele Menschen hungern, wenn nicht verhungern. Deswegen müsse der Krieg sofort aufhören. Auch wenn es also vor Ort viele Gründe gibt, ihn weiterzuführen, muss man aus der internationalen Perspektive sagen, dass wir mitverantwortlich dafür sind, dass Menschen verhungern, wenn der Krieg durch unsere Unterstützung weitergeht. Ich erinnere daran, dass wir uns als

Weltgemeinschaft der Realisierung von 17 Nachhaltigkeitszielen verschrieben haben, deren erstes lautet: ›Hunger abschaffen bis 2030‹. Das kostet pro Jahr um die 30 Milliarden US Dollar.² Diese bekommen wir nicht zusammen, aber über Nacht sind hundert Milliarden Euro für Aufrüstung möglich. Daran wird deutlich, dass wir falsche Prioritäten setzen, was die menschliche Sicherheit anbelangt.

Der vierte Grund ist für mich ein *geschichtliches Argument*. Wir erleben, dass mit unserer Geschichte jetzt so argumentiert wird, dass wir als Deutsche im Zweiten Weltkrieg brutales Leid über die Ukraine gebracht haben und deswegen nun verpflichtet seien, sie zu unterstützen. Wir haben aber 1990 den Zwei-plus-vier-Vertrag unterschrieben; dort heißt es: »Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.«³ Die Verpflichtung, keinerlei Waffen einzusetzen, schließt das Verbot des Waffeneinsatzes gegen alle Völker der Sowjetunion ein. Und das betrifft eben auch Belarus, Kasachstan und Russland. Doch nun liefern wir Waffen, durch die russische Soldaten umkommen, und treten damit aus diesem Teil unserer Verantwortung heraus, da wir uns einseitig positionieren. Wiewohl völlig unstrittig ist, dass die russische Seite einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt, halte ich diese Positionierung Deutschlands zumindest für fraglich.

Der fünfte Grund liegt für mich darin, *dass Waffenlieferungen immer ein Eskalationspotenzial in sich bergen, das nicht abschätzbar ist*. Es kann keiner wirklich sagen, wie weit sich unsere militärische Unterstützung weiter steigert und welche Folgen sie hat. Sehr schnell kann ein Schritt den nächsten bedingen. Von Anfang an habe ich davor gewarnt, dass es nicht bei Verteidigungswaffen bleiben wird. Jetzt sind wir schon bei schweren Panzern und reden bereits über Flugzeuge etc. Und wer heute den Waffenlieferungen zustimmt, wird nur schwer »nein« sagen können, wenn die Ukraine ins Hintertreffen gerät, die Russen vorrücken und die Frage laut im Raum steht, dass wir als NATO jetzt richtig in den Kampf einsteigen müssen. Das ist das Problem der Eskalation, aus der kaum herauszukommen ist, wenn einmal der Weg des Krieges eingeschlagen ist. Deutschland ist bereits jetzt massiv in den Konflikt verstrickt. Dazu hat die öffentliche Debatte insofern stark beigetragen, als massiv der

Eindruck erweckt wurde, Deutschland sei das einzige Land, das nicht bereit sei, Panzer abzugeben. Das ist nichtzutreffend, denn der Blick auf die Verteilung der Leopard 2-Panzer zeigt, dass z. B. auch in der Türkei und in Griechenland jeweils 500 Panzer stehen. Beide Länder könnten also jeweils 200 Panzer sofort abgeben, sind aber dazu nicht bereit. Daran wird erkennbar, dass die Debatte bei uns von einer Wirklichkeitswahrnehmung zeugt, die nicht mit den Realitäten in Europa übereinstimmt, und wir an vielen Stellen der Kriegslogik und einem Informationskrieg aufsitzen. Daher sagt Jesus Christus ja: »kehret um!« Das ist immer sein erster Ruf. Gerade erleben wir aber einen Umkehrruf in die andere Richtung. Heute wird gerufen: lasst uns umkehren zur Logik der Waffen und der Abschreckung! Doch wir haben lernen dürfen in der Verarbeitung zweier Weltkriege und unserer Geschichte. Insbesondere in der friedlichen Revolution der DDR haben wir gezeigt, dass wir den Umkehrruf von Jesus gehört und den Weg der Gewaltlosigkeit und des Gebets erfolgreich beschritten haben. Das ist ein großer Schatz, und es stellt sich die Frage, wie wir ihn im konkreten Konflikt und in die Debatten in Europa einbringen können.

Ein weiterer Grund liegt für mich in der *speziellen politischen Situation in unserem Land, insbesondere in Ostdeutschland*. Es gibt eine deutliche Differenz zwischen Ost und West, was die Einschätzung Russlands anbelangt. Das mag überraschen, denn Ostdeutschland war genauso von der russischen Armee besetzt wie Polen, Litauen und Lettland, hat also eine ganz ähnliche Besatzungsgeschichte erlebt wie diese. Und trotzdem haben die Ostdeutschen im Gegensatz zu all diesen Ländern nicht dieselben Vorbehalte und Ängste gegenüber Russland. Wie ist das zu erklären? Ich versuche einige Erklärungsansätze:

1. Im Gegensatz zu Polen, Lettland, Litauen und anderen osteuropäischen Ländern haben wir den Zweiten Weltkrieg verschuldet. Daher wurde die Besatzung durch die sowjetischen Truppen in Ostdeutschland als folgerichtig empfunden. Die Ostdeutschen hatten zudem das Selbstverständnis, nunmehr der antifaschistische Staat zu sein, während die Faschisten in Westdeutschland sind. Das hat zu der Wahrnehmung geführt, dass es keine dauernde Bestrafung für die eigene Kriegsschuld gab, und zu einer russenfreundlicheren Grundstimmung in der Bevölkerung geführt.
2. Diejenigen, die mit dem Stalinismus oder auch Kommunismus in Konflikt geraten sind, sind zum größten Teil in die alte Bundesrepublik geflohen

oder später auch verkauft worden. Das heißt, die Erinnerung an das Unrecht der sowjetischen Besatzung ist in den westlichen Teil unseres Landes abgewandert und hat dort antirussische und antikommunistische Stereotypen verstärkt.

3. Schließlich waren in Ostdeutschland noch 1990 viele Tausend sowjetischer Soldaten stationiert, und jeder Ostdeutsche kann eine Geschichte davon erzählen, wie brutal sie gehalten und bei Fluchtversuchen für alle hörbar erschossen wurden. Auch jetzt erleben wir wieder, wie menschenverachtend die russische Armee selbst mit ihren eigenen Soldaten umgeht, scheinbar ohne darüber nachzudenken, was ein Menschenleben Wert ist. Viele hatten damals im Osten Mitleid mit den Soldaten dieser »Knechtsarmee«.

Gerade angesichts dieser historisch begründeten Russenfreundlichkeit ist es für Ostdeutschland wichtig, dass die Kirche, die im Zuge der friedlichen Revolution eine große Rolle für das Thema Frieden spielte, in der Friedensstimme klar bleibt. Wir können es nicht der AfD und antidemokratischen Montagsdemonstrationen überlassen, »Frieden schaffen ohne Waffen!« zu rufen. Das ist eine desaströse Aneignung, denn in diesen Kontexten hat der Ruf nichts mit gewaltfreier Konfliktbearbeitung oder gerechtem Frieden zu tun. Aber die AfD ist klug darin, sich fremde Parolen, die eine positive Resonanz auslösen, auf die Fahne zu schreiben. Gerade deshalb ist es für uns in Ostdeutschland wichtig, als Kirche klar auf den Weg der Gewaltlosigkeit zu setzen und bei der Friedensbotschaft zu bleiben und sie nicht undemokratischen Kräften zu überlassen.

Trotz all dieser Argumente ist es nicht einfach, sich für eine eindeutige Positionierung zu entscheiden. Schuldlos ist eine Entscheidung nicht zu treffen. Die Abwägungen des Für und Wider bleiben ambivalent. Immerhin hat sich die Diskussion darum, ob das Leitbild des »Gerechten Friedens« in der aktuellen Situation noch seine Gültigkeit hat, etwas beruhigt. Es zeichnet sich ein Konsens dahingehend ab, dass es als Zielbild bestehen bleiben kann, bestimmte Punkte aber neu justiert werden müssen.

Zentral bleibt die Maxime: »Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.«⁴ Das ist vor allem eine mentale Frage. Wir müssen den vereinfachten antirussischen Feindbildern widerstehen und uns dagegen verwehren, wenn der Tod russischer Soldaten bejubelt wird. Das russische Volk ist nicht unser Feind. Es ist auch falsch, alle persönlichen oder institutionellen Kontakte nach Russ-

land abubrechen. Studierendenaustausche und Städte-Partnerschaften sollten weitergepflegt werden, damit wir im Gespräch bleiben und gegen die imperialistischen und antiwestlichen Narrative argumentieren können, die die russische Propaganda verbreitet. Ansonsten befördern wir die Isolation der russischen Bevölkerung, was wiederum Putins Regime in die Hände spielt.

Unsere vielfältigen Kontakte nach Russland zu halten oder wiederaufzunehmen und zu verstärken, ist auch perspektivisch wichtig. Sollte es zu einem Waffenstillstand oder Friedensschluss kommen, dann muss es möglich sein, mittel- und langfristig wieder aufeinander zuzugehen. Man muss überlegen, wie man Sicherheit in Europa gemeinsam gestaltet. Das Feindbild hingegen weiter zu forcieren, wird nur dazu führen, die Kriegsgefahr weiter zu erhöhen, was wiederum nur weitere extreme Hochrüstung zur Folge hätte. Dass wir in Deutschland massiv abgerüstet und als Volk auch ein Stück verlernt haben, Krieg führen zu wollen, ist eine Errungenschaft, die es zu bewahren gilt. Wir dürfen nicht in Kriegshysterie verfallen und dazu beitragen, dass sich die Situation weiter hochschaukelt und der Krieg auch zu uns kommt – nach dem Satz »Wer Waffen sät, wird Krieg ernten«. Wenn wir hingegen Frieden wollen, müssen wir den Frieden vorbereiten.

Die Friedensdenkschrift von 2007 formuliert *vier Dimensionen des Leitbilds des gerechten Friedens*, anhand derer ich nochmals aufzeigen will, wie ambivalent die Entscheidung für oder gegen Waffenlieferungen zu sehen ist:

1. Die erste Dimension lautet *Schutz vor physischer Gewalt und Vermeidung von Gewalt*, auch im Sinne der Verteidigung der Menschenwürde. Einerseits entsprechen Waffenlieferungen dieser Dimension, wenn sie zum Schutz der Menschenwürde des ukrainischen Volks eingesetzt werden sollen. Andererseits laufen sie ihr klar zuwider, denn sie vermeiden nicht die Gewaltanwendung, sondern verstärken sie noch.
2. Die zweite Dimension besteht in der *Förderung von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und der Geltung des Rechts*. Diese Dimension spricht in der aktuellen Situation des Ukrainekriegs klar für Waffenlieferungen. Es liegt ein Rechtsbruch von vielen völkerrechtlichen Verträgen vor, der nicht hingenommen werden kann. Auch die große Freiheitsbedrohung für die Ukraine und ihre Entwicklung als demokratisches Land und die Gefahr, dass dies weitere Okkupationen

Russlands und weitere Rechtsbrüche nach sich zieht, sprechen dafür, Waffen zu liefern.

3. Die dritte Dimension umfasst *Abbau von Not, Bewahrung der natürlichen Rechtsordnung und Ressourcengerechtigkeit – Option für die Armen*. Sie spricht ganz klar dafür, keine Waffen zu liefern, weil mit jeder Waffe, die den Krieg verlängert, mehr Menschen im Globalen Süden leiden und verhungern werden. Zudem werden durch die Aufrüstung enorme Geldsummen gebunden, die für die dringliche Förderung der Ressourcengerechtigkeit und die Bekämpfung gemeinsamer globaler Krisen, wie die Klimakrise, vonnöten sind.

4. Die vierte Dimension ist die *Anerkennung kultureller Vielfalt*. Sie macht etwas deutlich, was wir auch in unserer Debatte über die Waffen benötigen: die Anerkennung unterschiedlicher soziokultureller Prägungen, differenter Perspektiven und Meinungen. Denn da, wo deren Vielfalt nicht mehr geachtet wird, sind wir schon im Kriegsmodus. Und nur dort, wo wir mit vielen Stimmen die vielen Fragen und Abwägungen miteinander diskutieren können, ist das, was Frieden bedeutet, auch in der Art, wie wir miteinander diskutieren, erfahr- und lebbar.

Wie geht es also mit unserer Diskussion weiter? Ich habe auf der Herbstsynode der EKD vorgetragen und vorgestellt, dass ich eine *Friedenswerkstatt* einberufen habe, in der alle maßgeblichen Player der evangelischen Friedensarbeit und Friedensethik im Raum der EKD versammelt sind. Diese Friedenswerkstatt verfolgt das Projekt, die friedensethische Diskussion im Raum der EKD vom indirekten Schlagabtausch über die Medien wegzuführen hin zu einem direkten, konstruktiven Verständigungsprozess. Dazu strengt sie ab Herbst ein *umfassendes Konsultationsverfahren an, auf dessen Grundlage im kommenden Jahr ein neuer friedensethischer Orientierungstext entstehen soll*. Verfasst wird dieser von einer Expertinnen- und Expertengruppe des Kammernetzwerks, die der Rat der EKD berufen hat und die eine Redaktionsgruppe bilden wird. Wir als Friedenswerkstatt benennen Menschen, die von dieser Gruppe anzuhören sind. Anders als bisher wird also nicht eine Kammer untereinander diskutieren und einen Grundlagentext formulieren, der dann normativen Charakter hat – so ist etwa die Denkschrift von 2007 entstanden. Vielmehr wird nun die ganze Bandbreite der friedensethischen und friedenspraktischen Positionen einbezogen und in Austausch gebracht – von »Sicherheit neu denken« und Friedensdiensten über die Militäreseel-

sorge bis hin zur Expertise zur Sicherheitspolitik. In öffentlichen Tagungen an den Akademien zu Berlin, Bad Boll und Loccum, zu denen ich schon jetzt alle Interessierten herzlich einlade, werden die benannten Menschen ihre Gedanken zu acht Themenfeldern jeweils im Blick auf eine Weiterentwicklung der Denkschrift von 2007 vortragen und diskutieren. Dabei werden natürlich auch die angesprochenen Fragen und Anfragen an eine evangelische Friedensethik, die sich unter dem Eindruck des Ukrainekrieges neu stellen, zur Sprache kommen. Das Redaktionsteam des Kammernetzwerks wird unter dem Eindruck dieser Diskussionen einen Entwurf für den neuen Grundlagentext erstellen. Die aktuelle Diskussion zeigt, dass solche Schriften immer noch und gerade heute als Orientierungshilfe gebraucht und genutzt werden. Inwiefern der neue Text als eine solche dienen kann, wird anschließend noch in einem Bürgerdialog im Blick auf konkrete friedenspolitische Fragen erprobt werden, bevor der Text dann offiziell vom Rat der EKD verabschiedet werden soll. Mindestens so wichtig wie das Ergebnis ist aber der umfangreiche Konsultations- und Dialogprozess als ein konstruktiver Tiefenprozess selbst, der auch die ökumenische Dimension mit einbezieht. Hier ist die Hoffnung, dass dadurch ein friedenspraktisches Netzwerk entsteht, das nachhaltig und dauerhaft Diskurs und Handeln prägen kann.

Mein letzter Punkt: Auf der Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe 2022 ist deutlich geworden, dass die ökumenische Weltgemeinschaft der Kirchen eine sehr klare Haltung in der Frage des Ukrainekrieges vertritt. Die verabschiedete Resolution hat dezidiert zum sofortigen Waffenstillstand und zur umgehenden Beendigung des Krieges aufgerufen. Das hat Widerspruch sowohl bei der ukrainischen als auch russischen Delegation ausgelöst, die beide anwesend waren. Während die ukrainischen Delegierten mehr militärische Unterstützung eingefordert haben, haben die russischen Delegierten kritisiert, dass diese Fragen rein politischer Natur seien und nichts mit dem Glauben zu tun hätten. Gleichwohl haben beide Delegationen die Resolution mitgetragen, die eindringlich dazu aufruft, alle diplomatischen Wege zu versuchen und zu nutzen, die den Krieg beenden können, und prinzipiell mehr die zivile denn die militärische Konfliktbearbeitung voranzubringen. Darüber hinaus fordert die Resolution alle Kirchen dazu auf, sich in ihren jeweiligen Ländern für deren Beitritt zum Atomwaffenverbotstrat zu engagieren.

Von diesen Einsichten weicht die aktuelle friedensethische Debatte in Deutschland vor allem in zwei Punkten ab: Der *erste* betrifft die Frage der nuklearen Abschreckung. In der EKD gab es bisher einen, man könnte sagen, atom pazifistischen Konsens, demzufolge die Drohung mit und der Einsatz von Atomwaffen klar abgelehnt wurde. Im Rahmen des Konziliaren Prozesses ist diese Haltung noch in dem Sinne verstärkt worden, auch die Herstellung und den Besitz von Atomwaffen als politische Optionen für Christinnen und Christen zu verwerfen. Nun aber argumentieren einige auch in den Kirchen wieder für die Sinnhaftigkeit eines atomaren Schutzschildes mit dem Hinweis darauf, dass die Ukraine nicht überfallen worden wäre, wenn sie Atomwaffen gehabt hätte. Der atom pazifistische Konsens wird in Frage gestellt. Doch bin ich der festen Überzeugung, dass Massenvernichtungsmittel in keiner Weise von den Kirchen zu rechtfertigen sind, für keine militärische Strategie. Hier gilt es, ganz klar zu bleiben.

Der *zweite* Punkt betrifft den vom ÖRK formulierten Primat der Gewaltfreiheit und damit das bereits angesprochene aktuell empfundene Dilemma zwischen Nächstenliebe und Schutzverantwortung einerseits und dem Gebot des Gewaltverzichts und der Feindesliebe in der Nachfolge Jesus Christi andererseits. Hier zeigt sich in der Debatte eine bemerkenswerte Verschiebung und gefährliche Verkürzung. Während innerhalb des Rats der EKD oder auch unter den leitenden Geistlichen von einem ethischen Dilemma die Rede ist, aus dem nicht ohne Schuld herauszukommen sei, behaupten einige Friedensethiker, dass dies gar kein Dilemma sei, weil es eine Verpflichtung zur Nothilfe gebe, aus der sie dann unmittelbar eine Verpflichtung zur Waffenhilfe folgern. Das halte ich für sehr bedenklich. Es gibt keinerlei Rechtsgrundlage, die Deutschland per se zu Waffenlieferungen verpflichten würde. Die Ukraine ist kein Teil der NATO, und wir haben das Budapester Memorandum nicht unterschrieben. Selbst im Falle einer UN-Resolution gegen einen Aggressor bestünde für die Mitgliedsstaaten keine völkerrechtliche Verpflichtung zu *militärischer* Hilfe für das Opfer, sondern die Umsetzung völkerrechtlich gebotener Nothilfe kann vielerlei Formen annehmen. Gleiches gilt für das christliche Gebot der Nächstenliebe, denn es gibt auch keinen *ethischen* Imperativ, die gebotene Nothilfe als Waffenhilfe zu leisten. Das hieße ja, in jedem vergleichbaren Angriffskrieg den Opfern Waffen

liefern zu müssen. Den Opfern des Ukrainekriegs haben wir durchaus alle erdenkliche Hilfe zu leisten – medizinische, finanzielle und strukturelle, das ist keine Frage. Doch die Entscheidung pro oder contra Waffenlieferungen ist letztlich eine politische, die auf einer differenzierten ethischen Güterabwägung beruhen sollte. Und in dieser Abwägung überwiegen aus meiner Sicht die oben genannten Gefahren und Negativfolgen für die Welt, uns und die Ukraine gegenüber den erhofften positiven Wirkungen.

Abschließend ist nochmals zu betonen, dass die friedensethische Debatte an sehr vielen Orten stattfindet, und sehr intensiv geführt wird. Viele Menschen sind an ihr interessiert. Ich erlebe in der EKD-Friedenswerkstatt und bei den Veranstaltungen, die ich besuche, harte Auseinandersetzungen in der Sache, aber einen respektvollen Umgang. Dass wir auch über den Krieg im Geiste des Friedens diskutieren, gilt es zu bewahren und weiterzuführen. Dabei werde ich nicht müde, das, was wir in der deutschen Geschichte, mithin der friedlichen Revolution, gelernt haben, in die gesellschaftlichen Debatten einzubringen: Es lohnt sich, klarer auf das Evangelium zu schauen und den Weg der Gewaltlosigkeit, zu dem Christus ruft, zu gehen.

Anmerkungen:

¹ Vgl. *Evangelische Kirche in Deutschland, Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens. Kundgebung der 12. Synode der EKD, Dresden, 13.11.2019. URL: <https://www.ekd.de/kundgebung-ekd-synode-frieden-2019-51648.htm>, Abschnitt 5; letzter Zugriff: 15.05.2023.*

² Vgl. D. Laborde, S. Murphy, M. Parent, J. Porciello and C. Smaller, *Ceres2030: Sustainable Solutions to End Hunger – Summary Report*, Cornell University, IFPRI and IISD 2020, iii. URL: <https://www.bmz.de/resource/blob/48066/ceres2030-summary.pdf>; letzter Zugriff: 15.05.2023.

³ Vgl. *Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland. »2+4-Vertrag« mit Erklärung vom 1. Oktober 1990 zur Aussetzung der Wirksamkeit der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten. Artikel 2. URL: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/243466/2851e102b97772a5772e9fdb8a978663/vertragst-extoriginal-data.pdf>; letzter Zugriff: 15.05.2023.*

⁴ Vgl. *Evangelische Kirche in Deutschland, Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der EKD, Gütersloh 2007, 52.*



Dietrich Bonhoeffer: Zur Aktualität seiner friedensethischen Position

Prof. Dr. Andreas Pangritz

Erfurt, 25. März 2023

In der Diskussion um Krieg und Frieden wird Dietrich Bonhoeffer von allen Seiten gerne in Anspruch genommen: Kriegsgegner berufen sich auf Bonhoeffers Pazifismus, der sich an der Seligpreisung der Friedensstifter in der Bergpredigt Jesu orientiert; Propagandisten von Waffenexporten und Aufrüstung berufen sich auf Bonhoeffers Ethik der »Verantwortung«, die ihn auch vor der Beteiligung an der militärischen Konspiration gegen Hitler nicht hat zurückschrecken lassen. Offensichtlich lädt Bonhoeffer zum Missbrauch ein wie kaum ein anderer Theologe. Daher möchte ich gleich eingangs klarstellen, dass die Beteiligung an einer Verschwörung gegen einen tyrannischen Kriegstreiber etwas ganz anderes ist als die Beteiligung an einem Krieg. Bonhoeffers Beteiligung an der Konspiration stellt keinen Bruch mit seiner friedensethischen Position dar, die man am besten als »situativen Pazifismus«, vielleicht auch als »pragmatischen Pazifismus« (Olaf Müller) bezeichnen könnte.¹

Allerdings hat sich Bonhoeffer erst nach einer längeren Entwicklung zum Pazifismus bekannt. Noch während seines Vikariats in Barcelona 1928/29 hat er – in der Tradition der lutherischen Obrigkeitslehre – die Beteiligung von Christen am Krieg in einem geradezu völkischen Vokabular gerechtfertigt: »Ich werde meinen Bruder, meine Mutter, mein Volk schützen, [...] die Liebe zu meinem Volk wird den Mord, wird den Krieg heiligen [...]« (DBW 10, 338).² Es scheint, dass insbesondere die Begegnung mit dem französischen reformierten Theologen Jean Lasserre in New York 1930, einem christlichen Pazifisten, bei Bonhoeffer eine Wende herbeigeführt hat. Mit ihm hat Bonhoeffer den Film »Im Westen nichts Neues« nach dem gleichnamigen Antikriegsroman von Erich-Maria Remarque aus dem Jahr 1928 besucht.

»Kirche und Völkerwelt« (Fanø 1934)

Berühmt geworden ist Bonhoeffers Predigt »Kirche und Völkerwelt« (28. 8. 1934), die er auf einer gemeinsamen Konferenz des Ökumenischen

Rats für Praktisches Christentum und des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen auf der dänischen Insel Fanø gehalten hat (DBW 13, 298–301). Immer wieder zitiert wird daraus der Satz: »Es gibt keinen Frieden auf dem Weg der Sicherheit«. Wie ist Bonhoeffer zu dieser Extremposition gekommen?

Der Weltbund für Freundschaftsarbeit war eine ökumenische Friedensbewegung, die am 1. August 1914 in Konstanz gegründet worden war – zu spät, um den Ausbruch des Krieges noch verhindern zu können. So musste sich der Weltbund zunächst auf »Hilfe für die Opfer des Krieges« beschränken, bevor er sich 1919 in Holland erneut zu einer internationalen Tagung versammeln konnte.³ Seit der Jahrestagung im September 1931 in Cambridge war Bonhoeffer »einer der drei europäischen Jugendsekretäre« des Weltbundes und nahm seither regelmäßig an dessen Tagungen teil.⁴ Zu der Konferenz in Fanø war er von London aus angereist.

Seiner Predigt in Fanø legt Bonhoeffer einen Psalmvers zugrunde: »Ach daß ich hören sollte, was der Herr redet, daß er Frieden zusagte seinem Volk und seinen Heiligen« (Ps 85,9). Diesen Ruf des Psalmisten will Bonhoeffer so verstehen, dass die »ökumenische Christenheit« – hin und her gerissen zwischen Nationalismus und Internationalismus – nicht nach »politischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten« fragen solle, sondern »nach den Geboten Gottes«, um diese »ohne Rücksicht mitten hinein in die Welt« zu rufen. Der Weltbund habe »Gottes Ruf zum Frieden vernommen« und richte diesen »Befehl« an die Völkerwelt aus. Darüber könne es unter Christen keine Diskussion geben: »Friede auf Erden«, das ist kein Problem, sondern ein mit der Erscheinung Christi selbst gegebenes Gebot.« Das einzige hier angemessene Verhalten sei der »unbedingte[, blinde[] Gehorsam der Tat« (DBW 13, 298).

Wer hier Fragen stellt, muss sich sagen lassen, er stelle »die scheinheilige Frage der Schlange« im Paradies: »Sollte Gott nicht doch gesagt haben, wir sollten wohl für den Frieden arbeiten, aber zur Sicherung sollten wir doch Tanks und Giftgase bereitstellen?« Doch, so Bonhoeffer, wer Gottes Gebot mit solchen Fragen in Zweifel ziehe, habe ihn »schon verleugnet« (DBW 13, 298f.). Als Be-

gründung für diesen rigorosen Pazifismus verweist er auf den ökumenischen Charakter der »Kirche Christi«, die nun einmal »zugleich in allen Völkern und doch jenseits aller Grenzen völkischer, politischer, sozialer, rassischer Art« lebe. Darum sei den »Gliedern der Ökumene« das »Wort und Gebot des Friedens heiliger, unverbrüchlicher als die heiligsten Werte und Werke der natürlichen Welt« (DBW 13, 299). Die »Brüder durch Christus« könnten nicht »die Waffen gegeneinander richten, weil sie wissen, daß sie damit die Waffen auf Christus selbst richteten« (DBW 299f.).

Im Blick auf die Frage »Wie wird Friede?« schärft Bonhoeffer dann ein, dass es »keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit« gebe. Denn Friede müsse »gewagt werden«; er sei geradezu »das Gegenteil von Sicherheit«. Eine »allseitige friedliche Aufrüstung zum Zweck der Sicherstellung des Friedens« sei ebenso ein Irrweg wie der Versuch, den Frieden durch »ein System von politischen Verträgen« zu sichern. Friede bedeute, »sich gänzlich ausliefern dem Gebot Gottes«. Als Beispiel verweist Bonhoeffer auf Gideon im alttestamentlichen Richterbuch; aber auch der von Gandhi organisierte Salzmarsch in Indien könnte mitgemeint sein: »Wer von uns darf denn sagen, daß er wüßte, was es für die Welt bedeuten könnte, wenn ein Volk – statt mit der Waffe in der Hand – betend und wehrlos und darum gerade bewaffnet mit der allein guten Wehr und Waffen den Angreifer empfinde?« (DBW 13, 300)

Bonhoeffer räumt zwar ein, dass der »einzelne Christ« ebensowenig wie die »einzelne Kirche« die Macht habe, ein pazifistisches Zeugnis abzulegen, das die »Mächte der Welt« beeindruckend würde. Aber »das Eine große ökumenische Konzil der Heiligen Kirche Christi aus aller Welt« könne dieses Zeugnis sehr wohl »so sagen, daß die Welt zähneknirschend das Wort vom Frieden vernehmen muß und daß die Völker froh werden, weil diese Kirche Christi ihren Söhnen im Namen Christi die Waffen aus der Hand nimmt und ihnen den Krieg verbietet und den Frieden Christi ausruft über die rasende Welt«. Und er fragt voller Ungeduld: »worauf warten wir noch?« (DBW 13, 301)

Bonhoeffers Fanøer Friedenspredigt hat damals die gewünschte Wirkung nicht erzielt. Die Konferenz wollte seinem radikalen Aufruf nicht folgen. Und tatsächlich muss gefragt werden, ob der biblizistische Pazifismus, den Bonhoeffer hier vertritt, indem er den »Frieden Christi« gegen ein weltliches Sicherheitsbedürfnis ausspielt, in einer

säkularen Welt erfolgversprechend vertreten werden kann, wenn er selbst in den Kirchen nicht konsensfähig ist. Es ist aber zu beachten, dass es sich bei dem Fanøer Friedensappell um eine Predigt handelt, nicht um eine ethische Abhandlung über gewaltlosen Widerstand. Auf derselben Konferenz hat Bonhoeffer noch einen Vortrag über »Die Kirche und die Welt der Nationen« gehalten, zu dem leider nur ein Thesenpapier überliefert ist (vgl. DBW 13, 295–297). Es dürfte sich dabei um eine Aktualisierung des Vortrags »Zur theologischen Begründung der Weltbundarbeit« gehandelt haben, den er zwei Jahre zuvor, am 26. Juli 1932, auf einer internationalen Jugendkonferenz des Weltbundes im tschechoslowakischen Kurort Čiernohorské Kúpele gehalten hat (DBW 11, 327–342). Diesem Vortrag wollen wir uns im Folgenden zuwenden, um eine differenziertere Sicht auf Bonhoeffers Pazifismus zu gewinnen.

»Zur theologischen Begründung der Weltbundarbeit« (Čiernohorské Kúpele 1932)

(1) Bonhoeffer wollte in seinem Vortrag auf nichts weniger hinaus als auf eine »Theologie der ökumenischen Bewegung«. Bonhoeffer will die ökumenische Bewegung nicht nur als »eine neue zeitgemäße kirchliche Zweckorganisation« ansprechen, sondern dezidiert als »Kirche Christi«. Wenn die ökumenische Bewegung aber »einem neuen Selbstverständnis der Kirche Christi« entspringe, dann werde und müsse sie auch eine neue Theologie hervorbringen (DBW 11, 327f.). Eine »Geringschätzung« der theologischen Arbeit, wie er sie unter den »alte[n] Praktikern« der Ökumene beobachtet, sei gefährlich, da sie die ökumenische Arbeit »politischen Konjunkturschwankungen« ausliefere. So sei »der ökumenische Gedanke z. B. gegenwärtig in Deutschland durch die politische Welle des Nationalismus in der Jugend kraftlos und bedeutungslos geworden«. Und in anderen Ländern stehe es nicht besser. Es fehle die »theologische Verankerung, gegen die die Wellen von rechts und links vergebens anstürmen« (DBW 11, 328f.).

In dieser Situation warnt Bonhoeffer vor einer Flucht in die Praxis. Stattdessen sei zunächst die »tiefe[] Ratlosigkeit gerade in den Fragen« einzugestehen, »die unser Zusammensein begründen sollen«. Dazu zählen für ihn die Fragen nach der Bedeutung der Bergpredigt oder auch der »Botschaft von der Versöhnung in Kreuz und Auferstehung« für unser Handeln, aber auch die nach dem Verhältnis des gesellschaftlichen Lebens zur christlichen Verkündigung. Es sei »unleugbar, daß wir hier alle unser Nichtwissen bekennen

müssen«; es sei aber »ebenso unleugbar, daß wir dies unser Nichtwissen als unsere Schuld erkennen sollen. Wir *sollten* hier wirklich mehr wissen« (DBW 11, 329). Es könne jedenfalls »nichts Gutes dabei herauskommen [...], wenn die Kirche sich hinter Resolutionen und frommen sogenannten christlichen Prinzipien versteckt«. Stattdessen empfiehlt Bonhoeffer ein »[q]ualifiziertes Schweigen«, das »der Kirche heute vielleicht angemessener« wäre als ein unqualifiziertes Reden. Vor allem aber verlangt er ein »streng theologisches Neuerarbeiten der biblischen und reformatorischen Grundlagen unseres ökumenischen Kirchenverständnisses« (DBW 11, 330).

(2) Dabei geht Bonhoeffer davon aus, dass der Weltbundarbeit implizit ohnehin »eine ganz bestimmte Auffassung von der Kirche« zugrunde liege, wonach die Kirche als »die eine Gemeinde des Herrn Jesus Christus [...] den Auftrag hat, sein Wort der ganzen Welt zu sagen. Das Revier der einen Kirche Christi ist die ganze Welt« (DBW 11, 331).

(3) Wenn Christus aber der Herr der Welt ist, dann ist damit auch gesagt, dass das Wort der Kirche allein »in der Vollmacht des in ihr gegenwärtigen lebendigen Christus« ergehen kann. »Das Wort der Kirche ist das Wort des gegenwärtigen Christus, es ist Evangelium und Gebot« (DBW 11, 331). Evangelium und Gebot gehören zusammen; eines geht nicht ohne das andere. Dabei müsse »das Wort der Kirche heute und hier gültiges, bindendes Wort sein« (DBW 11, 351f.). Dies gelinge aber nur, wenn es die Welt »hier und jetzt aus der Kenntnis der Sache heraus in konkretester Weise« treffe. Die Kirche »darf also keine Prinzipien verkündigen, die immer wahr sind, sondern nur Gebote, die heute wahr sind. Denn« – provokativ zugespitzt – »was ›immer‹ wahr ist, ist gerade ›heute‹ nicht wahr: Gott ist uns ›immer gerade ›heute‹ Gott« (DBW 11, 332).

Hier stellt sich jedoch eine Frage: »Kann die Kirche mit derselben Sicherheit das Gebot Gottes verkündigen, wie sie das Evangelium verkündigt? Kann die Kirche mit derselben Sicherheit sagen: Wir brauchen eine sozialistische Wirtschaftsordnung, oder: Geht nicht in den Krieg, wie sie sagen kann: Dir sind deine Sünden vergeben?« (DBW 11, 332). Das Gebot der Nächstenliebe ist ja so allgemein, »daß es der stärksten Konkretion bedarf, um daraus zu hören, was das heute und hier für mich bedeutet« (DBW 11, 332f.). Im Blick auf die Frage von Krieg und Frieden heißt das: »Die Kirche muß im Entscheidungsfall eines Krieges [...] nicht nur sagen können: es sollte eigent-

lich kein Krieg sein; aber es gibt auch notwendige Kriege, und nun jedem Einzelnen die Anwendung dieses Prinzips überlassen, sondern sie sollte konkret sagen können: geh in diesen Krieg oder geh nicht in diesen Krieg.« Denn für Bonhoeffer ist klar: »Ein Gebot muß konkret sein oder es ist kein Gebot« (DBW 11, 333).

Doch hier entsteht eine weitere Schwierigkeit: Wie kommt die Kirche zu der »detaillierten Sachkenntnis«, aus der heraus sie das »konkrete Gebot« verkündigen kann? Bonhoeffer mutet der Kirche zu, sich in genauester Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit sachkundig zu machen, statt »auf die Etappe der Prinzipien« auszuweichen. Er verlangt von ihr, dass sie »allen Gefahren zum Trotz« etwas wagt, nämlich »entweder ein bewußtes und qualifiziertes Schweigen des Nichtwissens *oder* aber [...] das Gebot [...], in aller denkbaren Konkretion, Ausschließlichkeit, Radikalität. Die Kirche wagt also etwa zu sagen: geht nicht in diesen Krieg; seid heute Sozialisten, dieses Gebot als *Gottes* Gebot aus der klaren Erkenntnis, daß es sein kann, [...] daß sie irrt und sündigt [...].« (DBW 11, 333f.).

(4) Doch »[w]oher weiß die Kirche, was Gottes Gebot für die Stunde ist?« Leben wir nicht in einer Situation, wie sie 2. Chron 20,12 ausdrückt: »Wir wissen nicht, was wir tun sollen?« Müssen wir nicht mit Psalm 119,19 Gott immer wieder bitten: »Verbirg Dein Gebot nicht vor mir?« Bonhoeffers Antwort lautet zunächst steil dogmatisch: »Die Erkenntnis des Gebotes Gottes ist ein Akt der Offenbarung Gottes.« Doch hier stellt sich sofort die Frage: »Wo vernimmt die Kirche diese Offenbarung?« (DBW 11, 335). Bonhoeffers Versuch einer Antwort läuft auf einen dritten Weg hinaus – jenseits der im Weltbund vertretenen Alternativen, die ihn nicht befriedigen.

Eine dieser Alternativen, die unter dem Einfluss der historischen Friedenskirchen insbesondere im angelsächsischen Bereich verbreitet war, lautete: »das *biblische* Gesetz, die *Bergpredigt* ist die absolute Norm für unser Handeln. Wir haben einfach die Bergpredigt ernst zu nehmen und zu realisieren.« Dagegen macht Bonhoeffer den Einwand geltend: »Auch die Bergpredigt darf nicht zum gesetzlichen Buchstaben werden.« Sie sei »die Veranschaulichung dessen, was Gottes Gebot sein kann, aber nicht, was es gerade heute und gerade für uns ist«. Das Gebot darf also nicht mit einem Prinzip verwechselt werden, das »ein für allemal da« ist (DBW 11, 335).

Die andere Alternative, die vor allem im deutschen Luthertum verbreitet war, »will das Gebot Gottes in der *Schöpfungsordnung* finden. Weil schöpfungsmäßig gewisse Ordnungen gegeben seien, darum soll man sich dagegen auch nicht auflehnen, sondern diese demütig hinnehmen«. Diese Variante des prinzipiellen Argumentierens ist aus Bonhoeffers Sicht noch gefährlicher als die pazifistische, weil sie unmittelbar in die Rechtfertigung von Nationalismus und Militarismus hineinführt: »So kann man dann argumentieren: weil die Völker nun einmal verschieden geschaffen seien, so sei jeder verpflichtet, seine Eigenart zu erhalten und zu entfalten. Das sei Gehorsam gegen den Schöpfer. Und wenn dieser Gehorsam einen in Kampf und Krieg führt, so sei eben auch dieses als schöpfungsmäßig geordnet aufzufassen.« Auf diese Weise lasse sich schließlich »grundsätzlich alles rechtfertigen [...], die Zerrissenheit der Menschheit in Völker, nationaler Kampf, der Krieg, die Klassengegensätze, die Ausbeutung der Schwachen durch die Starken, die wirtschaftliche Konkurrenz auf Tod und Leben«. Bonhoeffers Haupteinwand lautet, dass in der Rede von Schöpfungsordnungen der Sündenfall übersehen sei: die Welt, in der wir leben, sei erlösungsbedürftig; daher sei »jede menschliche Ordnung Ordnung der gefallenen Welt [...] und nicht der Schöpfung« (DBW 11, 335f.).

Wenn also weder »das biblische Gesetz als solches noch die sogenannte Schöpfungsordnung als solche« unmittelbar als das »göttliche Gebot« gelten kann, woher kommt dann die Offenbarung des Gebotes? Bonhoeffer verweist auf Christus als den Ort, von dem »die *Verheißung und Erfüllung herkommt*«: nur von dort her könnten wir »wissen, was wir tun sollen«. Mit Christus ist aber nicht der »Prophet der Bergpredigt« gemeint, sondern derjenige, der »an unserer Stelle das Gebot Gottes erfüllt hat« und »die neue Welt bringt und verheißt« (DBW 11, 336f.). In dieser exklusiven Ausrichtung auf Christus als Versöhner sieht Bonhoeffer die einzige Möglichkeit, das Gebot Gottes hier und heute zu vernehmen. Dadurch wird auch die Rede von den Ordnungen relativiert: »sie sind *Erhaltungsordnungen*, nicht Schöpfungsordnungen.« Sie haben »nur solange Bestand [...] als sie offen bleiben für die Offenbarung in Christus«. Im Unterschied zur Schöpfungsordnung kann und muss eine »Erhaltungsordnung« auch »zerbrochen werden«, und zwar dann, »wenn sie sich [...] verhärtet und die Verkündigung der Offenbarung nicht mehr zulässt« (DBW 11, 337).

(5) Was heißt die Rede von »Erhaltungsordnungen« nun konkret für »die im Weltbund zusammengeschlossenen Kirchen«, die ja meinen, in der »Ordnung des *internationalen Friedens* [...] heute Gottes Gebot für uns« erkannt zu haben? Bonhoeffer geht es darum, »den internationalen Frieden als Gottes Gebot« theologisch zu begründen – und zwar besser, als dies bisher im Weltbund geschehen war. Denn unter dem Einfluss des »angelsächsischen theologischen Denkens« habe man bisher den Frieden als »ein Stück Reich Gottes auf Erden verstanden«. Das »Ideal des Friedens« sei »[ver]absolutiert« worden; man habe es »nicht mehr nur als Zweckgestaltung und Erhaltungsordnung verstanden, sondern als endgültige, in sich wertige Ordnung der Vollendung [...]« (DBW 11, 338). Demgegenüber betont Bonhoeffer: »Der internationale Friede ist nicht eine Wirklichkeit des Evangeliums, nicht ein Stück des Reiches Gottes, sondern ein Gebot des zornigen Gottes, eine Ordnung der Erhaltung der Welt auf Christus hin.« Aber er setzt sofort hinzu: »Die Aufrichtung einer derartigen Erhaltungsordnung kann freilich absolute Dringlichkeit bekommen [...]« (DBW 11, 339).

Allerdings erhält der »gebotene Friede« als Erhaltungsordnung einen »gebrochenen Charakter«, wie Bonhoeffer sagt; er werde begrenzt: »Dort, wo eine Gemeinschaft des Friedens Wahrheit und Recht gefährdet oder erstickt, muß die Friedensgemeinschaft zerbrochen und der Kampf angesagt werden.« Der »evangelische Friedensgedanke [...]« schließe den Kampf nicht aus, sondern ein, denn: »Kampf kann gegebenenfalls die Offenheit für die Offenbarung in Christus besser gewährleisten als äußerer Friede [...]« (DBW 11, 339f.).

Mit der Rechtfertigung des Kampfes will Bonhoeffer aber keinesfalls das Friedensgebot aufheben. Vielmehr meint er, es sei ein »heute sehr weitverbreiteter äußerst gefährlicher Irrtum zu meinen, in der *Rechtfertigung des Kampfes* sei bereits die Rechtfertigung des Krieges, sei das *grundsätzliche Ja zum Kriege* enthalten«. Ebensowenig wie aus der Notwendigkeit einer Rechtsordnung »das Recht auf Folterqualen« ableitbar sei, könne aus dem Recht auf Kampf das »Recht auf Krieg« abgeleitet werden (DBW 11, 340). An dieser Stelle kommt Bonhoeffers situationsgebundene Argumentation zum Tragen, indem er auf die Veränderung hinweist, die der »Begriff[] des Krieges« im Lauf der Geschichte erfahren habe: »Unser heutiger Krieg fällt darum nicht mehr unter den Begriff Kampf, weil er die sichere Selbstvernichtung beider Kämpfenden ist. Er ist darum auch heute schlechterdings nicht mehr als Ordnung der

Erhaltung auf die Offenbarung hin zu bezeichnen, eben weil er schlechthin vernichtend ist. [...] Weil wir aber den Krieg keinesfalls als Erhaltungsordnung Gottes und somit als Gebot Gottes verstehen können [...], darum muß der heutige Krieg, also der nächste Krieg, der *Ächtung* durch die Kirche verfallen.« Ausdrücklich betont Bonhoeffer in diesem Zusammenhang: »Wir sollen uns hier auch nicht vor dem Wort Pazifismus scheuen« (DBW 11, 341).

Im Hintergrund der Verurteilung des »heutigen Krieges« steht die technische Entwicklung von Massenvernichtungsmitteln, die der Menschheit im Ersten Weltkrieg die Erfahrung des Einsatzes von Giftgas beschert hat. Man kann darüber einiges in dem bereits erwähnten Antikriegsroman *Im Westen nichts Neues* von Erich Maria Remarque nachlesen. Lange vor der Entwicklung der Atombombe hat Bonhoeffer damit einen qualitativen Umschlag erkannt, der aus dem traditionellen Krieg einen Vernichtungskrieg gemacht hat. Der Krieg »ist als Mittel des Kampfes ein uns heute von Gott verbotenes Tun, weil er die äußere und innere Vernichtung der Menschen bedeutet und so den Blick auf Christus raubt« (DBW 11, 346).

An dieser Stelle empfiehlt sich ein Ausblick in den Herbst 1940, als Bonhoeffer bei seiner Arbeit am *Ethik*-Kapitel »Erbe und Verfall« im zweiten Kriegsjahr auf seine Beobachtungen zur Veränderung im Begriff des Krieges zurückkommt. Da heißt es, Jesus Christus habe »das Abendland zu einer geschichtlichen Einheit gemacht«, so dass »[s]elbst die abendländischen Kriege« einst »auf die Einheit des Abendlandes« gezielt hätten und daher keine »Ausrottungs- und Vernichtungskriege« gewesen seien. Vielmehr hätten sie »von jeher zwischen erlaubten und unerlaubten, rechten und verbrecherischen Mitteln der Kriegsführung unterschieden«. Sie seien also »niemals totale Kriege« gewesen. Das sei heute anders: »Der totale Krieg bedient sich aller denkbaren Mittel, die dem Zweck der völkischen Selbsterhaltung dienlich sein könnten.« So sei »der totale Vernichtungskrieg« entstanden, »in dem alles – auch das Verbrechen – gerechtfertigt wird, was der eigenen Sache dient, und in dem der Feind, der bewaffnete wie der wehrlose zum Verbrecher wird« (DBW 6, 99f.). Als Ursache für diese Entwicklung macht Bonhoeffer den Nationalismus aus: »Der Nationalismus führt unabwendlich in den Krieg« (DBW 6, 113). Diese Ausführungen machen deutlich, dass Bonhoeffers Verurteilung des »totalen Vernichtungskriegs« nicht aus der Perspektive eines naiven, prinzipiellen Pazifismus formuliert ist, son-

dern aus der Perspektive eines verantwortungsethischen, situativen Pazifismus.

(6) Kehren wir jetzt noch einmal zum Vortrag »Zur theologischen Begründung der Weltbündarbeit« zurück, dann bleibt noch nachzutragen, dass Bonhoeffer gegen Ende die bisherige Konzeption des Weltbundes problematisiert, wonach Friedensarbeit primär in internationaler »Verständigung durch persönliches Kennenlernen« bestehen sollte. Diese Konzeption erscheint ihm zu schwach, solange ihr die gemeinsame Basis einer ökumenischen Theologie fehlt. Bezeichnenderweise nennt er hier den Sozialismus als Modell: »Dem Sozialismus ist es gelungen, sich auf eine internationale Basis zu stellen, nicht weil der deutsche Arbeiter den englischen und französischen kannte, sondern weil sie ein großes gemeinsames Ideal haben.« Entsprechend könnten »auch die Christen erst übernational denken lernen [...], wenn sie eine große, gemeinsame Verkündigung haben«. Doch eben diese »eine große zusammenführende Verkündigung« fehle der ökumenischen Bewegung bisher. Noch seien die im Weltbund zusammengeschlossenen Kirchen »gerade hier aufs Tiefste zerrissen«. Jede verstehe unter Christus oder Evangelium etwas anderes. Daher werde ihr Wort »kraftlos« (DBW 11, 342f.). Auch Bonhoeffer weiß keine »Lösung«, wie die »Zerrissenheit der einen wahren Kirche« überwunden werden könnte; aber »wo die Kirche um die Schuld ihrer zerrissenen Wahrheitserkenntnis weiß und wo sie doch meint, unter dem Gebot Gottes sprechen zu müssen«, da sei »für den Demütigen die Vergebung der Sünden aufgerichtet und verheißen« (DBW 11, 343f.).

Ich fasse vorläufig zusammen: Bonhoeffer argumentiert schon 1932 pazifistisch. Er vertritt aber keinen prinzipiellen Pazifismus, der die Lehre vom »gerechten Krieg« für überholt erklärt, sondern einen situativen Pazifismus, der die Kriterien für den »gerechten Krieg« voraussetzt und auf eine konkrete historische Konstellation anwendet. Gerade aufgrund dieser Kriterien kommt er angesichts der modernen Massenvernichtungsmittel zum konkreten Gebot: »Zieht nicht in diesen Krieg! Seid heute Pazifisten!«

Und wir heute?

Ist Bonhoeffers Pazifismus heute noch aktuell? Wenn ja, in welchem Sinn? Läuft die Verweigerung von Waffenlieferungen als Konkretion des göttlichen Friedensgebotes nicht auf eine unverantwortliche, naive Gesinnungsethik hinaus? Ich denke, dass solche Fragen an Bonhoeffer vorbei

gehen. Er hat – mit der Ausnahme der Fanøer Friedenspredigt – keinen prinzipiellen, sondern einen situativen Pazifismus vertreten. Daher ist die Frage, was er heute etwa zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sagen würde, falsch gestellt und ihre Beantwortung unmöglich. Allenfalls können wir versuchen, auf eigene Verantwortung Analogien zu bilden, ohne dafür Bonhoeffer selbst in Anspruch zu nehmen.

Ich muss mich im Folgenden mit Andeutungen begnügen, die der Richtung und Linie zu folgen versuchen, die Bonhoeffer vorgegeben hat.

(1) Bonhoeffers Freund Jean Lasserre erinnert mitten im Kalten Krieg daran, dass Jesus gefragt hat: »Welcher König, der ausziehen will, um mit einem anderen König Krieg zu führen, wird sich nicht zuerst hinsetzen und Rat halten, ob er imstande sei, mit zehntausend dem entgegenzutreten, der mit zwanzigtausend gegen ihn anrückt? Wenn aber nicht, so schickt er, während jener noch fern ist, eine Gesandtschaft und bittet um Frieden« (Luk 14,31).⁵ Und Lasserre ergänzt: »Glaubt man im Ernst, die Besetzung eines Landes durch eine totalitäre Nation bedeute zwangsläufig den endgültigen *Tod* des besiegten Volkes? Merkt man nicht, daß man in einem solchen Urteil Ideen und Sentiments mitsprechen läßt, denen man einen absoluten Wert gibt, obgleich sie [...] mehr mit politischen Ideologien als mit dem gesunden Menschenverstand zusammenhängen? Lieber sterben als die russische Herrschaft erdulden! – so schreit man uns entgegen. Aber ist das wirklich wahr und absolut wahr? Das Sprichwort sagt anders: Solange man lebt, kann man hoffen. Ist das falsch?«⁶

(2) Ich habe behauptet, dass für Bonhoeffers Verurteilung des modernen Krieges die Prüfkriterien der Lehre vom »gerechten Krieg« entscheidend gewesen seien. Tatsächlich war die traditionelle Lehre vom »gerechten Krieg« ein Beispiel ethischer Nüchternheit, das uns auch heute angesichts ideologischer Überhöhung der Kriegsgründe guttäte. Helmut Gollwitzer etwa hat an der Lehre vom »gerechten Krieg« festgehalten, weil er sie für ein Instrument der Begrenzung des Krieges hielt. Er hat eben von dort her in seiner Schrift *Die Christen und die Atomwaffen* ein kompromissloses Nein gegen die atomare Partizipation der Bundeswehr formuliert, denn nach der Lehre vom »gerechten Krieg« sei klar, »daß ein mit unrechten Mitteln geführter Krieg nicht ein gerechter sein kann«.⁷ Und noch 1981 hat er betont: »Der Schaden dieser traditionellen Lehre vom »gerechten Krieg« lag nicht in ihr selbst, sondern in ihrer

Nicht-Anwendung, bzw. in ihrer mißbräuchlichen Verwendung. Sie diene faktisch zur Rechtfertigung jedweder Beteiligung am Kriegswesen statt zur kritischen Befragung dieser Beteiligung.«⁸ Im Blick auf den Krieg in der Ukraine wird aktuell nur ein einziges Kriterium der traditionellen Lehre angewandt, der »gerechte Grund«: Weil die Ukraine von Russland überfallen worden ist, habe sie das Recht, sich zu verteidigen. Doch tatsächlich sehen wir, dass beide Konfliktparteien ihre Kriegshandlungen als Verteidigungskrieg zu rechtfertigen suchen. Es müssen also weitere Kriterien hinzukommen, um einen Verteidigungskrieg zu legitimieren. Zu diesen zählt die Forderung, den Kriegsgegner nicht als Feind zu behandeln, sondern als einen Gegner, der seinerseits im Glauben handelt, eine gerechte Sache zu vertreten. Dazu zählt aber auch die »Berechnung des Verhältnisses zwischen dem vermittels des Krieges zu bekämpfenden und dem durch den Krieg selbst angerichteten Übel«.⁹ Keines dieser Kriterien wird derzeit von den Kriegsparteien erfüllt, weder von Russland noch von der Ukraine.

(3) Die kürzlich verstorbene frühere Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, die übrigens 1973 bei Gollwitzer promoviert hat,¹⁰ warnt in ihrem politischen Vermächtnis Europa davor, immer wieder eine selbstgerechte Front der Guten gegen die Bösen aufzubauen: »Die Ukraine, so heißt es, kämpfe nicht nur für ihre eigene Nation, sondern zugleich für die universale historische Mission des Westens. Wer sich machtpolitisch behauptet, wer seine Existenz mit blutigen Opfern und Waffen verteidigt, gilt als Bollwerk für die europäischen Ideale der Freiheit, koste es, was es wolle. Wer aber den Weg des Konsenses, der Kooperation, der Verständigung und der Versöhnung sucht, gilt als schwach und deswegen als irrelevant, ja als verachtenswert.« Neben diesem »Hang zum Heroischen und zur Selbsterhöhung« sieht Vollmer »den Grundirrtum einer europäischen Identität« in dem »scheinbar unausrottbare[n] Bedürfnis nach nationalem Chauvinismus«. Keine Nation, auch nicht die Ukrainer »und schon gar nicht die Deutschen« seien frei davon geblieben. Es sei »ein fataler Irrtum, zu meinen, durch den Widerstand gegen die anderen imperialen Mächte gewinne der eigene Nationalismus so etwas wie eine historische Unschuld«. Was Europa zu lernen habe, sei »die Kunst der Selbstbegrenzung, der friedlichen Nachbarschaft, [...] der Wahrung gegenseitiger Interessen und des Respektes voreinander«. Verlernen aber müsse Europa endlich »das ständige [...] Ausmachen von Achsen des Bösen und von immer neuen Schurkenstaaten«.¹¹

(4) Bonhoeffer hat seine friedensethischen Überlegungen im Kontext der ökumenischen Bewegung entwickelt. Daher sei abschließend die Stimme des Weltkirchenrats (ÖRK) zitiert, der im August 2022 in Karlsruhe bei seiner 11. Vollversammlung eine Erklärung »Krieg in der Ukraine, Frieden und Gerechtigkeit in der Region Europa« im Konsens – auch mit den Vertretern der Russisch-Orthodoxen Kirche – verabschiedet hat. Darin wird zunächst das Unrecht benannt, das den Menschen in der Ukraine durch den Krieg widerfährt, der »illegal und nicht zu rechtfertigen« sei. Es wird aber auch zu einem »sofortigen Waffenstillstand« aufgerufen, »um das Sterben und die Zerstörung zu stoppen«, und zu »Dialog und Verhandlungen, um einen nachhaltigen Frieden zu erreichen«. ¹² In unseren Medien habe ich nichts davon gehört oder gelesen. Dem Schlusswort des Vortrags von Fernando Enns, aus dem ich das zitiert habe, hätte Dietrich Bonhoeffer übrigens zweifellos zugestimmt: »Aus der Perspektive des christlichen Glaubens ist die entscheidende ›Zeitenwende‹ der friedensethischen Diskurse ja nicht mit dem erweiterten Angriff Russlands auf die Ukraine [...] eingetreten, sondern diese ›Zeitenwende‹ ist mit dem Kommen Christi erfolgt – der offenbarten Feindesliebe Gottes gegenüber allen Menschen (wie der gesamten Schöpfung).«

Anmerkungen:

¹ Vgl. Olaf Müller, *Pazifismus. Eine Verteidigung*, Stuttgart 2022.

² Das Kürzel DBW bezieht sich auf die »Dietrich Bonhoeffer Werke« (München/Gütersloh 1986ff.), nach denen Bonhoeffer hier und im Folgenden mit Bandangabe und Seitenzahl zitiert wird.

³ Friedrich Siegmund-Schultze, Art. *Weltbund für Freundschaftsarbeit*, in: RGG (2. Aufl.), Bd. 5, Tübingen 1931, 1850f.

⁴ Eberhard Bethge, *Dietrich Bonhoeffer. Theologe – Christ – Zeitgenosse*, München 1967, 232.

⁵ Vgl. Jean Lasserre, *Der Krieg und das Evangelium*, München 1956, 263.

⁶ Lasserre, *Der Krieg und das Evangelium*, 271.


⁷ Helmut Gollwitzer, *Die Christen und die Atomwaffen (1957)*. 6. Aufl. München 1981, 18.

⁸ Gollwitzer, *Staatsgewalt und Krieg*, in: ders., *Die Christen und die Atomwaffen*, 56.

⁹ Gollwitzer, *Die Christen und die Atomwaffen*, 16.

¹⁰ Vgl. Antje Vollmer, *Die Neuwirkbewegung. Zwischen Jugendbewegung und religiösem Sozialismus*, Freiburg i. Br. 2016.

¹¹ Antje Vollmer, *Was ich noch zu sagen hätte*, in: *Berliner Zeitung*, 23.02.2023.

¹² »Krieg in der Ukraine, Frieden und Gerechtigkeit in der Region Europa«, eine Erklärung der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK); zit. nach Fernando Enns, *Frieden schaffen ohne Waffen?! (Vortrag in Neuwied, 10.02.2023)*, 11. 

Martin Niemöller: Zur Aktualität seiner friedensethischen Position

Dr. Michael Heymel

Erfurt, 25. März 2023

Niemöller ist kein akademischer Theologe, und er hat keine Ethik geschrieben. Er stand als Pastor in Leitungsfunktionen in der kirchlichen Praxis. Da seine Redebeiträge, Predigten und Aufsätze angewandte Theologie zu Themen in bestimmten Zeitsituationen bieten, müssen seine friedensethischen Stellungnahmen kontextbezogen verstanden werden. Er formulierte sie als Bekenner und Prediger des Evangeliums.¹ In der zeitgenössischen Wahrnehmung wurde sein Wirken aber zuerst unter politischen und kirchenpolitischen Aspekten beurteilt.

Zwei zeitgeschichtliche Voraussetzungen, unter denen er sich äußert, teilen wir nicht mehr. *Ers-*

tens: Niemöller äußert sich im *Kalten Krieg* der großen Machtblöcke NATO und Warschauer Pakt und des Wettrüstens von USA und Sowjetunion. Diese Ära des Ost-West-Konflikts endete mit der Pariser Charta (1990) und der Auflösung der UdSSR (1991). Danach folgten mehr als zwei Jahrzehnte, in denen Europa in relativ gesichertem Frieden existierte. Diese Zeit endete 2014 mit der völkerrechtswidrigen russischen Annexion der Krim und dem Krieg im Donbass.

Zweitens: Niemöller vertrat seit 1954 einen radikalen Pazifismus, weil er zu der Erkenntnis gekommen war, es sei technisch möglich, Atom- und Wasserstoffbomben zu konstruieren, mit denen alles Leben auf dem Globus ausgelöscht werden kann. Er lehnte es ab, den Einsatz von Atombomben als äußerstes Mittel der Kriegsfüh-

rung in Betracht zu ziehen, und hielt es für »christlich nicht vertretbar«, sie für staatliche Machtandrohung und Machtausübung zu gebrauchen.²

Inzwischen hat sich gezeigt, dass nukleare Waffen von den Staaten als *politische*, nicht als militärische Waffen benutzt werden. Die Atomkräfte drohen zwar mit ihnen, müssen aber damit rechnen, dass der militärische Gebrauch mit einem ebenso zerstörerischen Gegenschlag beantwortet wird. Bei dieser Patt-Situation ist es bis heute geblieben.

Niemöllers friedensethische Position

Niemöllers friedensethische Position ist nicht *en bloc* gegeben, sondern hat sich in mehreren Beiträgen zur Friedensethik nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet. In diesem Bildungsprozess lassen sich drei Phasen unterscheiden.

1. *Niemöllers Position bis zur ersten Vollversammlung des ÖRK in Amsterdam (1948) war noch kein prinzipieller Pazifismus.* Er hielt Kriege mit konventionellen Waffen zum Zweck der Verteidigung für legitim. Es könnten »Situationen eintreten [...], wo man um der Liebe zu Christus, d. h. zu den Brüdern, willen auch in den Krieg willigen müsste.«³ Diese Position vertrat er in seiner Friedensarbeit bis 1954. Dabei unterschied er zwischen Glauben und politischem Tun. Dem Bruderrat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erklärte er Anfang 1952: »Unsere ethischen und also auch unsere politischen Urteile sind relativ und irrtumsfähig [...]. Wir können dem anderen nicht sagen: ›So spricht der Herr!‹, sondern nur: ›So meine ich; aber: [...] auch wo wir nicht sagen können: ›So spricht der Herr!‹, müssen wir zur Entscheidung und zum Tun aufrufen.«⁴

Im selben Jahr 1952 machte Niemöller in einem Vortrag in Genf deutlich, wie Glaube und politische Entscheidung für ihn zusammenhängen. Er erklärte, weshalb er sich »als Mann der Kirche« zur Frage der »Wiederbewaffnung in Westdeutschland« geäußert habe. Dahinter stehe weder »eine grundsätzlich pazifistische Einstellung« noch »ein nationalistisches Interesse an der Wiedervereinigung des deutschen Volkes«. Niemöller wörtlich:

»Wenn ich mich gegen die Bewaffnung deutscher Menschen – übrigens in West und Ost – so nachdrücklich und anhaltend ausgesprochen habe, dann deshalb und deshalb allein, weil ich an die

Menschen denke [...]. Ich habe ein unruhiges Gewissen [...] im Blick auf jene 18 Millionen deutscher Menschen, die hinter dem sogenannten Eisernen Vorhang ihrem Schicksal überlassen sind und die seit sieben Jahren die ganze Last tragen und bezahlen müssen. Und leider werden sie auch im Falle einer Wiederbewaffnung in Deutschland die eigentliche und größere Last zu tragen bekommen. [...] Und einen zweiten Grund für meine Haltung darf ich auch noch anführen [...]. Es ist die Sorge darum, daß wir wieder einmal in die Versuchung geführt werden [...], daß wir in das furchtbare Freund-Feind-Denken zurückfallen und es wieder als selbstverständlich betrachten, daß es dem Feinde gegenüber nichts anderes als das Schwert gäbe [...]. Dies sind die beiden Fragen, in denen ich mich [...] als Christ [...] nach meiner politischen Verantwortung gefragt sehe.«⁵

Aus diesen Ausführungen geht hervor, dass Niemöller sich 1952 nicht grundsätzlich als Pazifist verstand. Er protestierte gegen die Wiederbewaffnung in beiden Teilen Deutschlands primär um der Ostdeutschen willen, die dafür die größere Last zu tragen hätten. Zum anderen erklärt er das Freund-Feind-Denken der politischen Machtblöcke in Ost und West für überholt; er hatte es bereits als KZ-Häftling überwunden.⁶

Nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft hat Niemöller die Rolle eines Propheten der Versöhnung zwischen den Kirchen und Nationen übernommen. Das wurde schon in seinem Anteil an der *Stuttgarter Schulderklärung* 1945 deutlich, erst recht aber in seinen vielen Reisen, die er bis in die 1970er Jahre auf allen Kontinenten unternahm, um seine Botschaft des Friedens und der Versöhnung zu verbreiten. Der Versöhnung der Völker zu dienen und den Nationalismus zu überwinden schien ihm nur möglich zu sein auf einem ›dritten Weg‹ jenseits der Bindung Deutschlands an einen der großen Machtblöcke. In dieser Vision von Europa wusste er sich mit all denen verbunden, die wie er aus dem christlich geprägten Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland kamen, insbesondere mit dem Theologen Karl Barth und dem Generalsekretär des ÖRK Willem Adolf Visser 't Hooft.⁷ 1951 erklärte Niemöller: »Unsere Bestrebungen müssen also darauf hinausgehen, ein Europa zu bilden, das zum Westen gehört, das aber nicht in Opposition zum Osten errichtet wird.«⁸

In seinen Reden 1945–1954 wird ein Grundmotiv seiner Friedensethik erkennbar. Es zeigt sich etwa auf der Tagung des Weltfriedensrates in Budapest

1953. Niemöller sagt dort: »Wer den Frieden will, muss die Verständigung mit dem Gegner wollen!«⁹ Zur Koexistenz mit dem politischen Gegner, so führt er aus, gebe es keine diskutabile Alternative. Denn die einzige Alternative, die Vernichtung des Gegners, sei eine Möglichkeit, an die im Ernst niemand glauben könne. Das Problem sei nicht zu lösen, indem man »sich gegen die drohende Vernichtung durch Rüstung eine größtmögliche Sicherung zu verschaffen« sucht. Denn Rüstung vergrößere auf beiden Seiten nur die Angst voreinander. Niemöllers Schluss lautet: »die Koexistenz muß nicht diskutiert, sie muß probiert, sie muß gewagt werden.« Friedliche Koexistenz sei kein Ziel, das man ein für alle Mal verwirklichen könne. Vielmehr bleibe der Frieden »eine beständige Aufgabe«.¹⁰

Niemöller weiß, was Christen auf sich nehmen, wenn sie sich für den Frieden einsetzen und dafür, Koexistenz zu wagen. Vor dem norwegischen Verein christlicher Studenten in Oslo sagt er 1953: Christen, die Jesus Christus folgen, »werden immer Fremdlinge in dieser Welt bleiben [...]. Daher ist Verfolgung der Normalzustand der Christen in der Welt, nicht Freundschaft und Frieden.«¹¹

Zu dieser Zeit war Niemöller Mitglied des Rates der EKD, Leiter des Kirchlichen Außenamtes und, seit 1947, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Seine christliche Friedensarbeit leistete er in kirchlichen Leitungsgremien und Ämtern in der Hoffnung, so auch den Kurs der EKD in entscheidenden Fragen mitzubestimmen.

Dabei ließ er sich vor keinen ideologischen Karren spannen. Er war kein Propagandist für das sowjetische System, obwohl er in der von Adenauer regierten Bundesrepublik – und über sie hinaus – so dargestellt wurde. Tatsächlich gelang es ihm mit seiner ersten Moskaureise, den Teufelskreis des Nicht-Miteinander-Redens zu durchbrechen. Er reiste 1952 nach Moskau, 1954 in die Tschechoslowakei und 1956 nach Polen, jedes Mal in erster Linie, um kirchliche Verbindungen über die Grenze hinweg herzustellen.

Zum Kommunismus als Staatsdoktrin verhielt Niemöller sich reserviert. Bei Vorträgen in der DDR 1952 und 1954 wandte er sich laut Stasi-Berichten nicht nur gegen die Wiederbewaffnung in Westdeutschland, sondern äußerte sich auch kritisch über SED-Herrschaft und russischen Kommunismus. Ein Stasi-Bericht von 1966 bezeugt, dass er sich für Wehrdienstverweigerer in

der DDR einsetzte. Auch Niemöllers spätere Stellungnahmen zeigen zweierlei: seine Bereitschaft, mit Kommunisten offen zu sprechen und eigenständig zusammenzuarbeiten, und die klare Absage an den Kommunismus als Ideologie.¹² Die Kirche, so meinte er, »hat den Kommunisten [...] wie allen Menschen mit ihrer Botschaft zu dienen, während sie den Kommunismus als Heilslehre wie alle anderen Heilslehren ablehnt«.¹³

2. *Das einschneidende Ereignis, das Niemöller dazu brachte, radikaler Pazifist zu werden, war das Wiesbadener Gespräch mit Atomphysikern am 9. Juni 1954.* Seine Vor- und Nachgeschichte erklärt, weshalb dieses Gespräch einen Wendepunkt für Niemöllers Friedensethik markiert. Die Physiker Otto Hahn, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker machen Niemöller die möglichen Folgen eines Kriegs mit Wasserstoffbomben klar. Die Gefahr globaler Auslöschung des Lebens, die er biblisch-theologisch reflektiert, bewegt ihn zu radikalem Umdenken. Kontakte zu den Friedenskirchen in den USA (den Quäkern) tragen zu seiner »Bekehrung« bei. Von da an ist Niemöller Atom Pazifist.

In den USA erklärte Niemöller: »Ich bin Pazifist geworden, als ich versuchte, meinen Weg als Christ zu finden.«¹⁴ Im Neuen Testament habe er keinerlei Ermutigung zum Gebrauch von Gewalt gefunden. Feindschaft könne nach den klaren Worten Jesu nur durch Freundlichkeit, das Böse nur durch das Gute überwunden werden. Diesen Weg sei auch Gandhi gegangen. Die für Niemöller entscheidende Frage war, *wie jemand im Zeitalter der Atombomben Christus nachfolgen könne.* Als Richtschnur galt für ihn die Bergpredigt, d. h. die Seligpreisung der Friedensstifter und das Gebot der Feindesliebe (Mt 5,9.44). Das Beispiel des indischen Propheten der Gewaltlosigkeit bestärkte ihn darin, dass Friedensstifter in dieser Welt gesegnete Menschen seien. Gandhi, das war ihm in Indien aufgegangen, habe als Hindu die Lehre Jesu Christi gelebt.¹⁵ Niemöller wollte Pazifist aus christlicher Überzeugung sein. Diese Position vertrat er auf Friedenskundgebungen in Deutschland mit beachtlicher Resonanz.¹⁶

Das Wiesbadener Gespräch wurde für Niemöller auch deswegen zum Wendepunkt, weil er erlebt hatte, dass der Rat der EKD sich nicht zu einer kompromisslosen Warnung vor der Herstellung und Anwendung moderner Massenvernichtungsmittel durchringen konnte.¹⁷ Die Erklärung des Rates vom 21. Mai 1954 vermied eine Verurteilung der Atomwaffen. Sie bekundete lediglich die »schwere Sorge« evangelischer Christen ange-

sichts der Zerstörungskraft von Atom- und Wasserstoffbomben und rief die Regierungen zu friedensfördernden Vereinbarungen auf. In dieser Form erschien die Erklärung, unterzeichnet von Otto Dibelius und seinem Stellvertreter Hanns Lilje.¹⁸ Gegenüber Wilhelm Niesel gab Niemöller offen seine Enttäuschung zu erkennen: Dibelius' Wort zu Atom- und Wasserstoffbomben finde er »unmöglich«.

Niemöllers Friedensinitiativen blieb der Erfolg weithin versagt. Seine Position fand in der EKD und in der BRD wenig Zustimmung. Die Machtpolitiker des Kalten Krieges setzten ihren Konfrontationskurs fort. Im Rückblick sieht man, dass Niemöller mit seinen friedenspolitischen Vorstellungen nicht grundsätzlich falsch lag. Er war nur seiner Zeit weit voraus. »Die führenden Politiker [...] hatten in den 1950er Jahren noch nicht begriffen, dass die militärische Konfrontation keine dauerhafte Sicherheit garantieren konnte.«¹⁹ Dies war erst der Entspannungspolitik seit den 1970er Jahren vorbehalten, die schließlich zum Ende des Kalten Krieges führte.

3. Eine Kampagne der Lutheraner führt dazu, dass Niemöller 1955 seine Mitgliedschaft im Rat der EKD aufgibt und 1956 als Leiter des Außenamtes abgesetzt wird. Er erreicht zwar, dass das Außenamt in seinem Sinn fortgeführt wird, insbesondere in den Beziehungen zu den deutschen Auslandsgemeinden, aber *seine Friedensarbeit verlagert sich mehr und mehr auf Bündnisse mit außerkirchlichen Partnern*.

Im selben Jahr wurde er zum Präsidenten der Deutschen Friedensgesellschaft gewählt. Er beteiligte sich 1958 an der Kampagne »Kampf dem Atomtod« und nahm in England am ersten Ostermarsch teil. 1972 gehörte er zu der Initiative, die die Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit forderte. 1974 beteiligte er sich an der Gründung des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit. 1978 engagierte er sich gegen die Neutronenbombe, 1980 gegen die Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern in der BRD. An der Friedensdemonstration, die im Oktober 1981 in Bonn stattfindet, kann er zwar nicht teilnehmen, lässt dort aber eine Rede verlesen.²⁰

Seit 1956 nahmen die Probleme des Nord-Süd-Gegensatzes, Hunger, Überbevölkerung und Rassismus, bei Niemöller immer größeren Raum ein. *Sein Kampf für Frieden und Versöhnung weitete sich aus zu einem Einsatz für die sogenannte Dritte Welt*. Dabei spielte der Gedanke der Buße eine

zentrale Rolle: Nur wenn die weißen Völker im Sinne eines tiefgreifenden Umdenkens in Politik und Wirtschaft Buße täten, so Niemöller, könne wirklicher globaler Friede erreicht werden. Damit wurde er zum Vorreiter einer Bewegung, die sich in der internationalen Ökumene mehr und mehr durchsetzte. Der 1983 in Vancouver in Gang gesetzte konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung liegt auf der Linie dessen, wofür Niemöller gearbeitet hat. Im ökumenischen Kontext hatte er früh gelernt, dass die Zeit des ›weißen Mannes‹ und des Kolonialismus zu Ende ging. Als Vertreter der ›alten Christenheit‹ der weißen Völker sah Niemöller sich gefragt, »ob wir eigentlich recht glauben und verkündigen, wenn es dann doch bei einer theoretischen Welt- und Lebensanschauung bleibt [...]«.²¹

In der westdeutschen Friedensbewegung wurde ein für Niemöller typisches Leitwort populär: »Was würde Jesus dazu sagen?« Das war für ihn die *Grundfrage christlicher Ethik*. »Der Christ wird sich in letzter Instanz – auch in seinen politischen Entscheidungen – von der Antwort bestimmen lassen, die er auf seine Frage ›Was willst du, Herr, dass ich tun soll?‹ erhält.«²² Christsein könne also nie Privatsache sein; Glaube und politische Verantwortung gehörten untrennbar zusammen. Ohne die im Gebet an Jesus gerichtete Frage, ohne gehorsames Tun dessen, was ER will, ist Niemöllers Friedensethik nicht denkbar. Denn in der Nachfolge Jesu Christi für die Menschen kämpfen kann nur der Glaubende, der auf die Anrede Jesu hört.

Niemöllers Aktualität

Jede ethische Besinnung muss davon ausgehen, dass die Verfügbarkeit nuklearer Waffen unwiderlich ist.²³ Keine Abrüstung schafft die Fähigkeit aus der Welt, solche Waffen herzustellen. Deshalb werden politische Mächte, soweit sie nicht in ihrer Sicherheit von anderen abhängen, auf nukleare Arsenale nicht verzichten. Wer das Ziel des nuklearen Friedens vertritt, muss sich dieser Problemlage stellen.

Niemöller zielte auf den Idealzustand der *Nuklearwaffenfreiheit*, ohne die Schritte dahin und ihre ungewollten Nebenfolgen zu bedenken. Seiner Einsicht, dass der Gebrauch von Atombomben schlechthin verwerflich ist, kann man die These entgegenhalten, dass die Möglichkeit dieses Gebrauchs »eine pazifizierende Wirkung hat, daß sie den Frieden wirksamer sichert als alle anderen politischen Mittel«.²⁴ Dibelius vertrat diese These,

als er dem Vernichtungspotenzial atomarer Waffen eine solche Wirkung zuschrieb. Die Drohung mit ihnen setzt die Bereitschaft zu ihrem wirklichen Gebrauch voraus, d. h. im Ernstfall ein sittlich verwerfliches Verhalten.²⁵ Wer eine gesicherte Friedensordnung erreichen will, kann nicht umhin, in ihr die Fähigkeit zum Gebrauch von Nuklearwaffen mit einzubegreifen.

Mit Blick auf den Ukrainekrieg hat der Journalist und Historiker Nils Minkmar in Deutschland den Beginn einer dritten Republik festgestellt.²⁶ Die westdeutsche BRD, die erste Republik, dauerte von 1949 bis 1989. Sie war nach Minkmar »ein vom Kalten Krieg geprägtes Gebilde mit großer Armee, einer Bundeshauptstadt voller Spione und sonst im Wesentlichen ein Flugzeugträger der U.S. Air Force«. Nach der Wiedervereinigung 1990 nahm Deutschland »sich Ferien von der Geschichte« und schloss einen Pakt »mit Putin und mit bösen Folgen«. Die dritte Republik, in der wir seit Februar 2022 leben, werde u. a. wegen der »zusätzlichen Ausgaben für Sicherheit und für einen Neuaufbau der Ukraine ärmer werden«.

Niemöllers Friedensethik gehört in den Kontext der ersten Republik. Wir befinden uns jetzt in einer Phase, die er sich nicht vorstellen konnte, mit China als dritter Großmacht und der neuen Dimension des Cyberkriegs. Unter den veränderten Bedingungen verbietet sich m. E. eine *unmittelbare* Übertragung von Niemöllers pazifistischer Ethik ins Heute. Wir können nur hypothetisch fragen: Was hätte er zum Ukrainekrieg gesagt? Da er bis ins hohe Lebensalter lernte und bereit war, sich von alt-ererbten Anschauungen zu lösen, wird man in seinem Sinn weiterdenken und fragen müssen, was in der heutigen Situation friedensethisch geboten ist.

Der Grundsatz, wer Frieden mit dem Gegner wolle, müsse mit dem Gegner reden, erfordert nähere Bestimmungen, wer hier mit wem, worüber und wie zu reden hat. Mit Putin geht das kaum, da er kein vertrauenswürdiger Verhandlungspartner ist. Sein erklärtes Ziel ist die Vernichtung des Gegners, konkrete Kriegsziele sind unklar. Deshalb ist die Einschätzung der *Neuen Zürcher Zeitung* plausibel: »Solange der frühere KGB-Agent im Kreml waltet, wird es keinen echten Frieden in Europa geben.«²⁷ Mit dem Patriarchen Kyrill in Moskau zu reden, ist ebenfalls zwecklos, weil dieser, auch er ein früherer KGB-Agent,²⁸ die russische Kriegspropaganda religiös verstärkt und überhöht. Im Sinn Niemöllers ist es, sich auf ökumenischer Ebene für die Koexistenz mit dem politischen Gegner einzusetzen. Die

11. Vollversammlung des ÖRK 2022 in Karlsruhe hat das getan. Sie verurteilte »diesen illegalen und nicht zu rechtfertigenden Krieg« und rief zum »sofortigen Waffenstillstand« auf sowie zu »Dialog und Verhandlungen, um einen nachhaltigen Frieden zu erreichen«.²⁹

In seiner Kasseler Rede hatte Niemöller 1959 erklärt, es werde seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr nach den rechten, verhältnismäßigen Mitteln gefragt. Der Krieg sei »total« geworden, jedes Kriegsmittel erlaubt, um den Gegner kleinzukriegeln und umzubringen, denn seine Ausrottung sei nun das Kriegsziel.³⁰ Dieses Urteil bestätigt sich heute. Russland setzt (fast) alle Mittel ein, um die Ukraine als eigenständige Nation auszulöschen. Wiederholt hat die russische Führung dem Westen mit der Anwendung von Nuklearwaffen gedroht. Was davon zu halten ist, müssen Politikwissenschaftler und Russlandexperten erörtern. Als Niemöller meinte, eine Nuklearmacht würde als letztes Mittel Atomwaffen einsetzen, um die drohende Niederlage in einem konventionellen Krieg abzuwenden, äußerte er eine militärstrategische Einschätzung, kein Glaubensurteil.

In Bezug auf gewaltsame Konflikte hat Niemöller einen situativen Pazifismus vertreten. Er begründet ihn mit dem Beispiel Jesu, der diejenigen seligpreise, die auf Gewalt verzichten. Jeder Mensch, der Gewalt anwende, müsse sich dafür vor dem Herrn Jesus Christus verantworten.³¹ Niemöller folgert, dass Christen sich *nicht vor Christus* zu verantworten haben, wenn sie Gewaltverzicht üben und den Kriegsdienst verweigern. Vor Christus verantworten muss sich ein Christ, der als Soldat sein Land mit der Waffe verteidigt. In beiden Fällen, ob er Gewalt anwendet oder nicht, wird der Einzelne schuldig und muss die Folgen seiner Entscheidung tragen.

Es macht aber einen Unterschied, auf Gewalt zur Selbstverteidigung oder auf Gewalt zur Verteidigung der Mitmenschen zu verzichten, wenn diese angegriffen werden. Die demokratischen Staaten der westlichen Welt haben sich dafür entschieden, die Ukraine mit Geld und Waffen zu unterstützen. Sie tun das aus der Einsicht, dass der Kampf der Ukraine um die Freiheit aller souveränen Staaten geführt wird. Niemöller hat das Recht auf nationale Selbstverteidigung nie bestritten, sondern es im Gegenteil 1967 Nordvietnam im Krieg gegen die USA zugebilligt.³² Er teilte die Position Ho Chi Minhs: Die Amerikaner begehen Kriegsverbrechen. Die Vietnamesen können sie nur auffordern, damit aufzuhören. Sie können darüber nicht mit den Amerikanern verhandeln.

Heute begehen Russen Kriegsverbrechen in der Ukraine. Im Sinn Niemöllers liegt es, den Ukrainern in ihrem Kampf aktiv beizustehen.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Michael Heymel, *Martin Niemöller. Vom Marineoffizier zum Friedenskämpfer*, Darmstadt 2017, 249f. u. 263.

² *Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. 10. 1958, Abschnitt III*, in: Hanfried Müller (Hg.), *Hefte aus Burgscheidungen 10 (1958)*, 5.

³ Martin Niemöller, *Privatbrief vom 3. 10. 1950*, zit. nach Heymel, *Marineoffizier*, 223.

⁴ Martin Niemöller an den Bruderrat der EKD, zit. nach Heymel, *Marineoffizier*, 214.

⁵ Martin Niemöller, *Von der politischen Verantwortung des Christen in der heutigen Welt (1952)*, in: ders., *Reden 1945–1954, Darmstadt 1958 (= Reden I)*, 219–228, hier 226ff.

⁶ Vgl. *Reden I*, 245.

⁷ Vgl. Karl Barth, *Die christliche Verkündigung im heutigen Europa*, München 1946; Willem Visser 't Hooft, *Die Wiedergeburt Europas*, in: *Junge Kirche 10 (1949)*, 479–486.

⁸ Martin Niemöller, zit. nach Michael Heymel, *Martin Niemöllers Einsatz für Frieden und Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Irene Dingel / Jan Kusber / Malgorzata Morawiec (Hg.), *Die europäische Integration und die Kirchen, Bd. IV: Versöhnung und Ökumene, Ethik und Recht*, Göttingen 2020, 109–129, hier 117.

⁹ Martin Niemöller, *Der einzig mögliche Weg (1953)*, in: *Reden I*, 248–252, hier 248. Vgl. *Dienst für den Frieden (1953)*, ebd., 268–271, hier 268.

¹⁰ Ebd., 249.

¹¹ Ebd., 242.

¹² Vgl. Günter van Norden, *Martin Niemöller im Kalten Krieg*, in: Hermann Düringer / Martin Stöhr (Hg.), *Martin Niemöller im Kalten Krieg. Die Arbeit für Frieden und Gerechtigkeit damals und heute*, Frankfurt a. M. 2001, 47–73, hier 70f.

¹³ Franz Beyer, *Menschen warten. Aus dem politischen Wirken Martin Niemöllers seit 1945*, Siegen 1952, 124.

¹⁴ Martin Niemöller, zit. nach Hockenkos, *Embrace of Pacifism*, 101.

¹⁵ Vgl. Niemöller, *Reden I*, 235f.

¹⁶ Vgl. Martin Niemöller, *Denn sie wissen, was sie tun! (1959)*, in: ders., *Reden 1958–1961, Darmstadt 1961 (= Reden III)*, 71–85; *Christ und Krieg? (1960)*, ebd. 179–205, hier 194.

¹⁷ Zur Vorgeschichte der Erklärung vgl. Heymel, *Marineoffizier*, 219f.

¹⁸ Vgl. Appell des Rates der EKD [...] wegen der Atom- und Wasserstoffbombe vom 21. 5. 1954, in: *Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bd. 8: 1954/55*, bearb. von Karl-Heinz Fix, Göttingen 2012, 234f.

¹⁹ Wolfram Wette, *Seiner Zeit voraus. Martin Niemöllers Friedensinitiativen (1945–1955)*, in: Detlef Bald (Hg.), *Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945–1955*, Essen 2010, 227–241, hier 240.

²⁰ Vgl. Heymel, *Marineoffizier*, 251.

²¹ Martin Niemöller, *Was haben die »Jungen Kirchen« der alten Christenheit zu sagen? (1956)*, in: ders., *Reden 1955–1957, Darmstadt 1957 (= Reden II)*, 130–136, hier 134.

²² Niemöller, *Was bedeuten Recht und Freiheit für die politische Entscheidung des Christen? (1961)*, in: ders., *Reden III*, 283–293, hier 293.

²³ Zum Folgenden siehe Dieter Henrich, *Ethik zum nuklearen Frieden*, Frankfurt a. M. 1990, 69–101, 271.

²⁴ Henrich, *Ethik*, 269.

²⁵ Vgl. Henrich, *Ethik*, 75–77.

²⁶ Nils Minkmar, *Deutschland und die Zeitenwende. Es lebe die Dritte Republik*, in: *SZ* vom 10. 5. 2022. Hier die folgenden Zitate.

²⁷ Andreas Ruesch, *Einen Frieden wird es mit Putin nicht geben*, in: *NZZ* vom 20. 1. 2023.

²⁸ Vgl. Johannes Ritter / Friedrich Schmidt, *Der Spion in Genf*, in: *FAZ* Nr. 32 vom 7. 2. 2023, 3.

²⁹ Ökumenischer Rat der Kirchen, *Krieg in der Ukraine, Frieden und Gerechtigkeit in der Region Europa*, URL: <https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/war-in-ukraine-peace-and-justice-in-the-european-region> (30. 3. 2023).

³⁰ Vgl. Niemöller, *Reden III*, 71–85, hier 74; Heymel, *Marineoffizier*, 228–231

³¹ Vgl. Niemöller, *Reden III*, 84f.

³² Vgl. Heymel, *Marineoffizier*, 248f.

Workshop »Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik«

Gerd Bauz, Ralf Becker, Helmut Müller, Dr. Theodor Ziegler

Erfurt, 25. März 2023

1 Der Impuls

Im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden erstellt eine Arbeitsgruppe 2018 die Studie »Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – Ein Szenario bis zum Jahr 2040«, die sogleich vielfältige Resonanz findet und in mehrere Sprachen übersetzt vorliegt.¹ Grundlagen sind die Friedenswissenschaften und erprobte Konzepte der Politik und der Zivilgesellschaft mit positivem und kritischem Bezug auf den Bericht der Bundesregierung »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« von 2014. Das Szenario spielt durch, wie die vielfältigen bereits bestehenden Ansätze für eine Zivile Sicherheitspolitik schrittweise ausgebaut werden könnten, und beschreibt dies in fünf Pfeilern:

1. Gerechter und nachhaltiger Wirtschafts- und Lebensstil,
2. Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten,
3. Entwicklung einer globalen zivilen Sicherheitsarchitektur,
4. Resiliente Demokratie,
5. Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie.

Das Positiv-Szenario empfiehlt bis 2030 das Aushandeln und anschließende Umsetzen erneuter weitreichender Abrüstungsverträge sowie einer Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU). Ähnlich soll durch zivile Entwicklungspartnerschaften mit der Arabischen Liga (LAS) sowie der Afrikanischen Union (AU) nachhaltige Stabilität unterstützt werden, die durch teure Auslands-Militäreinsätze bisher nicht erreicht wurde. In die wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung dieser Staaten sind jährliche Investitionen in Höhe von 17 Mrd. Euro vorgesehen. UNO und OSZE könnten bei einer Reduzierung der Ausgaben für militärische Sicherheitspo-

litik jährlich Beiträge in Höhe von 33 Mrd. Euro aus Deutschland erhalten – und damit im Vergleich zu heute wesentlich gestärkt und handlungsfähiger werden. Mittel- bis langfristig wird damit unsere Sicherheit durch den erneuten Aufbau gegenseitigen Vertrauens gestärkt – statt durch Hochrüstung bis in den Cyberraum zunehmend gefährdet zu werden.

Schon bei der Überwindung des Kalten Kriegs hat sich die Reduzierung militärischer Konfrontation in der Perspektive »Gemeinsamer Sicherheit« bewährt, wie sie 1982 im Olof-Palme-Bericht dargelegt wurde. Der 2022 vorgelegte Olof-Palme-Bericht II stützt das Szenario »Sicherheit neu denken«.²

2 Die Initiative

Seit 2019 bildet sich ausgehend vom Impuls des badischen Szenarios eine bundesweite Initiative für eine nachhaltige deutsche Friedenspolitik. Fünfzig Organisationen und Netzwerke, darunter die Deutsche Friedensgesellschaft, Fachstellen zahlreicher evangelischer Landeskirchen, die katholische Friedensinitiative Pax Christi, die Internationalen Ärzt*innen zur Verhütung eines Atomkriegs, fordern einen Paradigmenwechsel der deutschen Politik in Richtung ziviler sicherheitspolitischer Friedensgestaltung. Bis Ende 2022 wurden bundesweit über 170 Multiplikator*innen ausgebildet, Akademien und regionale Netzwerke haben über 400 Veranstaltungen zu Sicherheit neu denken durchgeführt. Zahlreiche weitere Veranstaltungen sind geplant.

Mit der Münchner Sicherheitskonferenz befindet sich die Initiative ebenso in einem öffentlichen Dialog wie mit der Deutschen Hochschule der Polizei und dem UN-Department of Peace Operations in New York und weiteren Fachexpert*innen zum Auf- und Ausbau Internationaler Polizei. Auch mit der Führungsakademie der Bundeswehr, dem Zentrum Innere Führung der Bundeswehr und dem Bundeswehrverband führt die Initiative Gespräche. Bei einer Jahrestagung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler wurde das Szenario ebenso vorgestellt wie in zahlreichen Gesprächen mit führenden Verteidigungs-, Außen- und Haushalts-Politiker*innen des Deutschen Bundestags. So erreichte die Initiative 2022

durch eine breite Kampagne die Verhinderung der Kürzungen der Budgets Ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung im Bundeshaushalt 2023.

Wissenschaftler wie der Ehrenpräsident des Club of Rome, Ernst U. von Weizsäcker, und Künstler*innen wie der Pianist aus den Trümmern von Damaskus, Aeham Ahmad, unterstützen die Initiative. Der ehemalige DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann schreibt: »Was wir brauchen, ist ein grundlegendes Umdenken. Was wir brauchen, ist ein erweitertes Sicherheitsverständnis. Ein Sicherheitsverständnis, in dessen Mittelpunkt der sozial gerechte Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft steht, das auf soziale statt auf militärische Sicherheit setzt, das auf Konfliktvermeidung und Krisenprävention setzt, das nicht immerzu neue Fluchtursachen erzeugt, sondern darauf abzielt, Fluchtursachen zu bekämpfen. Das bedeutet auch, dass wir ein Vielfaches der heutigen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe brauchen. Abrüsten statt Aufrüsten – daran führt kein Weg vorbei.«

In den Niederlanden und in der Schweiz werden inzwischen nach dem badischen Vorbild eigene Szenarien entwickelt. In Großbritannien wirkt »Rethinking Security« vergleichbar aufklärend,³ und auch in den USA gibt es ähnliche Aufbrüche.⁴ In Österreich unterstützt ein breites Aktionsbündnis für Frieden, Neutralität und Gewaltfreiheit »Sicherheit neu denken«⁵ und hat die Untersuchung »Frieden ist möglich – aber sicher!« mit Bezug auf die österreichische Neutralität veröffentlicht.⁶

In Italien wird ein dem deutschen Positiv-Szenario ähnlicher Gesetzesvorschlag im Senat diskutiert und in West- sowie Zentralafrika formieren sich Initiativen zur Ausarbeitung entsprechender Szenarien zivil-polizeilicher Sicherheitspolitik.

In Afrika sind mit deutscher Unterstützung in den letzten 20 Jahren in 30 Ländern bereits 300 Zivile Friedensfachkräfte ausgebildet worden,⁷ deren Absolvent*innen-Netzwerk auf lokaler und regionaler Ebene als schnelle und aktive gewaltfreie Konfliktinterventionskräfte (INOVAR) wirkt.⁸ In der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) arbeiten Kardinal Nzapalainga und Imam Kobine, die Vertreter der Katholiken und Muslime, sowie Marie-Noelle Koyara, ZAR-Verteidigungsministerin von 2015 bis 2021, heute Vorsitzende des Verbands Aktiver Gewaltfreiheit der ZAR für eine friedensorientierte Sicherheitspolitik und bezeichnen sich

vor der Presse in Berlin als Vertreter*innen von »Sicherheit neu denken« in Afrika. Alle drei waren zur Premiere des Films SIRIRI über ihre interreligiöse Friedensarbeit in der ZAR auf Einladung des House of One und des Humanrights Filmfestivals in Berlin und werden im Oktober 2023 zur Internationalen Friedenskonferenz »Der Frieden der Zukunft« der Universität und des Bistums Osnabrück sowie der Hannoverschen Landeskirche anlässlich des 375-jährigen Jubiläums des Westfälischen Friedens in Osnabrück erwartet.

»Peace for Future« bietet als bundesweites Netzwerk junger Friedensaktivist*innen Ausbildungen für 16- bis 28-Jährige als Friedensmentor*innen an, vernetzt sich präsent und online in Communities und kommuniziert die Initiative auf Facebook, Instagram und Twitter.⁹

Auf den Security Report der Münchner Sicherheitskonferenz 2022 antwortete die Initiative mit einem *Rethinking Security Report 2022*. Zum Krieg in der Ukraine legte die Initiative im März 2022 einen Impuls für eine entschlossene und besonnene Reaktion auf Putins Krieg vor sowie zahlreiche öffentliche Diskussionsbeiträge.¹⁰ Für 2023 ist die Erarbeitung eines aktualisierten Positiv-Szenarios geplant.

3 Qualität und Innovation

1. Am aufregendsten ist die Zahl im Titel der Studie, die Jahreszahl. Da macht jemand einen Zeithorizont auf für den Frieden: 2040. Das markiert den Übergang vom Wunsch zum Ziel. Das macht diese Studie zu einem historischen Dokument. Es geht ihr um den Aus- und Umstieg als konkrete Aufgabe: »Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik«. Carl Friedrich von Weizsäcker formulierte: »Der Krieg als Institution muss in einer fortlaufenden Anstrengung abgeschafft werden.« Das ist der Start in die Schlussphase dieser Anstrengung. Der Anlauf war lange genug. 2040 ist die Klima- und Friedens-Zahl. Die Kurzfassung des Ziels lautet: *Deutschland stellt bis zum Jahr 2040 schrittweise um auf eine zivile Sicherheitspolitik. Dazu bedarf es einer politischen Grundsatzentscheidung zum Richtungswechsel in der Sicherheitspolitik von militärisch auf zivil.*

2. Wenn ein Ziel im Raum ist, tauchen sofort die fünf Dimensionen eines gut errichteten Ziels auf; SMART muss es sein:

S – wie spezifisch; dafür werden viele Ansatzpunkte geboten zu regionaler, zeitlicher und fachlicher Spezifizierung des Ziels.

M – wie messbar; die zwei Grundkriterien hierfür sind die Anerkennung des zivilen Paradigmas und die Anpassung der Strukturen und Mittel daran.

A – wie attraktiv; für wen nicht? Auch andere Lesarten des A werden, immer graduell, erfüllt: akzeptiert, angemessen, anspruchsvoll.

R – wie realistisch; wer hier ins Grübeln gerät, bedenke zunächst: R wie prinzipiell realisierbar.

T – wie terminiert, das entscheidende Moment eines jeden Handlungsziels. Hier meint es jemand ernst.

3. Im Untertitel steht: »Ein Szenario«. Mal kein Programm, Antrag, Fahrplan. Ein einfaches Szenario, ein planerisches Instrument, das die Szenerie erhellen will und zu eigener Kreation anregt. In der Resonanz zerlegten manche das Szenario dann doch, als wäre es ein fertiges Konzept.

4. Erschütternd ist eine andere Qualität des Szenarios neben seiner Offenheit: seine Präzision. Das Negativ-Szenario ist fast wörtlich eingetroffen, zum Glück bisher nur im ersten Teil: »Eskalation eines Regionalkonflikts zu einem Weltkrieg«. Den Regionalkrieg haben wir schon. Auf S. 142, im Trend-Szenario, ist beschrieben, wie die vorherige Bundesregierung noch versucht, »den militärischen Konflikt in der Ostukraine« nicht eskalieren zu lassen. Vergeblich, zu schwach war die Bemühung mit dem Minsk II-Abkommen, von USA und Großbritannien mit Waffenlieferungen an die Ukraine ausgehebelt – und von Putin dann ins Furchtbare gekippt.

5. Der vorgelegte Ansatz hat, quasi elliptisch, zwei Zentren:

a) Die *Expertise* geht in die Tiefe und entwirft etwas Neues: eine »Sicherheitspolitische Friedenspolitik« bzw. »Friedensorientierte Sicherheitspolitik«. Das ist eine neue Qualität, die größte Stärke des Entwurfs. Damit beginnt die Beweislastumkehr: Die regierenden Politiker haben zu begründen, warum sie die bessere, zivilere, humanere Sicherheitspolitik ablehnen, warum sie fast kein Geld in Prävention, Konfliktlösung, Krisenmanagement, gemeinsame Sicherheit geben, aber hunderte Rüstungsmilliarden den ökologischen und sozialen Aufgaben entziehen. Kann das gut gehen, was ihr da tut?

b) Der *gesellschaftspolitische Ansatz* stellt sich der Polykrise unserer Gesellschaft und bietet in fünf

Säulen Analysen und Vorschläge, um sowohl zu differenzieren wie zusammenzuführen. So werden die vielen gesellschaftlichen Kräfte, die sich stark und kompetent, aber getrennt um ihre jeweiligen Anliegen kümmern, adressiert und eingeladen zusammenzuwirken. Daraus können die verändernde Energie und das Tempo erwachsen, die wir brauchen. Das ist Strategie vom Feinsten, ohne viel darüber zu reden.

6. Als ein Dokument, das die evangelische Kirche beauftragt, erarbeitet und mit kleiner Ressource versehen in die Welt geschickt hat, hat es eine Gestaltungsdimension vergleichbar der Ost-Denkschrift der EKD von 1965.

4 Internationale Polizei

In etwas veränderter Zusammensetzung arbeitet die Autor*innengruppe weiter und fokussiert auf eine Kernfrage beim Übergang von Militär zu ziviler Sicherheit, wie rechtserhaltende Gewalt organisiert sein kann.¹¹

1. Kriege waren schon immer grausige Veranstaltungen, fanden jedoch bislang ihr Ende und das Leben ging weiter. Mit der Erfindung der Atombombe kann der Krieg das Leben auf der Erde beenden. Aus diesem Grund forderte Carl Friedrich von Weizsäcker in seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im Jahr 1963 eine Weltinnenpolitik und die Übertragung des Gewaltmonopols an eine übergeordnete Behörde.

2. Da nationale oder Bündnisarmeen Partikularinteressen dienen und damit zwangsläufig in Konflikt mit anderen partikular ausgerichteten Armeen und Bündnissen geraten, bedarf es der Schaffung inklusiver Sicherheitsstrukturen. Eine Internationale Polizei (IP) ist den Konfliktparteien übergeordnet und bemüht sich z. B. im Falle internationalen Terrorismus, organisierter Kriminalität – soweit es nicht durch die nationalen Polizeien möglich ist – um die Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrecht.

3. Trotz äußerer Ähnlichkeiten gibt es zwischen Polizei und Militär wesentliche Unterschiede, vor allem in Bezug auf die mit dem Gewaltmitteleinsatz verbundenen Gefahren. Bei polizeilicher Gewalt finden die Prüfkriterien der »Lehre vom gerechten Krieg« Anwendung. Deshalb ist es anzustreben, die ultima-ratio-Rechtfertigung des Militärs auf eine Internationale Polizei vorzuziehen. Sie operiert nach den Prüfkriterien der Verhältnismäßigkeit, der Schonung Unbeteiligter und

der Deeskalation, während bei militärischer Gewaltanwendung der Zweck die Mittel heiligt und Präventivschläge möglich sind. Am augenfälligsten sind die Unterschiede bei der Zerstörungskraft der zum Einsatz kommenden Gewaltmittel und bei weiteren Vergleichspunkten.¹²

4. Die Fachgruppe Internationale Polizei der Initiative »Sicherheit neu denken« hat nach vielen Gesprächen mit Polizeipraktikern bei internationalen Organisationen sowie mit ExpertInnen aus Friedensarbeit und -forschung, aber auch Militär, Theologie und Friedensethik u. a. folgende Vorschläge entwickelt:

a) Subsidiärer Aufbau internationaler Polizei auf weltregionalen Ebenen in kulturellen Zusammenhängen (z. B. Arabische Welt in Nordafrika und Nahem Osten, südliches Afrika, Lateinamerika, Europa) sowie bei der UNO.

b) Einsatzbereiche sind z. B. Prävention durch Präsenz in Krisenregionen, Schutz von Flüchtlingslagern, Terrorismusbekämpfung, Sicherung der internationalen See- und Luftwege sowie Kommunikationsstrukturen, Kontrolle von Waffenstillständen, Waffenrückkauf, Sicherung von freien Wahlen in Nachkriegssituationen usw.

c) Die personelle Zusammensetzung und Finanzierung erfolgen proportional aus allen Mitgliedsstaaten. Die Polizeikräfte brauchen eine besondere Qualifizierung und im Interesse des Beziehungsaufbaus zu den lokalen Konfliktbeteiligten mehrjährige »Stehzeiten«.

d) Die Bewaffnung ist ausschließlich polizeilich, d. h. neben nichtletalen Waffen maximal mit Handfeuerwaffen.

e) Es müssen Kontrollgremien und Gerichte zur Einhaltung guter internationaler Polizeiarbeit eingerichtet werden.

5. Grundsätze:

a) Die IP führt keine Kriege und greift auch nicht in Kriege ein.

b) Sie wird nur mit Mandat der übergeordneten Sicherheitsstruktur tätig.

c) Sie arbeitet in Kooperation mit den örtlichen zivilen Friedensfachkräften.

5 Friedenslogische Kommunikation und Arbeitsweise

Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen. So heißt es im Untertitel des Buches zum Verständnis von Friedenslogik von Prof. Hanne-Margret Birckenbach.¹³ Wenn Du den Frieden willst, bereite den Frieden vor – so heißt das Leitmotiv des Friedenswortes der Evangelischen Kirche im Rheinland von 2018. Die Initiative »Sicherheit neu denken« folgt konsequent diesen friedenslogischen Ansätzen. Sie macht ernst damit, dass soziale und politische Interaktion wesentlich davon bestimmt wird, welches Bild sich Akteure voneinander machen und nach außen kommunizieren. Anerkennung ist ein fundamental menschliches Bedürfnis. Eine anerkennende wie respektvolle Kommunikation trägt ein großes friedenschaffendes Potential in sich. Diese Haltung soll in der eigenen Kommunikation wie Arbeitsweise nach innen wie außen gelebt werden. Gewaltfreie Kommunikation nach Marshall Rosenberg¹⁴ wird in den Veranstaltungen angestrebt und ebenso in den politischen Gesprächen mit Verantwortlichen – eine empathische Haltung, die jedoch nicht mit Beliebigkeit zu verwechseln ist.

Prägend ist das Bild der beiden Hände. Die erste Hand signalisiert ein klares Halt bzw. Stopp. Die auf Gewalt und Gegengewalt basierende militärische Sicherheitspolitik muss überwunden werden, es bedarf zwingend eines grundlegenden Paradigmenwechsels. Die weltweiten ökologischen, politischen und sozialen Krisen dulden keinen Aufschub und lassen sich mit militärischen Mitteln nicht lösen. Die Stopp-Hand gilt allen Versuchen, dieses Ziel zu verwässern. Dazu gehört auch ein klares Stopp allen Kräften, die das Ziel eines friedlichen Miteinanders in einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft in Frage stellen.

Die zweite Hand ist offen und einladend, dazu bereit, die Position des Gegenübers zu verstehen und sich darauf einzulassen. »Sicherheit neu denken« nimmt damit ernst, dass es für den angestrebten Paradigmenwechsel eine breite gesellschaftliche Zustimmung braucht und diese nur mit offener, überzeugender Kommunikation entwickelbar ist. Es geht darum, Dialogräume zu eröffnen, in denen die verschiedenen Perspektiven und Hintergründe miteinander ins Gespräch kommen können.

Die Mitgliedsorganisationen bilden den Koordinierungskreis der Initiative, als Kerngruppe für die Umsetzung und Weiterentwicklung des zivi-

len Paradigmas. Gewaltfreie Kommunikation findet sich auch in diesem Gremium und bei internen Trainings und Veranstaltungen wieder. Persönliche und thematisch orientierte Einstiegsrunden und Rückblenden sind feste Regel für den Umgang miteinander. Größe oder finanzielle Möglichkeiten einer Organisation haben keinen Einfluss auf die Beteiligungsmöglichkeit. Entscheidungen werden einmütig oder im Konsensverfahren herbeigeführt: »Der Vorschlag ist gut genug für den Moment und sicher genug, um ihn auszuprobieren. Ich habe keinen schwerwiegenden Einwand im Hinblick auf das gemeinsame Ziel.« Diese Haltung wird dem Prozesscharakter der Aufgabe gerecht.

»Sicherheit neu denken« weiß darum, dass Konflikte integraler Bestandteil menschlichen Zusammenlebens sind. Friedrich Glasl plädiert eindringlich dafür, Konflikte in sozialen wie politischen Bezügen so früh wie möglich zu bearbeiten, denn »Konflikte beeinträchtigen unsere Wahrnehmungsfähigkeit und unser Denk- und Vorstellungsleben so sehr, dass wir im Lauf der Ereignisse die Dinge in uns und um uns herum nicht mehr richtig sehen. Es ist so, als würde sich unser Auge immer mehr trüben; unsere Sicht auf uns und die gegnerischen Menschen im Konflikt, auf die Probleme und Geschehnisse wird geschmälert, verzerrt und völlig einseitig.«¹⁵

6 Spurwechsel. Ein als Sicherheitszone befriedetes Osteuropa

Am feinsten formuliert Heribert Prantl, worum es im Ukrainekrieg geht: »Man kann und soll Verhandlungsbereitschaft auch herbeiverhandeln. Dieser Plan ist viel aussichtsreicher als der Plan, Frieden herbeizubomben.«¹⁶ Leichter und eingängiger kann man es wohl kaum sagen: es geht um den Spurwechsel aus dem Kämpfen ins Verhandeln, aus dem Krieg in den Frieden.

Nimmt man als Referenzrahmen die UN-Generalversammlung, so bietet sie dreierlei: 1.) Sie »missbilligt auf das Schärfste die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter Verstoß gegen Artikel 2 Absatz 4 der Charta« und richtet mehrere Forderungen an Russland, so die Aggression zu beenden und sich zurückzuziehen. 2.) Sie fordert »nachdrücklich die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel.«¹⁷ 3.) Sie schweigt zu Sanktionen und Waffenlieferungen. Die Forderungen an Russland sind hier gut be-

kannt, diejenigen an beide Seiten und alle Nationen schon sehr viel weniger. Den Forderungen nach friedlichen Wegen hat die Bundesregierung gleichwohl zugestimmt; nur hält sie sich nicht daran.

Im Krieg prallen die unterschiedlichen Handlungsprinzipien schroff aufeinander, töten oder sprechen, siegen oder verständigen, Gewaltpolitik oder Friedenslogik. Im Übergang gelten beide Logiken parallel und sind beide zu beachten. Der Spurwechsel ist wünschenswert, aber keineswegs trivial.

In der militär- und kriegsimmanenten Betrachtung ist es logisch, dass man mit dem Krieg zur Zeit nicht aufhören kann. Man selbst ist militärisch wahlweise im Vorteil, warum sollte man, oder im Nachteil, nun geht es nicht. Oder es ist offen, also hat man weiter die Chance zum Sieg. Entsprechend sagt Roderich Kiesewetter (CDU): Die andere Seite will nicht, sie muss erst verlieren lernen.¹⁸ Anton Hofreiter (Die Grünen) formuliert: »Wenn die Ukraine aufhört zu kämpfen, hört sie auf zu existieren.«¹⁹

Das Gegenteil wird eintreten: Wenn morgen eine Waffen-Pause kommt, ist die Aggression gestoppt. Zugleich wäre es das Eingeständnis Russlands, dass die Ukraine als souveräner Staat besteht und bestehen wird. Alle dem entgegenstehenden russischen Narrative wären erledigt.

Doch militärlogisch bleiben Gefahren und Befürchtungen, denen man Rechnung tragen muss: a) die einer eingefrorenen Frontlinie und damit eines *de-facto*-Landgewinns sowie b) einer Fortsetzung der Eroberung nach einer Erholung des Aggressors. Beidem sollten die Konditionen eines auszuhandelnden Waffenstillstands vorbeugen, denn es gilt die maximal misstrauische *worst-case*-Betrachtung bellizistischer Erwartungshorizonte zu berücksichtigen und zu überwinden.

In den internationalen Vorschlägen²⁰ finden sich Hinweise, wie der Spurwechsel sein könnte, so dass Russland sofort beginnt, sich bis auf die Linien von 2014 zurückzuziehen, die Ukraine aber nicht nachrückt, sondern OSZE/UN-Kräfte, die das Terrain sichern und verwalten, vielleicht Jahre, bis Verhandlungen eine tragfähige Lösung finden. Das hätte auch den Vorteil, dass es nicht zur »Jagd auf Kollaborateure« käme wie bei dem bisherigen Landrückgewinn, über deren Art und Weise wir nichts wissen. Und: Ein Spurwechsel kann auch mit Vor-Verhandlungen parallel zu den Kämpfen eingeleitet werden.

Zugleich gilt die zweite Logik: Verhandlungen sind immer möglich (und damit ethisch geboten). Denn in ihrem Ergebnis müssen alle freiwillig zustimmen, und sie werden nur zustimmen, wenn es ein akzeptables Ergebnis für jede Partei gibt. Momentane Vor- oder Nachteile auf dem Schlachtfeld verlieren ihre Bedeutung. Fördernd zur Initiierung von Verhandlungen sind deshalb Angebotsverhandlungen, die zeigen, worüber man bereit wäre zu sprechen. Soviel zum WANN eines Spurwechsels: immer, sofort. Und zum WIE: mit Angeboten und Offenheit für Verständigung.

Die entscheidende Frage im Ukraine-Konflikt lautet jedoch: WER? Dazu hat Harald Kujat, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, vorgeschlagen, den »Nato-Russland-Rat« einzuberufen. Die offiziellen und offiziösen Diskurse ignorieren diesen Hinweis, die verhandlungsorientierten Akteure seltsamerweise ebenfalls ... Liegt es am Elefanten im Raum, am unsichtbaren Gorilla? Die eigene Interessenlage von USA/NATO und ihre Beteiligung an der militärischen Eskalation des Ukraine Konflikts, Vorlauf, Verlauf und Nicht-Beendigung, werden ausgeblendet. Der Schlüssel zu Verhandlungen liegt in Washington, das Schloss hängt in Moskau. Wenn man die geostrategische Ebene des Ukraine Kriegs in die Akteursanalyse einbezieht, kommt Bewegung ins Spiel.

Aus der Perspektive einer Verständigung auf der geostrategischen Ebene USA/NATO und Russland wird es möglich, ein befriedetes Osteuropa in den Blick zu nehmen, wo mit Sicherheitsgarantien und im Prozess schrittweiser Reduzierung der Rüstungen für die Ukraine eine Option sichtbar wird, die es bellizistisch nicht gibt: dass die Ukraine nicht dem einen oder dem anderen Imperium gehört, sondern sich selbst – als eine souveräne, sichere, nachbarschaftlich in alle Richtungen eingebettete Republik. Und so auch für eine Kette souveräner, neutraler Staaten, Moldawien, Georgien, Armenien u. a. Mit einer friedensorientierten Sicherheitspolitik erhält die wie ein heißes Eisen unbeantwortet hin und her geschobene Zielfrage Kontur: WOZU? Wie sähe ein Zielbild aus?

Die Spannung, sich entweder so oder so entscheiden zu müssen, muss von diesen Staaten genommen werden. Das können USA/NATO und Russland zusammen. Nur gemeinsam können sie der Ukraine dauerhaft ruhige gesicherte Existenzbedingungen offerieren. In geopolitischer Zusammensetzung zu verhandeln, was nur dort entschieden werden kann, ist also das Gegenteil

von: »über die Ukraine hinweg verhandeln«. Als zivilgesellschaftliche Akteure können wir von der Regierung erwarten, dass sie ihrer Verflechtung Rechnung trägt, die Verhandlungsoption ergreift und sich nicht aus der verhandlungspolitischen Verantwortung stiehlt.

Die verschiedenen, komplexen Einzelfragen des Ukraine Konflikts – das WAS? – werden in dieser Perspektive lösbar. Vielleicht braucht es mehrere Tische, wo regionale, wirtschaftliche und bilaterale Themen zwischen der Ukraine und Russland langsam geklärt werden können; wenn die Waffen ruhen und die Großmächte das Kriegsbeil begraben haben.

Eine solche Entwicklung ist im Trendszenario der Studie »Sicherheit neu denken« von 2018 angedeutet als evolutionäres Ziel. Jetzt ist dieser Weg direkt einzuschlagen als Ausweg aus einem sich sonst noch lange hinziehenden grausamen Krieg. Auch hier zeigt sich die neue Qualität des sicherheitspolitischen Friedensentwurfs aus der badischen evangelischen Kirche: aus dem Krieg heraus zum Frieden.

Um solche Zieloptionen auszuarbeiten lohnt es, historisch zurückzugehen bis zu den Umbrüchen der Jahre 1989–1991, die die neue Konstellation hervorbrachten. Damals wäre angemessen gewesen, nach dem Verschwinden des Warschauer Paktes auch die NATO, deren Daseinszweck entfallen war, rückzubauen oder zu einem System kollektiver Sicherheit zu öffnen. Dies war die Erwartung von Michail Gorbatschow vom »gemeinsamen Haus Europa«, zu dem Russland konstitutiv gehört.

Heute unterstreichen zwei Entwicklungen die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Perspektive: der Weltklimabericht, der von allen Nationen Kooperation verlangt, wollen sie dem gemeinsamen Untergang entgehen; der Schulterchluss von China und Russland, dem die USA als die noch mächtigste Supermacht bisher nicht mit einem Angebot der Kooperation antworten.

Anmerkungen:

¹ *Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – Ein Szenario bis zum Jahr 2040. URL:*

https://www.sicherheitneudenken.de/html/content/unser_szenario.html

Im weiteren Text wird auf Belegstellen, die sich auf der Homepage www.sicherheitneudenken.de befinden, nicht gesondert verwiesen.

² Olof Palme International Center, *Gemeinsame Sicherheit 2022*. URL: https://www.ipb.org/wp-content/uploads/2022/07/Palme_Report_2022_CSDE.pdf

³ URL: www.rethinkingsecurity.org.uk

⁴ URL: www.sharedsecurity.org

⁵ URL: <http://abfang.org/>

⁶ URL: <https://www.versoehnungsbund.at/broschuere-frieden-ist-moeglich/>

⁷ URL: <https://goodnews-for-you.de/university-of-peace-in-africa-bildet-friedensbaumeisterinnen-aus/>

⁸ URL: <http://www.upabp.org/>

⁹ URL: <https://peace4future.de/>; vgl. auch: <https://www.facebook.com/sicherheitneudenken/>; <https://www.instagram.com/sicherheitneudenken/>; <https://mobile.twitter.com/Peace4future>

¹⁰ Vgl. »Freiheit gewinnen – Christliche Verantwortungsethik und die Überwindung fossiler Konfliktbewältigung« in der Zeitschrift *zeitzeichen* (URL: <https://zeitzeichen.net/node/9701>). Vgl. auch die Online-Diskussion fünf Evangelischer Akademien zum Thema »Evangelische Friedensethik vor neuen Herausforderungen« (URL: <https://www.youtube.com/watch?v=yCsJz0k5rSM>).

¹¹ Vgl. Dirk-M. Harmsen, Stefan Maaß, Horst Scheffler, Theodor Ziegler (Hg.), *Weltinnenpolitik und Internationale Polizei. Neues Denken in der Friedens- und Sicherheitspolitik, Göttingen 2023 (Evangelische Hochschulschriften Freiburg, Bd. 011)*.

¹² Eine Vergleichstabelle findet sich bei Theodor Ziegler, *Motive und Alternativenwüfde christlicher Pazifisten, Göttingen 2018, 176f.* URL:

https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/327287/theo-ziegler_vergleichstabelle-polizeilicher-und-militaerischer-gewalt.pdf

¹³ Hanne-Margret Birckenbach, *Friedenslogik verstehen. Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen*, Frankfurt a. M. 2022.

¹⁴ Vgl. Marshall Rosenberg, *Gewaltfreie Kommunikation. Eine Sprache des Lebens*, Paderborn (8. veränd. Aufl.) 2009.


¹⁵ Friedrich Glasl, *Konflikt-Eskalation und Konflikt-Bearbeitung*, in: Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V. (Hg.), *Streitkultur. Eine Bilderbox*, 1.

¹⁶ Heribert Prantl, *Kolumnist der Süddeutschen Zeitung*, 18.02.2023, 13:24, prantls-blick@newsletter.sueddeutsche.de

¹⁷ Vereinte Nationen. *Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 2. März 2022: Aggression gegen die Ukraine*, URL: <https://www.un.org/Depts/german/gv-notsondert/a-es11-1.pdf> (Punkt 14, 2.3.2022). Abstimmungsergebnis s. https://digitallibrary.un.org/search?ln=en&cc=Voting+Data&p=A%2FRES%2FES-11%2F1&f=&action_search=Search&rm=&ln=en&sf=&so=d&rg=50&c=Voting+Data&c=&of=hb&fti=0&fti=0, Yes: 141 | No: 5 | Abstentions: 35 | Non-Voting: 12 | Total voting membership: 193.

¹⁸ Roderich Kiesewetter, *EIN JAHR UKRAINE-KRIEG: Melnyk, Wagenknecht, Hofreiter und Kiesewetter im Streitgespräch* | WELT TALK - YouTube.

¹⁹ Anton Hofreiter, *EIN JAHR UKRAINE-KRIEG: Melnyk, Wagenknecht, Hofreiter und Kiesewetter im Streitgespräch* | WELT TALK - YouTube.

²⁰ internationale ärzt*innen für die verhütung des atomkrieges – ärzt*innen in sozialer verantwortung, *Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine. Eine Sammlung bestehender Vorschläge und möglicher Schritte, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen zu beenden*, Februar 2023 (URL: ipnw.de/bit/waffenstillstand). 

Tagungsrückblick

Elisabeth Faber

Erfurt, 25. März 2023

»Vom Krieg zum Frieden« – das war und ist auch unsere Sehnsucht. Es geht uns wie vielen Menschen. Jeden Abend sehen wir in den Nachrichten die Berichte über den Ukrainekrieg. Wir möchten nicht immer nur die Diskussionen über »Waffenlieferung – ja oder nein – zögerlicher Bundeskanzler – gut oder nicht« – ich möchte nicht dauernd diese Frau Strack-Zimmermann sehen, auch nicht Melnyk – in jeder Talkshow – ich möchte auch nicht über die technische Ausstattung und Leistungsfähigkeit von Mardern oder Leoparden informiert werden – diese Tiere möchte ich nur im Zoo sehen – entschuldigen Sie ... Aber diese einseitige, verkürzte, kriegsfreundliche Berichtserstattung macht mich hilflos. Die Bilder von weinenden Frauen, Flüchtlingen, die sich von ihrem Mann verabschieden, zerstörte Städte muss ich verarbeiten – aber wo ist ein Lösungsansatz? Wäre es nicht sinnvoll, den Krieg »vom Ende her zu denken«?

Waren denn alle Bemühungen um Entspannung während der Jahre des Kalten Krieges – alle Friedensaktivitäten der siebziger/achtziger Jahre, war die Ostpolitik Brandts, Palmes und Kennedys falsch? Hat diese Politik nicht in ihrem Endergebnis zur Wiedervereinigung geführt? Wir suchten die Verständigung mit Russland – nun ist der Russe wieder Feind – und der »hässliche Russe«.

Wo sind denn die Christen und Christinnen, die eine eindeutige oder zumindest friedensethisch begründete Gegenmeinung zum Mainstream vertreten?


Wir führen zu dieser Tagung – und »DANKE« – hier fanden wir sie. Es gibt sie noch, die engagierten Friedensaktivisten und kompetenten Denker, die auf der Suche nach konkreten Aussagen im Sinne des Evangeliums sind – und sogar vielfältig: die Ostdenkschrift und die Politik Brandts und Bahrs, die Friedensinitiative in der damaligen DDR, die Reden, Gedanken, Schriften von Bonhoeffer und Niemöller, Verlautbarungen der EKD, die Initiative »Sicherheit neu denken« – und auch die Sondermeinung von Bischof Kramer.

An dem Abend mit ihm wurde mir wieder einmal die besondere Schwierigkeit der EKD bewusst, ein klares »Ja« oder »Nein« zu Waffenlieferungen –

wie es so viele Christen wünschen – zu sprechen. In meiner Zeit der Mitarbeit im Präsidium der EKD musste ich öfters erkennen und manchmal schmerzte es auch mich, dass die EKD die Aufgabe hat, die verschiedenen Landeskirchen in einer protestantischen deutschen Kirche zusammenzuhalten – bei all den verschiedenen Bekenntnissen, Stimmen und Entscheidungen. Das ist nicht leicht und verprellt so manchen Christen, der Sehnsucht nach eindeutigen Stellungnahmen hat. So ist es bemerkenswert, dass die Synode im Herbst eine Verlautbarung zum Ukraine-Krieg verabschiedet hat, die sich nicht für oder gegen Waffenlieferungen ausspricht – und dann trotzdem – oder auch gerade deswegen haben wir hier die friedensethische Begründung erleben dürfen, die es möglich macht, dass der Friedensbeauftragte der EKD, Bischof Kramer, eine andere Meinung vertreten kann – und damit vielen von uns aus dem Herzen gesprochen hat.

Martin Niemöller hat einmal die Maxime aufgestellt: »Handeln aus der tiefsten Kenntnis der Welt heraus – und das stets sehr konkret« – und hier setzt dann auch meine kleine Kritik an dieser Tagung an: Es fehlte die Analyse unserer Zeit – gerade für die Zeit nach dem 24. Februar 2022. Es wäre eine gute und sinnvolle Ergänzung gewesen, einen Politologen oder Politiker einzuladen. Nun gut, es ist eine Tagung zweier kirchennaher Vereine – aber hier hätte ich mir eine aktuelle Analyse durch eine kompetente Persönlichkeit gewünscht. Dazu noch einmal ein Satz Niemöllers: »Glauben ist politische Verantwortung«. Aber wie und auf welcher Grundlage? Diese Frage blieb offen – schade – aber es kann ja eine Fortsetzung dieser Tagung geben.

Was übrigens noch fehlte war der Hinweis auf die Macht des Kapitalismus – auch und gerade in Bezug auf China – denn was ist denn sonst die Motivation Chinas, sich mit Russland zu verständigen? Die Folgen der Sanktionen und Kriegskosten fühlt auch unsere Bevölkerung durch eine steigende Inflation, die besonders die ärmeren Bevölkerungsschichten hart trifft – ganz zu schweigen von den katastrophalen Folgen dieses Krieges in vielen Ländern des Südens.

Ich höre auf, nicht ohne vorher den Organisatoren dieser Tagung herzlich zu danken. Es waren wichtige, intensive und sehr inhaltsreiche Tage – vielen, vielen Dank. 

Schlussplenum

Erfurt, 26. März 2023

1 Friedenspositionen im Krieg – Gemeinsamkeiten und Kontroversen

Dr. Theodor Ziegler

1. *Gemeinsam* teilen pazifistische und militärbefürwortende ChristInnen – wie die meisten Menschen – den Wunsch nach Frieden sowie die normativen Grundlagen, wie sie beispielsweise im Völkerrecht und im Grundgesetz enthalten sind:

- Künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren (Präambel der UN-Charta);
- Deutschland hat den Auftrag, dem Frieden in der Welt zu dienen (Präambel des Grundgesetzes);
- Jeder Mensch hat eine unantastbare Würde und das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 1 und 2 GG).

Gemeinsam sind uns aber auch die schrecklichen Erfahrungen mit Kriegen in Geschichte und Gegenwart. Ebenfalls haben wir in den zurückliegenden Jahren erlebt, dass die sogenannten humanitären Auslandsmissionen der Bundeswehr sich nicht als zielführend erweisen. Diese Kritik kommt auch von militärischen ExpertInnen.

2. Die *Kontroversen* bestehen darin, dass die christlichen MilitärbefürworterInnen trotz all dieser Normen und Erfahrungen an der Notwendigkeit von Militär festhalten und Waffenlieferungen an die Ukraine bejahen, die dann lebensvernichtend eingesetzt werden. Natürlich ist es schwierig und wäre es zynisch, selbst hochgerüstet zu sein und einem anderen Staat, der sich angesichts eines Angriffs zur militärischen Verteidigung entschlossen hat, keine Waffen zu geben und einen gewaltfreien Widerstand anzuraten.

Die christlichen PazifistInnen hingegen sehen sich der Ziel-Mittel-Relation verpflichtet (Jesus: Nur ein guter Baum bringt gute Früchte. Gandhi: Es gibt keinen Weg zum Frieden. Frieden ist der Weg.). Bereits mit der Vorhaltung von Armeen ist die Kriegsgefahr verbunden. So betonte schon Immanuel Kant, dass die stehenden Heere sich

ständig zum Krieg reizen. Eine militärische Friedenssicherung ist somit per se unmöglich. Sie muss deshalb durch eine zivile Sicherheitspolitik ersetzt werden. Ein Bestandteil daraus ist die Möglichkeit des Aufbaus internationaler gemeinsamer Polizeistrukturen auf weltregionaler und globaler Ebene.

3. Entscheidend für die friedensethische Haltung ist (nach dem Berliner Philosophen Olaf Müller) das jeweilige Menschenbild: Pessimismus beim Menschenbild korreliert mit Optimismus in Bezug auf die Wirkmöglichkeiten des Militärs. Umgekehrt führt ein optimistisches *Menschenbild* zur pessimistischen Einschätzung militärischer Friedenssicherungsmöglichkeiten.

4. Für die Auswahl und *Bedeutung biblischer Texte* spielen das je eigene Vorverständnis, Menschen- und Gottesbild die entscheidende Rolle. Ich selbst präferiere eher eine literarische Interpretation biblischer Texte und verstehe die mythologischen Aussagen, insbesondere auch die über Gott, als menschliche Vorstellungen, deren Lebensdienlichkeit das entscheidende Kriterium ist.

5. Der *Ukrainekrieg* dokumentiert nicht das Versagen pazifistischer Politik (die es bislang, außer in Costa Rica, nirgends gibt), sondern ist die Folge militärischer Sicherheitspolitik. Hätte Deutschland selbst keine Armee und Rüstungsproduktion, würde es jetzt auch nicht um Waffenlieferungen gebeten. Wäre, wie Antje Vollmer in ihrem Vermächtnis »Was ich noch zu sagen hätte« betont, das Angebot Gorbatschows eines gemeinsamen Hauses Europa, das auch noch der junge Staatspräsident Putin teilte, von den NATO-Staaten ernsthaft aufgegriffen worden, hätten wir höchstwahrscheinlich heute nicht diesen Krieg zwischen Russland und der Ukraine und das Wiederaufflammen des Kalten Krieges zwischen Ost und West in immer heißerer Form.

6. Für den Umgang mit dem *Dilemma der Ukraine zwischen staatlicher Souveränität und Lebens-*

erhaltung gibt es zwei bedenkenswerte Blaupausen:

- Beim *Salomonischen Urteil* (1. Kön 3,16 ff.) verzichtet die eine der beiden um das noch lebende Kind streitenden Frauen auf ihr Recht als Mutter. So wichtig ihr es zuvor auch war, die Souveränität über ihr Kind zu bekommen – im Zweifel geht der Lebensschutz vor. Eine verlorene Souveränität kann man unter Umständen nach einiger Zeit wieder erlangen, ein verlorenes Leben nicht mehr.
- Am 21. August 1968 nach dem Einmarsch sowjetischer und anderer Warschauer-Pakt-Truppen in die *Tschechoslowakei* zum Stopp der dortigen Entwicklung eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz entschied sich die Prager Regierung, im Interesse der Lebenserhaltung die vorhandene Armee nicht einzusetzen und rief die Bevölkerung zum gewaltlosen Widerstand auf. Sie beherzigten offenkundig drei Prüfkriterien der Lehre vom Gerechten Krieg:

- a) Keine Erfolgsaussicht;
- b) Keine Schonung der Zivilbevölkerung;
- c) Keine Verhältnismäßigkeit des Schadens eines Verteidigungskrieges gegenüber einem Verzicht darauf.

Nach 21 Jahren konnte die tschechoslowakische Bevölkerung lebend in die Freiheit.

7. Trotz der gegensätzlichen Positionen zur Sinnhaftigkeit und Moralität militärischer Gewalt besteht die Möglichkeit der Kooperation von PazifistInnen und kritischen MilitärbefürworterInnen: das Engagement für eine zivile Sicherheitspolitik inklusive einer Internationalen Polizei. Für die einen ist es die einzige Möglichkeit einer ethisch verantwortbaren Sicherheitspolitik, für die anderen schiebt es den Einsatz kriegerischer Mittel weiter hinaus.

2 Friedenspositionen im Krieg – Gemeinsamkeiten und Kontroversen

Gabriele Scherle, Prof. Dr. Peter Scherle

Zunächst möchten wir uns bedanken für die Einladung zur und die Betitelung der Diskussion. Damit ist schon einmal die unsinnige und polemische Gegenüberstellung von »Friedenslogik« und »Kriegs- oder Sicherheitslogik« aus dem Weg geräumt, die uns gelegentlich begegnet und die ja nur dazu dienen kann, eine Position von vornherein ins Unrecht zu setzen.

Allerdings würden wir den Titel unseres Beitrags gerne noch etwas präziser fassen und von der »Friedensdiskussion angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine« sprechen. Warum ist uns das wichtig? Zum einen, weil es u. E. nicht um den »Krieg« an und für sich geht, sondern um einen konkreten Angriffskrieg. Zum anderen, weil das, was wir tun, eine Diskussion darüber ist, wie wir uns hierzulande zum Überlebenskampf der Ukraine verhalten.

Nach diesen kurzen Vorbemerkungen wollen wir nun versuchen, zuerst wesentliche Gemeinsamkeiten zu benennen, die wir in der bisherigen friedensethischen Diskussion im Raum der Evangelischen Kirchen sehen. Auf dieser Grundlage

wollen wir dann einige Kontroversen – im Sinne des englischen »agree to disagree« – benennen.

Friedensethische Gemeinsamkeiten

Wir gehen davon aus, dass die Friedensdenkschrift der EKD von 2007 einen gemeinsamen Bezugspunkt bietet. Zunächst tut sie das durch den Titel *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*.

Die Spannung, die der Titel markiert, ist grundlegend für friedensethisches Nachdenken im christlichen Horizont. Die erste Aussage ist eine Aussage des Glaubens. Wir dürfen und können »aus Gottes Frieden leben«. Wenn wir dies einander im Abendmahl und am Ende des Gottesdienstes zusagen, dann meinen wir damit jenen Frieden, den das hebräische Wort »Schalom« beschreibt. Jenen Frieden also, der Gottes Gabe ist und eine kosmische Transformation beschreibt, in der alle Kreatur verwandelt und geheilt wird, in der auch das Böse, der Tod und die Sünde genichtet, ausgelöscht sind. Dieser umfassende Friede der neuen Schöpfung kann nicht von Menschen geschaffen, wohl aber empfangen werden. Wir tun das, in-

dem wir uns im Gottesdienst dem zuwenden, der nach dem Neuen Testament »unser Friede« ist: Jesus Christus, der auferstandene Gekreuzigte. Der Friede, der uns zukommt, ist in Christus »schon« gekommen und in der Schöpfung doch »noch nicht« vollendet. (Hier betreten wir schon den Boden einer ganz grundlegenden theologischen Kontroverse, die früher unter den Begriffen präsentische und futurische Eschatologie diskutiert wurde. Wir kommen darauf zurück.)

Die zweite Aussage der Denkschrift wendet sich der Aufgabe zu, die sich aus Gottes Schalom als Gabe ergibt. Das Leitbild des »gerechten Friedens« fasst dabei zusammen, was die Denkschrift differenziert darstellt. Es geht nicht um einen Zustand, der erreicht werden soll. Vielmehr wird Frieden als dynamischer »Prozess« verstanden, der auf die »Vermeidung von Gewaltanwendung, die Förderung von Freiheit und kultureller Vielfalt sowie auf den Abbau von Not gerichtet« ist.¹ Diese Formulierung geht auf das sogenannte Minimierungskonzept der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) aus den 1970er Jahren zurück, das von der immer konflikthaften Minimierung von Gewalt, Not und Unfreiheit sprach, später auch noch von der Minimierung der Umweltzerstörung und der menschlichen Unsicherheit.

Wie wichtig es ist, diese Indikatoren zu unterscheiden und im Konfliktfall zu gewichten, zeigt der Brief Karl Barths an Josef L. Hromádka in Prag im September 1938. Er schreibt: »Merkwürdige Zeiten, lieber Herr Kollege, in denen man bei gesunden Sinnen unmöglich etwas Anderes sagen kann, als daß es um des Glaubens willen geboten ist, die Furcht vor der Gewalt und die Liebe zum Frieden entschlossen an die zweite und die Furcht vor dem Unrecht, die Liebe zur Freiheit ebenso entschlossen an die erste Stelle zu rücken!«²

Für die Friedensethik ergibt sich also folgender Zusammenhang. Wer aus Gottes Frieden lebt, kann sich nicht damit abfinden, dass in dieser Welt Gewalt, Not, Unfreiheit, Zerstörung der Ökosphäre und Unsicherheit herrschen. Deshalb beteiligen sich Christenmenschen an der Minimierung eben dieser Beschädigungen des Lebens. Wir sind untröstlich über den Krieg in der Ukraine und wünschen uns ein Ende der Gewalt, der Not und der Unfreiheit durch den russischen Angriff, sowie einen gerechten Frieden für die Ukraine. Aber wir wissen auch, dass wir »jenseits von Eden« und »diesseits des neuen Himmels und der neuen Erde« die Gewalt nur eindämmen,

gerechten Frieden nur ersehnen können. Unser Trost besteht darin, dass wir darauf hoffen dürfen, dass Gottes Schalom auch noch die Toten aufrichtet, die Traumata der Opfer heilt und sich im Gericht der Täter:innen annimmt.³

Kontroversen (theologisch und ethisch)

Die letzte Denkbewegung hat uns nun mitten in das weite Feld der Kontroversen geführt, in dem wir nun einige besonders kritische Punkte mit Blick auf den russischen Angriffskrieg markieren wollen.

Der erste Punkt ist die Verhältnisbestimmung von Frieden als Gabe und Aufgabe. Wir halten es für geboten, zwischen dem christlichen Friedenszeugnis vom kommenden Schalom Gottes und der gesellschaftlichen Aufgabe der Minimierung von Gewalt, Not und Unfreiheit zu unterscheiden. Die christliche Friedensethik kann sich nicht unmittelbar zur Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine äußern, sondern nur vermittelt über politische Einschätzungen dieses konkreten Krieges. Deshalb können die einen sagen, dass es dem gerechten Frieden diene, wenn die Ukraine sich nicht länger militärisch zur Wehr setzt. Die anderen wiederum können argumentieren, dass nur der militärische Widerstand den Krieg beenden kann und einen möglichst gerechten Frieden erst möglich macht.

Diese Kontroverse hat damit zu tun, dass wir es für unumgänglich halten, zwischen dem christlichen Friedenszeugnis und der politischen Positionierung zu unterscheiden. Denn der Verzicht auf solche Unterscheidung von »Christengemeinde und Bürgergemeinde«⁴ führt geradewegs in jene theo-politische Logik, die einst im »Täuferreich« zu Münster herrschte und die heute auch der Moskauer Patriarch Kyrill in Anspruch nimmt, wenn er die »symphonia« von russischem Staat und orthodoxer Kirche beschwört.

Eine zweite Kontroverse zeigt sich im Umgang mit der Bibel. Theologisch formuliert geht es um hermeneutische Fragen. Wir gehen davon aus, dass alle drei Traditionen christlicher Friedensethik sich aus den biblischen Texten speisen.⁵ Es gibt in der Bibel als Antwort auf die Welt »voller Gewalttat« (Gen 6,11) nicht nur den Gewaltverzicht, sondern auch die Begrenzung von Gewalt und sogar die heilige Gewalt. Es ist daher problematisch, sich mit einigen Bibelziten eine nur scheinbar eindeutige Position verschaffen zu wollen. Mehr noch: Es gibt hermeneutische Regeln, die eingehalten werden müssen, um den Miss-

brauch biblischer Texte zu verhindern. Dazu zwei Beispiele:

Die Verwendung der Sprache der Rache psalmen und der apokalyptischen Texte auch des Neuen Testaments durch den Patriarchen Kyrill zur Rechtfertigung des russischen Angriffskrieges. Die genannten Texte sind Texte, geschrieben aus der Perspektive der Opfer, und dürfen nicht von Tätern gebraucht werden, die ihre eigenen Machtphantasien biblisch begründen wollen. Indem Kyrill für sich das Recht der »heiligen Gewalt« beansprucht, lästert er den biblischen Gott (wie die Ratsvorsitzende Annette Kurschus zu Recht formuliert).

Die Verwendung der Bergpredigt und der Jesus-Worte »Wer das Schwert zieht, wird durch das Schwert umkommen« durch pazifistisch Gesinnte (wie die ehemalige Ratsvorsitzende Margot Käßmann), um die militärische Unterstützung der Ukraine zu delegitimieren und damit die Selbstverteidigung der Angegriffenen entscheidend zu schwächen, ist ebenfalls hermeneutisch unverantwortlich. Die Ukrainerinnen und Ukrainer gar aufzufordern, »die andere Wange hinzuhalten«, missbraucht das Jesus-Wort, indem es anderen einen »Gewaltverzicht« auferlegen will.

Dazu noch eine Anmerkung. Wir wollen mit unserer Argumentation die beiden grundlegenden Formen des Pazifismus verteidigen, den Pazifismus als religiöse Lebensform der Nachfolge und den Pazifismus, der den Krieg mit politischen und rechtlichen Mitteln abschaffen will. Der Pazifismus als Lebensform, wie ihn die historischen Friedenskirchen repräsentieren, ist in den modernen Nationalstaaten, die das Gewaltmonopol innehaben, jedoch nur gebrochen lebbar. Der politische Pazifismus hat im unbedingten Verbot von Angriffskriegen seinen wichtigsten Anker und ist deshalb grundsätzlich pragmatisch.

Aus unserer Sicht werden diese beiden Formen des Pazifismus heute durch jene diskreditiert, die wir mit Dan Diner »habituelle Pazifisten« nennen, weil sie weder den Preis des Leidens der radikalen religiösen Lebensform zahlen wollen⁶ noch dem russischen Angriffskrieg entschlossen entgegengetreten wollen. Am wichtigsten scheint ihnen ihre eigene gewaltfreie Gesinnung.

Eine dritte Kontroverse soll noch kurz benannt werden. Sie betrifft das Zentrum des christlichen Glaubens, die Frage nämlich, wie wir das Christusgeschehen mit Blick auf die Eschatologie verstehen. Wir haben vorhin kurz auf die alte Kon-

troverse präsentische oder futurische Eschatologie verwiesen. Weniger dogmatisch formuliert geht es darum, ob Gottes Schalom in der Geschichte angebrochen ist und sich in der Geschichte selbst durch das menschliche Handeln vollendet; oder ob der Schalom Gottes ein adventliches Geschehen ist, auf das wir nur hinweisen können, das uns aber eben deshalb ermutigt, uns nicht mit den Beschädigungen des Lebens abzufinden.

Wir gehen von Letzterem aus und folgen damit der alten theologischen Vorstellung, dass es eine Mit-Wirksamkeit des Menschen gibt, nicht aber eine Allein-Wirksamkeit, wie es die Formel »Gott hat keine anderen Hände als unsere« zum Ausdruck bringt. Wir wären rettungslos verloren, wenn das der Fall wäre und wir die Hoffnung preisgeben würden, die in der Liedzeile »Gott hält die ganze Welt in seiner Hand« zum Ausdruck kommt.

Uns erscheint Letzteres als die größere Hoffnung, denn sie umfasst auch noch die Toten von Butscha, die kein wie auch immer gearteter Ausgang des Krieges und keine Friedensordnung mehr rettet. Gerechtigkeit für die Toten von Butscha und alle, deren Leben dieser Krieg Putins und seines theologischen Handlungers Kyrill zerstört (also auch das der russischen Soldaten und der Zivilbevölkerung), können wir letztlich nur in die Hand dessen legen, von dem wir hoffen, dass er gekommen sein wird, »zu richten die Lebenden und die Toten«. Anders wird es auch im himmlischen Jerusalem keinen Frieden geben können.

Konsequenzen

Wir haben in unserer Stellungnahme bis hierher aus der Perspektive christlicher Friedensethik argumentiert. Konkrete Positionen ergeben sich daraus erst, wenn sie mit Einschätzungen im Blick auf das Recht, die Politik und die Moral verbunden werden.

Hier gibt es eine Eigentümlichkeit in der deutschen Diskussion, die auf ein grundlegendes Problem verweist, das sich nicht einfach politischen Lagern zuordnen lässt. In offenen Briefen, Appellen und Manifesten sowie den darauffolgenden Beiträgen in Talksendungen steht zum einen die Angst vor dem atomaren dritten Weltkrieg im Vordergrund. Zum anderen wird der ukrainischen Regierung ein unmoralisches Verhalten vorgeworfen, weil sie ihrer Bevölkerung und – das wird besonders betont: hilflosen, unmündigen Kindern – den Krieg zumuten würde. Besonders irritierend wirkt das, wenn deutsche

Intellektuelle (Harald Welzer, Jakob Augstein u. a.) dies mit dem Hinweis auf die Kriegserfahrungen ihrer Eltern begründen, ohne das Problem der Kriegsschuld und der Mitwirkung der Wehrmacht am Morden in der Ukraine zu reflektieren.

Manchmal macht es den Eindruck, als würde die deutsche Diskussion vor allem dazu dienen, die eigene Biographie vor der Realität des Angriffskrieges zu schützen. Unsere Generation kommt nur schwer damit zurecht, dass sich das Bild eines ungefährdeten Lebens im Wohlstand als Illusion erweist. Klimawandel, Pandemie und Angriffskrieg sind auch Anfragen an unsere Lebensentwürfe, die schmerzlich und beängstigend sind. Unser altes Leben ist vorbei!

Insofern ist es kein Zufall, dass die Ukraine als politisches Subjekt hinter der »German Angst« und einer moralphilosophischen Überheblichkeit verschwindet. Die Forderungen nach sofortigen Verhandlungen wirken deshalb – ob gewollt oder ungewollt – wie eine Aufforderung zur Unterwerfung unter Putins Regime. Insofern sie verbunden sind mit der politischen Forderung, die deutsche Regierung möge alle Waffenlieferungen einstellen, ist das auch der Fall.

Dagegen wenden wir ein: Nach dem Beginn des Krieges gegen die Ukraine auf der Krim im Jahr 2014 gab es seit 2015 beständige Verhandlungsbemühungen, die mit der russischen Völlinvasion am 24. Februar 2022 beendet wurden. Verhandlungen werden – nach allem, was wir wissen – erst wieder möglich sein, wenn das Putin-Regime mit seinem Vernichtungswillen militärisch gestoppt wird und die Ukraine in der Lage wäre, sich zu befreien.⁷

Damit solche Verhandlungen gelingen, braucht es selbstbewusste freiheitliche Demokratien, die sich nicht nur der humanitären Hilfe im Krieg, sondern dem Wiederaufbau der Ukraine nach dem

Krieg verpflichtet wissen. Ein starke ukrainische Zivilgesellschaft, eine ökologisch erneuerte Infrastruktur und die Sicherheit des Landes vor einem erneuten Angriffskrieg sind um des Friedens in Europa willen unabdingbar.

Mit dieser Einschätzung – das ist uns bewusst – sind wir mitten in den Kontroversen, um die es jetzt gehen soll.

Anmerkungen:

¹ Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift*, Gütersloh 2007, 54.

² Karl Barth, *Brief an Prof. Hromádka in Prag (19. September 1938)*, in: ders., *Eine Schweizer Stimme: 1938–1945*, Zürich 1945, 52f.

³ Vgl. dazu: Gabriele Scherle / Peter Scherle, *Gerechtigkeit für die Toten von Butschka: Warum und wie wir heute vom Jüngsten Gericht reden müssen*; <https://zeitzeichen.net/node/10117>

⁴ Vgl. Karl Barth, *Christengemeinde und Bürgergemeinde (Theol. Studien, H. 20)*, Zürich 1946.

⁵ Das hat der amerikanische Kirchenhistoriker Roland Bainton (*Christian Attitude Toward War and Peace. A Critical Survey and a Critical Reevaluation*, New York City 1960) herausgearbeitet, der selbst in der friedenskirchlichen Tradition stand. Vgl. dazu: Gabriele Scherle, *Traditionen des Friedenshandelns und der Gewaltüberwindung*, in: *Junge Kirche* 1/2019, 1–5; https://www.jungekirche.de/2019/0119/2019_01_01-05.pdf

⁶ Für John Howard Yoder etwa ist die christliche Verpflichtung zum Gewaltverzicht Ausfluss seiner Kreuzestheologie und der Bereitschaft in der Gemeinschaft mit dem »geschlachteten Lamm« zu leben.

⁷ Vgl. Oriana Skylar Mastro, *Costs of Conversation: Obstacles to Peace Talks in Wartime (Cornell Studies in Security Affairs)*, Cornell University Press 2019. Verhandlungen sind nach ihr nur dann sinnvoll, wenn sie der Gegner nicht als Schwäche deutet. Daraus folgt, dass Verhandlungsangebote nur erfolgreich sein können, wenn das eintritt, was der Konfliktforscher William Zartman den »reifen Moment« nennt.

3 Solidarität mit pazifistischen Gruppen in der Ukraine

Prof. Dr. Gottfried Orth

Zwei Vorbemerkungen

1. Mein politischer Kontext ist der Versuch, solidarisch zu sein mit pazifistischen Gruppen in der Ukraine, und ich zitiere aus einer ihrer Erklärungen:

gen: »Es ist notwendig, sich auf die Seite des Friedens und der Gerechtigkeit zu schlagen. Selbstverteidigung kann und sollte mit gewaltfreien und unbewaffneten Methoden erfolgen.«¹ Dazu gehört für mich auch die Überzeugung aus

Christa Wolfs *Kassandra*: »Wenn ihr aufhören könnt zu siegen, wird diese eure Stadt bestehen.«² Und Jürgen Ebach formulierte vor mehr als dreißig Jahren: »Wie wünsche ich mir die Niederlagen der Feinde? Geht es um das Ende des Feindes oder um das Ende der Feindschaft? Geht es darum, dass endlich die Richtigen siegen oder dass endlich das Siegenmüssen aufhört? Konversion und nicht Vernichtung ist das Ziel der Friedenspraxis.«³

2. In der Friedensbewegung haben wir es m. E. seit den 1980er Jahren versäumt, energischer dafür einzutreten, gewaltfreie Methoden ziviler Verteidigung nicht nur zu proklamieren, sondern diese auch konsequent gesamtgesellschaftlich einzuüben, wie es jetzt in einer ganzen Reihe von Städten in Deutschland unter dem Motto »Wehrhaft ohne Waffen« beginnt.

Christlicher Pazifismus im Streit um den Frieden

Meine Überzeugung eines christlichen Pazifismus⁴ ist biblisch-theologisch bestimmt

- durch die mit der Schöpfung verbundene Gewissheit der unverlierbaren Gottesebenbildlichkeit aller Menschen; dies gilt auch für die Herren Putin und Kyrill;
- das Gebot der Nächstenliebe und der Feindseligkeit; letztere »entteufelt« (Ernst Lange) die Welt und dient dem kommenden Frieden;
- durch die Erkenntnis, dass wer das Schwert benutzt durch das Schwert umkommen wird;
- und durch meine friedentheologische Überzeugung, dass biblische Traditionen insgesamt auf die Überwindung von Gewalt zielen⁵.

Theologisch bedeutsam ist mir dabei die »Vorstellung von der ›Apokatastasis pantoon‹, d. h. der einmal erfolgenden Rettung aller, auch wenn diese Vorstellung ambivalent bleibt. Einerseits ist sie die konsequente Überwindung des Freund-Feind-Denkens und die ernstgenommene Hoffnung auf die Überwindung aller Feindschaft, andererseits kann die Verheißung der endlichen Aufhebung der Differenz zwischen Gerechten und Ungerechten den Machthabern die Gewissheit geben, dass auch sie dereinst zu den Geretteten gehören. Sobald die Apokatastasis zum Bestandteil eines theologischen Systems wird, bringt sich die Ethik um ihren Anspruch, sobald die Apokatastasis gelehrt wird, geht der Inhalt der Ethik

verloren, indem die Liebe an den ewigen Hass verraten wird.«⁶ Das Evangelium ist gute Botschaft für Judas Ischariot.⁷

So wie ich die Debatten um eine evangelische Friedensethik in den vergangenen Monaten wahrgenommen habe, geht es letztendlich um differente Gottes- und Menschenbilder; plakativ formuliert geht es darum, »ob der liebe Gott tot ist« (Gabriele und Peter Scherle), und darum, »ob Gott keine anderen Hände hat als unsere«, so Dorothee Sölle, für die es ein Credo war, dass Gott uns und wir Gott brauchen. Den Streit um diese Bilder müssen wir m. E. zukünftig führen und dabei bedenken: Es geht immer um Bilder, die durch das Bilderverbot zumindest relativiert werden: »Du sollst dir kein Gottesbild machen noch irgendein Abbild von etwas, was oben im Himmel, was unten auf der Erde oder was im Wasser unter der Erde ist« (Ex 20,4; Dtn 5,8).

Für diesen Streit ist mir die Wahrnehmung wichtig, dass in der Bibel selbst sich Widersprüche befinden – »und zwar als deren konstitutiver Bestandteil, nicht als ein bedauerlicher noch verbliebener ›unlogischer Rest‹.«⁸ Es gibt mehr als einen Textsinn, und der Streit muss darum gehen, was heute gelten soll, wobei festzuhalten und weiter zu tradieren ist, »was heute nicht gelten soll, denn es ist nicht ausgemacht, ob es nicht an einem anderen heute wieder zur Geltung gebracht werden muss.« Dabei setzt sich – das lässt sich aus der rabbinischen Literatur lernen – nicht die Auffassung durch, die stark genug ist, die Argumente der Gegner niederzumachen, sondern die, die stark genug ist, auch der gegenteiligen Auffassung – nicht lediglich als persönliche Überzeugung, sondern auch als politische Option – ihr Recht zu lassen. Und wie soll festgestellt werden, was je heute gelten soll? »Es gibt keine bessere Form als die der offenen Diskussion und der dann folgenden demokratischen Entscheidung. Dabei kann die Mehrheit darüber entscheiden, was gelten soll, nicht aber darüber, was die Wahrheit ist. [...] Die Wahrheit kann auch bei denen liegen, die bei der Frage nach der Geltung unterlegen sind. Ihre Argumente in Erinnerung zu halten, wird daher zu einem Kriterium der Antwort auf die Frage, was heute gelten soll.«⁹

Ich für mich bleibe bei der Aufforderung Jesu: »Leistet dem Bösen nicht mit gleichen Mitteln Widerstand« (Mt 5,39), und das bedeutet im Blick auf die Situation in der Ukraine: Überwindet Gewalt ohne Gewalt und ohne Unterwürfigkeit, traut der Gewaltfreiheit, weil nur so ein Ausstieg aus der Gewaltgeschichte erreicht werden kann.¹⁰

»Wer die Welt wirklich retten will, diesen kostbaren, einzigartigen, wunderbaren Planeten, der muss den Hass und den Krieg gründlich verlernen.«¹¹ Mit Antje Vollmer sehe ich – nicht zuletzt angesichts der Klimakatastrophe und der desaströsen Wirkung dieses Krieges auf die gesamte Ökosphäre – nur diese eine Zukunftsoption.

Anmerkungen:

¹ Vgl. <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/014434.html> Vgl. dazu M. Bartkowski, *Ukrainer vs. Putin: Potenzial für gewaltfreie zivile Verteidigung*. Artikel vom 27. Dezember 2021. Der Autor verweist auf eine landesweite repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS), in der »die Präferenzen der Ukrainer für den Widerstand im Falle einer ausländischen bewaffneten Invasion und Besetzung ihres Landes ermittelt wurden. Die Umfrage fand kurz nach der Euromaidan-Revolution und der Einnahme der Krim und der Donbass-Region durch russische Truppen statt. [...] Die Umfrage ergab, dass die beliebteste Widerstandsform unter den Ukrainern der gewaltlose Widerstand war: 29 % unterstützen diese Handlungsoption im Falle einer bewaffneten ausländischen Aggression und 26 % im Falle einer Besetzung. Der bewaffnete Widerstand wurde dagegen von 24 % bzw. 25 % unterstützt. Nur 13 % der Ukrainer würden sich so verhalten, wie Putin es sich im Falle eines Einmarsches seiner Truppen in die Ukraine erhofft: nichts tun. [...] Die Ukrainer zeigen ein überraschendes Maß an Unterstützung für die Art von Widerstand, die weder die ukrainischen Politiker noch ihre westlichen Unterstützer in ihrer Verteidigungsplanung in Betracht gezogen haben: gewaltlose Massenwiderstandsaktionen gegen einen gewaltigen militärischen Angreifer.«

² Christa Wolf, *Kassandra*, Darmstadt 1983, 136. *Kassandra kannte keinen, der dies konnte, doch sie kannte auch die menschliche Natur, wie sie freimütig bekannte, nicht genug; Christa Wolf ließ Hoffnung.*

³ Jürgen Ebach, *Annäherungen*, in: Friedrich-Wilhelm Marquardt u. a. (Hg.), *Einwürfe 5: Umgang mit Niederlagen*, München 1988, 5–12, hier 12. Vgl. ebd., 9: »Vor dem Feind, der sich anschickt die Welt zu erobern, um sie zu vernichten, sind auch die Toten nicht sicher. Wenn es keine Erde mehr geben wird, wird es nie eine gegeben haben, denn die Vergangenheit ist eine Zeit, die es nur in der Erinnerung der Lebenden gibt. Der letzte Sieg wird die vollständige Niederlage sein, eine Niederlage [...], an die sich niemand erinnern wird, die nicht gewesen sein wird.« Zum Thema vgl. auch die Erforschung und Anwendung restaurativer Praktiken, die den Weg von Schuld und Strafe verwandeln wollen in Beziehung und Gemeinschaft (www.irp-berlin.de).

⁴ Vgl. dazu Gottfried Orth, *Mitten im Krieg vom Frieden singen. Traditionen der Gewaltfreiheit*. Mohanda Karamchand Gandhi, Albert Schweitzer, Dietrich Bonhoeffer, Martin Luther King, Dorothee Sölle, Berlin 2017.

⁵ Für das Neue Testament steht das sicherlich außer Frage. Für das Alte Testament hält Jürgen Kegler (*Krieg und Frieden. Biblisch-theologische Traditionen im Alten Testament*, in: *entwurf 1/2004*, 8–11, hier 11) fest: »Überblickt man die Geschichte der Kriegstraditionen in der Bibel, dann fällt auf, dass es ein Gefälle gibt. In den jüngeren Schichten des Alten Testaments treten Kriegstraditionen zurück, in den Vordergrund treten Texte, die von einem Vernichten der Waffen durch Gott handeln. Es gibt also eine innerbiblische Entwicklung hin zu einer Kritik am Krieg und einer stärkeren Gewichtung von Friedenshandeln (Ez 39,9–10). In der Bergpredigt Jesu sind an zentraler Stelle diejenigen im Blick und werden selig gepriesen, die »Frieden stiften« (Mt 5,9); sie werden Kinder Gottes genannt werden, d. h. sie verkörpern das, was Gott für diese Welt will, authentisch.«


⁶ Jürgen Ebach, *Apokalypse. Zum Ursprung einer Stimmung*, in: Marquardt u. a. (Hg.), *Einwürfe 2*, München 1985, 5–61, hier 60.

⁷ Helmut Gollwitzer, *Krummes Holz – aufrechter Gang. Zur Frage nach dem Sinn des Lebens*, München 1971, 271–296.

⁸ Vgl. zum Folgenden: Jürgen Ebach, »Vielfalt ohne Beliebigkeit« – Jüdische Bibelauslegung und postmoderne Wahrheitsfrage, Bochum 2002 (*Theologische Reden*, Bd. 5). Vgl. auch (leicht modifiziert) <https://web.archive.org/web/20130517195907/http://www.rpi-loccum.de/real5.html> (21. 4. 2023).

⁹ Dazu Ernst Lange, *Predigtstudie zu 1. Kor 4,1–5: Wiederaufnahme des Streits (Referent B)*. in: ders. u. a. (Hg.), *Predigtstudien II/1*, Stuttgart/Berlin 1973, 50–55, hier 50: »Der Streit um die Wahrheit muss offen bleiben, wenn es das Wort vom Kreuz ist, das rettet, und die Zukunft des Gekreuzigten als die Zukunft der Wahrheit. Weil am Wort vom Kreuz alle menschliche Einsicht zunichte geworden ist und wird und weil eben dieser Gekreuzigte das letzte Wort hat, darum kann in der Gemeinde keine Gruppe sich der anderen gegenüber das letzte Wort herausnehmen, so dass ein Hören aufeinander, ein sich-zur-Rede-stellen-lassen, ein Verhältnis von Kritik und Selbstkritik nicht mehr in Frage käme.«

¹⁰ Vgl. dazu Walter Wink, *Verwandlung der Mächte. Eine Theologie der Gewaltfreiheit*, Regensburg 2014, bes. 90ff. Vgl. weiter Wolfgang Kraus u. a. (Hg.), *Das Neue Testament jüdisch erklärt*, Stuttgart 2021, 26: »Antworten weder mit Gewalt noch mit Unterwürfigkeit.«

¹¹ Antje Vollmers Vermächtnis einer Pazifistin: »Was ich noch zu sagen hätte« (23. 2. 2023). URL: www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/ein-jahr-ukraine-krieg-kritik-an-gruenen-antje-vollmers-vermaechtnis-einer-pazifistin-was-ich-noch-zu-sagen-haette-li.320443 (21. 4. 2023). 

Morgenklang

Renate Höppner

Erfurt, 25. März 2023

Die Herrnhuter Losung für heute:

Ein Geduldiger ist besser als ein Starker, und wer sich selbst beherrscht, besser als einer, der Städte einnimmt (Sprüche 16,32).

Und der Lehrtext für heute: Selig sind, die Frieden stiften; denn sie werden Gottes Kinder heißen (Matthäus 5,9).

Diese Losung ist wie für uns gesprochen:

Es gab einen Film 1988 in der DDR.
 Er spielte in den Jahren gleich nach dem Zweiten Weltkrieg in einem Lungenanatorium.
 Beide hatten TBC und es gab kein Penicillin im Osten.
 Der eine treuer Genosse mit Namen Josef Heiliger,
 der andere evangelischer Vikar, Hubertus Koschensch.
 Sie teilten sich ein kleines Zimmer.
 Der eine liest Marx, der andere die Bibel.
 Der eine singt die Internationale.
 Der Vikar versucht mit »Ein feste Burg« ihn zu übertönen.
 Beide waren in einem kritischen Zustand.
 Aber sie gewinnen mit der Zeit Achtung voreinander.
 Sie raufen sich zusammen.
 Unvergessen die Szene, in der der Genosse Heiliger mit dem Vikar über seine Neujahrspredigt diskutiert und kreative Vorschläge macht.
 Dann bekam der Vikar aus dem Westen Penicillin.
 Er zögert nicht.
 Er überlässt es dem Arzt für seinen Zimmernachbarn, den Genossen Heiliger.
Einer trage des Anderen Last – so hieß der Film.
 Ein beeindruckendes Beispiel für dieses Bibelwort.
 Dieser Film fiel mir wieder ein, als ich in der Zeitung von den beiden las:

Ahmed stand mit dem Rücken zum Altstadttor Bab Tumar in Damaskus.
 Er hörte die Detonation nicht.
 Die Steine flogen in ihre Richtung.

Sein Freund Bader saß im Rollstuhl.
 Er hatte die Detonation gehört.
 Er sah das Unglück auf sie zufliegen.
 Bader riss Ahmed an der Hand.
 Beide konnten gerade noch rechtzeitig fliehen.
 Sie hatten Glück.
 Weil Bader hören und Ahmed laufen konnte.
 Zwei Freunde im Bürgerkrieg in Syrien.
 Er dauert schon so lange.
 Und wir hören oft nicht mehr hin.
 Der Krieg in der Ukraine überschattet alles.
 Wer denkt an die Toten des Drogenkrieges in Mexiko?
 Wen berührt bei uns noch die Rechtlosigkeit und Kriminalität in Haiti?
 Wer zählt die Toten am Horn von Afrika?
 Der Bürgerkrieg in Syrien – weit weg.
 Aber alles ist real, jetzt da.
 Deshalb hat mich diese kleine Geschichte in der Zeitung von den beiden syrischen Freunden so berührt. Der eine hört nicht, der andere kann nicht laufen, und was tun sie?
 Bader sitzt seit 2012 im Rollstuhl.
 Ein Granatsplitter hat sein Rückenmark durchtrennt.
 Ahmed Mussa hat er vor drei Jahren kennengelernt.
 Er kann nichts hören seit seiner Kindheit.
 Aber schnell laufen.
 Ahmed hat seinem Freund Bader Gebärdensprache beigebracht.
 Fast täglich sind sie zusammen.
 Sie haben ein Stipendium bekommen für eine Berufsausbildung und Profikameras.
 Später wollen sie als freiberufliche Fotografen arbeiten.
 Zwei Freunde, die sich gegenseitig das Leben gerettet haben.
 Zwei Freunde, die begriffen haben, gemeinsam ist es besser.
 Zwei Freunde, die die Lasten des anderen tragen, die er nicht tragen kann.
 Genauso sollen wir leben, steht in der Bibel.
 Einer trage des Anderen Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen.
 Ist doch eigentlich einfach:
 Auch auf dich und auf mich warten Menschen, deren Last wir helfen sollen mitzutragen.
 Und Gott sei Dank, gibt es immer wieder Menschen, die mir helfen, meine Lasten zu tragen.
 Dabei muss ich ja gar nicht alles können.

Aber das, was ich kann, muss ich auch tun oder wenigstens bereit sein zu tun.

Achmed kann schnell laufen, Bader gut hören.
Und was kannst Du?
Und was kann ich?
Was können wir auf dem Weg zum Frieden tun?

Lasst uns gemeinsam aufmerksam sein auf dem Weg zum Frieden.
Das Nachdenken und Reden über den Weg zum Frieden ist erst der Anfang, das Tun gehört dazu.

Amen



Predigt über Psalm 85

Renate Höppner

Erfurt, 26. März 2023

»Um Frieden haben wir schon oft gebetet, viele schöne Worte schon gemacht. Es wär' auch schlimm, wenn man nicht davon redet, doch wer hat schon an die Tat gedacht?« Und der Refrain: »Ist es gut, wenn anderswo die Menschen sterben, und wir singen schön Halleluja, morgen liegt vielleicht schon unsere Welt in Scherben, weil so wenig Liebe heut geschah!« Dieses Lied haben wir viel gesungen in der Jungen Gemeinde und im Schülerkreis hier in Erfurt in meiner Jugend. Zugegeben: ein wenig simpel gestrickt, aber doch sehr wahr, und es hat mich tief geprägt. Aber was kann ich für den Frieden tun: den eigenen Sohn Friedemann nennen, um festzustellen, es gibt drei Jungen in seiner Kindergartengruppe; und sie alle drei heißen Friedemann. Mit den Eltern konnten wir uns nur gut verstehen. Die Kinder zur Gewaltlosigkeit erziehen schließt aber viel Geduld bei endlos argumentierenden Kindern ein. Kinder zur Gerechtigkeit zu erziehen, also nach dem Motto: einer teilt, der andere sucht aus, geht aber nicht immer. Kinder zum Frieden zu erziehen, also kein Kriegsspielzeug im Kinderzimmer, gelingt aber auch nicht immer. Wenn dann beim Umzug zwei Wasserpistolen unter dem Bett des Sohnes gefunden werden, der sich gerade im Austauschjahr in Amerika befindet.

Ja, mit der Erziehung zum Frieden ist es nicht leicht bei Kindern und bei uns Erwachsenen. Und überhaupt: Was ist Frieden? Wo fängt er an? Was kann ich nachhaltig dafür tun außer schönen Worten?

Wir haben zu Beginn des Gottesdienstes den wunderbaren Psalm 85 gebetet. Dieser Psalm gibt uns verblüffend klar Antwort auf diese Frage.

Zuerst zwingt er uns zur Erinnerung:

Erinnerung an die Treue Gottes – der Psalmbeter erinnert die Treue Gottes zu Israel!

Gott hat die Israeliten aus der Gefangenschaft in Ägypten ins gelobte Land geführt und ihnen das Land geschenkt, in dem Milch und Honig fließen. An jedem Tag erinnert ein frommer Jude dieses in seinem Glaubensbekenntnis.

Und wie ist Gott uns Deutschen gnädig gewesen, immer wieder: nach dem Dreißigjährigen Krieg endlich Frieden, nach dem 1. Weltkrieg, die Chance zum dauerhaften Frieden vertan mit der Aufrüstung und Rassenwahn und der Hybris, anderen Völkern überlegen zu sein. Und was ist uns geschenkt worden nach 1945! Erst der Frieden, die Teilung unseres Landes als Mahnung, das haben wir lange nicht begriffen, und wirklich als Geschenk die Einheit unseres Landes. Und was haben wir Europäer zu danken? Erst mal reagieren wir kleinkariert und geradezu kindisch mit dem Pochen auf die eigene Identität. Dabei eint uns so vieles und verbindet uns miteinander, ohne uns unserer eigenen Geschichte zu berauben. Wir gehören zu den reichsten Völkern der Erde und sind bockig wie kleine Kinder, wenn es um die Frage der Gerechtigkeit in Sachen Wasser, Energie und Rohstoffen in unserer Welt geht. Ohne dankbare Erinnerung geht die Zukunft nicht. Tschingis Aitmatov beschreibt dies sehr eindrücklich in seinem Buch *Der Tag zieht den Jahrhundertweg*: der Mensch, der durch das Überziehen einer sich immer weiter einengenden Kamelhaut auf seinem Kopf zum Mankurt wird, zum Sklaven ohne Erinnerung. Also erinnern – nicht die eigenen Verdienste, das hemmt uns, sondern dankbar erinnern die Treue Gottes. Deshalb sind Dankgebete so wichtig, auch für unsere eigene Erinnerung. Ein Gradmesser, ob wir es

tun, ist das Maß an Resignation, was sich breit macht. Wir brauchen die Erinnerung, um Hoffnung haben zu können. Fast beschwörend tut es der Beter des 85. Psalms, als wollte er seine Mitmenschen aus dem Tiefschlaf der Resignation wecken. Er zwingt sie damit, ihre Realität wahrzunehmen, und er schafft es, aus der Realitätswahrnehmung und der Hoffnung, die sich aus der Erinnerung speist, Mut für die Zukunft zu machen. Das ist eine gute Aufgabe für uns Christen in diesem Jahr 2023. Aber wie kann das gehen?

»Ach, könnte ich doch hören, was Gott, der Herr, redet, dass er Frieden zusagte seinem Volk!« Ach, könnten wir doch hören, was Gott, der Herr, redet! Wenn wir das nicht hören, werden wir in Torheit und Panik geraten, Weltuntergangsstimmung verbreiten, uns selbst in hilflose, kurzatmige Aktionen stürzen, es nicht anders machen als allzu oft in der großen Politik, wo Perspektivlosigkeit die widersinnigsten Reaktionen auslöst, Angstreaktionen, Angst um die Macht oder das Image. Ach, könnten wir doch hoffnungsvolle Perspektiven entdecken! Doch dann müssen wir hören, was er seinem Volk zusagt, müssen die Hoffnung des Beters teilen, der fest davon ausgeht, dass Gottes befreiende Hilfe denen nahe ist, die sich auf ihn orientieren, ihn ernst nehmen. Hier steht, »die ihn fürchten«. »Die Furcht des Herrn ist der Anfang der Weisheit« (Sprüche 1,7) und die Quelle des Lebens.

Wir müssen hören auf das, was GOTT sagt. Nur dieses Hören befreit uns von der lähmenden Beserwisserei, dieser Torheit, die so tut, als wüsste sie den Weg in die Zukunft, wo wir doch alle erst auf der Suche sind nach seinem Weg. Nur dieses Hören befreit uns von der Illusion, schon im Besitz der Wahrheit zu sein, dieser Illusion, die alle phantasievolle Suche im Keim erstickt.

Der Beter des Psalms hört auf die Zusage des Herrn, und er entdeckt Merkmale, an denen wir die zukunftsweisenden Wege erkennen können: »[...] dass in unserem Land *Ehre* wohnt«, wohnt wie ein guter Geist, der uns vertraut ist.

Ein Kennzeichen für einen zukunftsweisenden Weg ist die Ehre, die etwas zu tun hat mit der Ehrfurcht vor dem Leben, auch dem Leben der Feinde, dem Leben der Opfer unserer Geschichte, dem Leben der Schwachen, dem Leben der zukünftigen Generationen; eine Ehre, die den Andersdenkenden ehrt, indem sie uns teilhaben lässt an seinen eigenen Überlegungen und auf seine Argumente hört. Wenn dies mitbedacht wird bei der Frage der Waffenlieferungen, bei der Frage,

wer mit wem erfolgreiche Verhandlungen führen kann, kann man nur offen sein, auch für ungewöhnliche Lösungen. Mehr Waffen oder gar Kampfflugzeuge bedeuten eine Eskalation des Krieges. Es ist Hybris zu denken, es gebe nur einen Weg zum Frieden in der Ukraine, und das sei der mit immer mehr Waffen, um zu siegen. Es ist längst kein Krieg mehr zwischen zwei Staaten, sondern ein Krieg von geopolitischer Bedeutung. Am Miteinanderreden führt kein Weg vorbei, und wer beide Parteien dazu bringt, ist doch letzten Endes egal. Friedensverhandlungen sind ein Prozess und unendlich harte Arbeit für beide Seiten.

Der Psalmbeter beschreibt Wege, auf denen sich begegnet, was wir oft nicht zusammen bekommen, Güte und Treue zum Beispiel. Wenn sie zusammen sind, dann wird nicht nur eine Baumpflanzaktion gestartet, sondern auch Wochen danach noch daran gedacht, dass die jungen Bäume täglich Wasser brauchen. Dann hat Güte Beständigkeit, Meinungsverschiedenheiten wachsen sich nicht zu Feindschaften aus, Schwierigkeiten enden nicht in Fluchtgedanken. Dann wird unser kurzatmiges Gutsein aufhören. Wir erleben oft, dass Treue ausgenutzt wird von den Mächtigen und dass man einem anderen Gutes tut, um ihn gefügig zu machen, in Abhängigkeit zu halten. Wenn Güte und Treue einander begegnen, dann entsteht wahre Partnerschaft, dann öffnen sich Wege in die Zukunft.

Ein Kennzeichen des Weges in die Zukunft ist, dass Friede und Gerechtigkeit sich küssen. Das ist mehr als eine Vernunftfehe. Wir wissen inzwischen, dass eins ohne das andere nicht auskommt, dass Frieden ohne Gerechtigkeit nur Friedhofsruhe erzeugt und Frieden nur durch einen gerechten Ausgleich von Interessen auf Dauer gesichert werden kann. Hier steht noch mehr: Frieden und Gerechtigkeit küssen sich, lieben sich, ergänzen sich wie Mann und Frau und bringen glückliche Menschen auf die Welt.

Kennzeichen des Weges in die Zukunft ist, dass Himmel und Erde zusammenkommen, Heil der Welt und Wohl des Menschen zusammenwachsen, so, wie sich im Gebet des Psalmisten die Linien schneiden. *Treue* wächst aus der Erde wie ein Baum, dort, wo Gott ihn hingestellt hat, und nicht saurer Regen kommt vom Himmel, dieses Ergebnis unserer Missetat, sondern Gottes Gerechtigkeit, die nicht so sehr auf Strafe aus ist, auf Vernichtung des Bösen, sondern die richtet in jenem anderen Sinne des Wortes, wie wir eine Tafel richten, alles zurechtrücken für das Festmahl. Gerechtigkeit schaut vom Himmel, die

zurechtrückt, was wir angefangen haben, ja, die sogar unsere Fehler zurechtrückt und aus ihnen noch Gutes wachsen lassen kann.

Nur in dieser Hoffnung können wir Wege in die Zukunft suchen, ihre Kennzeichen benennen, Kennzeichen, die der Psalmbeter beschreibt als Punkte, an denen zusammenkommt, was wir oft nicht zusammen bekommen. Wenn wir diese Kennzeichen suchen und ihnen nachgehen, dann sind wir Gott auf der Spur, dann sind wir auf dem Weg der Nachfolge; denn sein Weg ist der, vor

dem Gerechtigkeit einhergeht und seinen Schritten folgt. Bleiben wir mit unseren Stolperschritten GOTT auf der Spur! Dann werden wir hören, was er uns zusagt. Dann können wir zusammenbringen, was zusammen gehört: Freundlichkeit, Liebe, Wahrheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden – diese Kennzeichen, die der Psalmbeter für die Zukunft nennt, und wir werden nicht in Torheit geraten.

Amen.



Autorinnen und Autoren

Daniel **Baldig**, Halle/Saale, Sozialarbeiter

Gerd **Bauz**, Frankfurt am Main, Organisationsberater IPOS, Mitglied im Vorstand der Martin-Niemöller-Stiftung

Ralf **Becker**, Diemelstadt, Koordinator (im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden) der bundesweiten zivilgesellschaftlich-kirchlichen Initiative »Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik«

Dr. Hanne-Margret **Birckenbach**, Hamburg, Professorin (i. R.) für Politikwissenschaft, Justus-Liebig-Universität Gießen, 2023 mit dem Göttinger Friedenspreis ausgezeichnet

Elisabeth **Faber**, Langgöns, ehem. Synodale der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und ehem. Mitglied im Präsidium der EKD-Synode

Dr. habil. Michael **Heymel**, Limburg/Lahn, Pfarrer i. R.

Renate **Höppner**, Magdeburg, Pastorin i. R.

Michael **Karg**, Reiskirchen, Propst a. D. der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung

Friedrich **Kramer**, Magdeburg, Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und Friedensbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Dr. Hans **Misselwitz**, Berlin, 1990 Staatssekretär im Außenministerium der DDR und Leiter der Delegation der DDR bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD

Helmut **Müller**, Siegburg, Pfarrer im Regionalen Dienst der Vereinten Evangelischen Mission, Region Köln/Bonn

Reinhard **Müller**, Waldhufen, Pfarrer i. R., Vorsitzender des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins

Dr. Gottfried **Orth**, Rothenburg o. d. Tauber, Professor (em.) für Religionspädagogik an der TU Braunschweig, Pfarrer i. R., Mitglied im Ökumenischen Institut für Friedenstheologie

Dr. Andreas **Pangritz**, Osnabrück, Professor (em.) für Systematische Theologie, Universität Bonn, Stellvertretender Vorsitzender des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins

Gabriele **Scherle**, Pröpstin a. D. für Rhein-Main der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Vorstandsvorsitzende der Bildungsstätte Anne Frank (Frankfurt) und Mitglied im Vorstand der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Dr. Peter **Scherle**, Professor (em.) am Theologischen Seminar Herborn

Dr. phil. Theodor **Ziegler**, Baiersbrunn, Religionspädagoge, Mitglied im Koordinationskreis der Initiative »Sicherheit neu denken«, dort auch Leiter der Fachgruppe Internationale Polizei